

Archiv der Gossner Mission
im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin



Signatur

Gossner_G 1_1760

Aktenzeichen

ohne

Titel

Flüchtlinge aus Sri Lanka

Band

Laufzeit

1987 - 1988

Enthält

u.a. Zeitungsartikel zu Flüchtlingsangelegenheiten, Abschiebung von Flüchtlingen, Korrespondenz mit dem Beauftragten für Flüchtlingsangelegenheiten der BRD; Lagebericht aus Sri Lanka; Amnesty International - Sektion der BRD zu Flüchtlingen; Situation der

Digitalisiert/Verfilmt 2009 von Mikro-Univers GmbH

Vereinte Nationen

Hoher Flüchtlingskommissar, Frau Gesche Karrenbrock

Telex: 88 55 29

Sehr geehrte Frau Karrenbrock,

mit ~~Best~~stürzung mußten wir erfahren, daß sich Vertreter des UNHCR in Kürze in Oslo mit Mitgliedern europäischer Regierungen treffen, um u.a. die Rückkehr nach Europa geflohener Tamilen einzuleiten. Es ist für uns unfassbar, woher der UNHCR zum jetzigen Zeitpunkt die Gewißheit nimmt, daß die etwa ~~500~~⁵⁰ 000 in Westeuropa lebenden Tamilen ohne Gefahr für Sicherheit, Freiheit, Gesundheit und Leben nach Sri Lanka abgeschoben werden können. Nach den uns vorliegenden, sehr umfangreichen Berichten ist eine soziale und wirtschaftliche Reintegration, ~~geschweige~~ denn die Achtung der Menschenrechte in Sri Lanka derzeit in keiner Weise gewährleistet. Noch immer leben Hunderttausende Flüchtlinge innerhalb Sri Lankas, davon nur etwa 135 000 in Lagern der Regierung. Der Wiederaufbau ~~der~~ Infrastruktur hat, wenn überhaupt, nur in aller kleinsten Ansätzen begonnen. Das Verwaltungs- und ~~ges~~undheitswesen sind weitgehend zusammengebrochen, die Energieversorgung, vor allem ~~der~~ ländlichen Bevölkerung, seit Monaten nicht gewährleistet. Die Verteilung von Hilfsgütern an die ~~fa~~amilien Bevölkerung in den von ^{den} Indern besetzten Tamilengebieten ist vielerorts zusammengebrochen, - eine von vielen Folgen des darniederliegenden Verwaltungswesens. *Teilweise* Hilfsgüter ~~verrotten~~ nach unseren Informationen ~~teilweise~~ *verrotten* in Lagerhallen.

Die Kinder auf der Jaffna-Halbinsel leiden an Vitaminmangel und ~~chronischen~~ Erkältungskrankheiten; Malaria, Dysenterie und Pocken sind die häufigsten ~~Seuchen~~. Im März wurden 60 Fälle von Cholera aus Jaffna berichtet. Fast alle ärztlichen ~~Am~~ulatorien auf der Jaffnahalbinsel haben seit ~~der~~ *der* indischen Militäroffensive vom Oktober 1987 ihre Dienste eingestellt, den ~~wenigen~~ wiedereröffneten Regierungskrankenhäusern fehlt es an Medikamenten (vor allem Antibiotika).

Sieht sich der UNHCR in der Lage, zum jetzigen Zeitpunkt und trotz dieser Verhältnisse 150 000 Flüchtlinge aus Indien und 800 000 Flüchtlinge innerhalb Sri Lankas sowie 50 000 weitere Flüchtlinge aus Europa menschenwürdig zu betreuen, Wohnraum, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen und für deren Sicherheit zu garantieren? Regierungsstellen in Sri Lanka sehen sich dazu jedenfalls nicht in der Lage und bitten, zur Zeit von einer Zwangsrückführung Abstand zu nehmen; nicht zuletzt auch deshalb, weil sie wegen der desolaten Lage im Land einen Zulauf zu den militanten Gruppen seitens der Rückkehrer befürchten. Uns wurde berichtet, daß selbst eine beträchtliche Anzahl der wenigen von Ihnen betreuten "Rückkehrer" nach wie vor ohne Aussicht auf wirkliche Integration in provisorischen Unterkünften leben müssen.

Noch immer sind etwa 100 000 indische Soldaten im militärischen Einsatz. Täglich werden Zivilpersonen Opfer der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen LTTE und den indischen Truppen, zwischen LTTE und Muslimen, zwischen LTTE und rivalisierenden tamilischen Untergrundgruppen, zwischen LTTE und Singhalesen, zwischen Muslimen und Kämpfern der Drei-Stern-Gruppen, zwischen lankaischen Sicherheitskräften und JVP.

Nach uns vorliegenden offiziellen lankaischen Berichten wurden z.B. am 1.5.1988 22 Menschen, am 2.5.1988 30, am 4.5. 15 Menschen getötet und eine wesentlich höhere Anzahl schwer verwundet. Wir erfuhren außerdem, daß der UNHCR in dem seit sechs Monaten bestehenden Projekt in Mannar und im vor wenigen Wochen begonnenen Projekt in Jaffna etwa 7 500 Repatrierte und 12 000 "freiwillig" Zurückgekehrte aus Indien betreut. Für uns ist diese Unterscheidung zwischen "Repatrianten" und "freiwilligen Rückkehrern" unverständlich, heißt es doch immer, daß der UNHCR sich dafür einsetzt, daß niemand gegen seinen Willen nach Sri Lanka zurückkehren muß.

Trifft es also doch zu, daß Flüchtlinge in Indien
- zum Beispiel durch Kürzung der Lebensmittelzuteilung -
praktisch zur Rückkehr gezwungen werden?

Wir ersuchen den UNHCR eindringlich, von seinem
Plan Abstand zu nehmen, die europäischen Regierungen
zur Abschiebung tamilischer Flüchtlinge zu ermuntern.
Wir erwarten vom UNHCR, daß er sich seinen humanitären
Schutzauftrag nicht vom "Flüchtlingsabschreckungswillen"
europäischer Regierungen diktieren läßt. Nur allzu gern
werden sich die wohlhabenden Staaten Europas aus der
Verantwortung für die tamilischen Flüchtlinge stehlen,
wenn sich der UNHCR - als anerkannte Autorität - in der
Lage sieht, ihnen ein stabiles, funktionierendes Staats-
wesen Sri Lanka einzureden. Zusammenfassend fragen
die Unterzeichner:

1) Sieht sich der UNHCR wirklich und beweisbar in der
Lage, innerhalb kürzester Frist die etwa 900 000 Flüchtlinge
oder "Displaced persons" (innerhalb und außerhalb Sri
Lanka) zu repatriieren, ihnen die vom UNHCR versprochene
Lebensmittelhilfen und jeweils 2 000 Rupien Erstunterstützungen
sowie 25 000 Rupien Integrationshilfen pro Familie zu
garantieren (selbst bei optimistischen Schätzungen der
Familienzahlen und unter Anerkennung der gerade zu
lächerlich geringen Finanzhilfe müßte der UNHCR 5,625
Milliarden Rupien - entspricht etwa 562,5 Millionen DM -
aufbringen . Von den Mitteln, die der Wiederaufbau
einer Infrastruktur verschlingt, ganz zu schweigen.)
Und dies noch angesichts der Tatsache, daß die Sicherheit
im Land überhaupt nicht gewährleistet ist und die meisten
Felder nicht bestellt werden können, da sie vermint
wurden.

2) Ist sich der UNHCR bewußt, daß er, sollten sich die europäischen Regierungen nach ^{Singer} der Berichterstattung zur Abschiebung der Tamilen entschließen, zumindest von Menschenrechts- und Flüchtlingshilfsorganisationen für den gewaltsamen Tod, die massenhafte Verelendung oder Freiheitsberaubung der Repatriierten verantwortlich gemacht werden wird?

3) Das indisch-lankaische Abkommen sieht vor, daß etwa 100 000 tamilische Flüchtlinge aus Südindien nach Sri Lanka und 200 000 sogenannte "indische Tamilen" aus Sri Lanka nach Indien deportiert werden sollen. Was die Umsiedlung der "indischen Tamilen" betrifft, haben ihre politischen Sprecher dagegen bereits heftig protestiert. Der Vertrag wurde in diesem wie in vielen anderen Punkten über die Köpfe der betroffenen Tamilen hinweg geschlossen. Auch aus Südindien wurden Proteste von Hunderten von Tamilen gegen ihre Rückführung nach Sri Lanka laut. Wir haben starken Grund anzunehmen, daß diese Rückführung gegen den Willen der meisten Flüchtlinge und unter Anwendung massiven materiellen Drucks erfolgt, also gerade n i c h t freiwillig ist. Was Indiens Eilfertigkeit bei der Flüchtlingsrückführung betrifft, so sind für uns die Motive nachvollziehbar! Indien (und Teile der tamilischen Untergrundgruppen) wünscht eine Verstärkung des tamilischen Bevölkerungsanteils in Sri Lanka vor den Bezirksratswahlen sowie ein Ende der finanziellen Belastung, die Indien aus der Präsenz tamilischer Flüchtlinge erwächst. Sri Lanka scheint an der Rückkehr von Tamilen weniger interessiert, da es umgekehrt den Anteil von Singhalesen in der Ost- und Nordprovinz erhöhen will.

Hier bahnt sich eine gewaltige Tragödie an, ein inhumanes Manipulieren mit Flüchtlingsmassen, ein Hin- und Herschieben von Bevölkerungsgruppen, die wir nur als skandalös bezeichnen

können. Unklar bleibt, warum der UNHCR sich für eine solche Politik in Südasien hergibt und darüberhinaus auch die tamilischen Flüchtlinge aus Europa deportieren lassen will.

Im Übrigen ist bei uns bisher noch immer keine Antwort auf unser Telex vom 12.1.1988, gerichtet an den UNHCR in Genf, eingegangen. In diesem Telex stellten wir Ihnen eine Reihe ganz konkreter Fragen, die seither unbeantwortet blieben. Wie kommt es, daß der UNHCR, der offenbar ^{da} m als nicht in der Lage war, unsere Fragen zu beantworten, sich jetzt anheischig macht, eine Lagebeurteilung vorzunehmen.²

Dr. Tessa Hofmann, Koordinationsgruppe Tamilen
der Gesellschaft für bedrohte Völker

Traudl Vorbrodt Pax Christi, Berlin

Frau Hoyer Flüchtlingsrat, Berlin

In Erwartung Ihrer Antwort, die hoffentlich zugunsten der Flüchtling ausfällt und die dann unsere derzeitigen Vorbehalte gegen Sie ausräumen könnte, verbleiben wir

humedica - Gesellschaft für humanitäre
Hilfe - Pf. 1334 - 8950 Kaufbeuren
Tel. (08341) 61990

BERICHT

Arzneimitteltransport nach Jaffna / Sri Lanka und anschließender
von Flüchtlingslagern in Tamil Nadu

Im Rahmen unserer Hilfsmaßnahmen für tamilische Flüchtlinge aus Sri Lanka, die seit den Pogromen der Singhalesen im Juli 1983 nach Tamil Nadu geflohen waren, verschickt unsere Organisation seit etwa zwei Jahren Arzneimittel, Verbandstoffe, Babynahrung u.a.m. nach Madras. Unser indischer Partner ist die T.R.O. (Tamil Rehabilitation Organization - Reg.No. 230/1985), eine gemeinnützige Selbsthilfeorganisation von Sri Lanka-Tamilen, die sich um die medizinische Versorgung und soziale Betreuung ihrer Landsleute in den südindischen Flüchtlingslagern kümmert.

Um die Arbeit der Organisation vor Ort kennenzulernen, lud mich die T.R.O. Anfang Februar 1988 nach Madras ein. Etwa zwei Wochen vor meinem geplanten Abflugtermin erhielten wir plötzlich von Dr. Velauthapillai - Dozent an der medizinischen Fakultät der Universität Jaffna und Kurator der Hilfsorganisation T.R.R.O. (= The Refugees Rehabilitation Organisation) - aus Sri Lanka die fernmündliche Nachricht, daß im Norden der Insel eine Choleraepidemie ausgebrochen sei und dringend entsprechende Medikamente (Tetracyclin, Cotrimoxazol, Rehydratationssalz u.a.m.) benötigt würden sowie Verbandstoffe zur Versorgung von Verletzten. Wir sagten unsere Unterstützung zu und stellten aus Lagerbeständen und durch Zukauf kurzfristig eine Hilfslieferung zusammen. Aus diesem Grunde buchten wir auch nicht den AIRINDIA-Flug über Bombay nach Madras, sondern kauften bei AIRLANKA ein Ticket, das eine Zwischenlandung in Colombo vorsah. Gleichzeitig stellten wir beim Geschäftsführer dieser Fluglinie einen Antrag auf kostenlosen Transport der Arzneimittel, dem erfreulicherweise sofort entsprochen wurde.

Am 13. März 1988 startete ich schließlich vom Frankfurter Rhein-Main-Flughafen aus mit den Hilfsgütern nach Sri Lanka und traf mich bereits am Tag nach meiner Ankunft mit Dr. Velauthapillai in dessen Haus in Wellawatte bei Colombo. Während unsere Medikamente dem Speditionsunternehmen "Salaams", das für T.R.R.O. Hilfsgüter kostenfrei nach Jaffna transportiert, übergeben wurden, erklärte sich ein Freund von Dr. Velauthapillai, Rechtsanwalt Thiagaraja, bereit, mich auf dem Landweg in den militärisch besetzten Norden des Landes zu begleiten. Da ich meine Videokamera und einen Fotoapparat mitnehmen wollte, sprach ich am Mittwoch, den 16. März 1988, beim Indischen Hochkommissar in Colombo vor, um eine entsprechende Erlaubnis zu beantragen. Doch obwohl die Nord- und Ostprovinz der Insel aufgrund des am 29. Juli 1987 unterzeichneten "indisch-srilankischen Friedensabkommens" von mittlerweile 110.000 indischen Soldaten besetzt ist, fühlte man sich dort nicht zuständig für mein Anliegen, so daß ich mich entschloß, ohne entsprechende Papiere zu reisen. Am darauffolgenden Tag - Donnerstag, den 17.03.88 - traf ich mich um 5.45 Uhr mit Herrn Thiagaraja im Bahnhof Colombo-Fort und wir bestiegen im Morgengrauen den Express Nr. 03 in Richtung Jaffna. Während in Anurachapura die letzten Singhalesen den Zug verließen, fuhr ich - als einziger Weißer -

mit wenigen Tamilen weiter bis Vavuniya. Dort war die Reise auch für uns vorerst zu Ende, denn die Bahnlinie nach Norden ist seit Monaten unterbrochen.

In Vavuniya begann nun das von der "I.P.K.F." (= Indian Peace Keeping Force) kontrollierte Gebiet und das bedeutete, Militärpräsenz an jeder Ecke. Ich verließ mit meinem Begleiter den Bahnhof und wir bestiegen gegen 12.00 Uhr mittags einen der klapprigen, roten Regierungsbusse. Nur noch ca. 120 km trennten uns von unserem Ziel, doch die strapaziöse Reise sollte weitere sechseinhalb Stunden dauern. Es war unerträglich heiß in dem übervollen Fahrzeug und kaum jemand sprach ein Wort. Alle 20 Kilometer erreichten wir ab jetzt einen indischen Kontrollpunkt, mit Armeecamp seitlich der Straße. Sobald sich der Bus durch die Tonnenbarrikaden und den Stacheldrahtverhau geschlängelt hatte, wurden wir angehalten und ein indischer Soldat forderte uns mürrisch zum Aussteigen auf, die Maschinenpistole im Anschlag. Es ist entwürdigend, wie die Tamilen von einer fremden Armee in ihrem eigenen Land behandelt werden. Nachdem wir das Fahrzeug verlassen hatten, kontrollierte ein bewaffneter Offizier zunächst unsere Identitätskarten bzw. meinen Reisepaß, danach durchwühlte ein weiterer "I.P.K.F."-Angehöriger das Gepäck. Im Lager Mankulam hatten wir uns überdies einer Leibesvisitation zu unterziehen. Bei mir waren die Inder recht unsicher und zurückhaltend. Sie entdeckten weder die Videokamera noch den Fotoapparat, sondern durchsuchten jeweils nur meinen kleinen, schwarzen Koffer mit der Kleidung, den ich ihnen demonstrativ entgegenhielt. Zwischenzeitlich wurde der Busfahrer angewiesen, etwa 500 Meter weiterzufahren, so daß wir nun gezwungen waren, diese Strecke laufen, während die Sonne auf uns niederbrannte. Beidseits der Straße beobachteten uns jeweils schwerbewaffnete Soldaten, wenn wir - bepackt und schwitzend - dem Bus entgegengingen und schließlich die staubige Fahrt über schlechte Straßen und Pisten fortsetzten. Insgesamt sechsmal mußten wir die eben beschriebene Prozedur über uns ergehen lassen, ehe wir um 18.30 Uhr endlich Jaffna erreichten und dann zügig durch die menschenleeren Straßen der Stadt zum Haus von Herrn Thiagaraja gingen.

Am nächsten Tag (Freitag, den 18.03.88) um 10.30 Uhr bestellten wir ein Taxi, das Herrn Thiagaraja und mich zum Büro von T.R.R.O. brachte; vorbei an beschädigten und zerstörten Häusern, den stummen Zeugen gewalttätiger Auseinandersetzungen der jüngsten Vergangenheit. Vor dem Gebäude der Organisation, auf einer Veranda, warteten zahllose Menschen - vor allem Frauen, die ihren Mann und damit den Ernährer der Familie verloren hatten - um Hilfe zu beantragen. In einem separaten Büroraum wurden wir schließlich von den beiden T.R.R.O.-Vertretern, Herrn Aravindhan und Herrn Nallathamby, begrüßt. Ich überreichte ein Empfehlungsschreiben von Dr. Velauthapillai sowie die Packliste unserer Arzneimittellieferung, denn es sind nach wie vor sämtliche Kommunikationsmöglichkeiten unterbrochen. Das Telefon funktioniert nicht und Briefe können höchstens einem Reisenden nach Colombo mitgegeben werden. Die beiden Herren erzählten nun von der schlechten Situation der Tamilen hier im Norden. Überall gäbe es Versorgungsengpässe, insbesondere bei Lebensmitteln und im medizinischen Bereich, so daß die Kranken nicht ausreichend versorgt werden können. Deshalb sei man für die Medikamente besonders dankbar.

Da T.R.R.O. selbst aber im Rahmen der Cholerabekämpfung nicht tätig ist, beschlossen wir, die Hilfsgüter an das "Jaffna General Hospital" weiterzuleiten, wo die Patienten ja in erster Linie hingebraucht werden.

Schließlich kam ich auf meinen Plan zu sprechen, morgen nach Urumpirai zu fahren, um Videoaufnahmen und Fotos vom Haus der Mahendrans zu machen. Daraufhin erklärte Herr Nallathamby, daß auch er aus dieser Ortschaft stamme und bei den Angriffen der Inder im Oktober letzten Jahres am Bein verletzt worden sei. Noch heute sei er deshalb gehbehindert. Er berichtete, daß die "I.P.K.F." - die Menschen hier sprechen hinter vorgehaltener Hand und voller Verachtung nur von der "Indian Peace Killing Force" - mit größter Brutalität vorgehe und schlimmer sei, als die singhalesischen Soldaten in der Zeit vor dem 29. Juli letzten Jahres. Da den Indern bekannt war, daß die Leute aus Urumpirai in besonderem Maße mit den "Boys" - der Befreiungsbewegung "Liberation Tigers of Tamil Eelam" ("L.T.T.E.") - sympathisierten, fielen sie während ihrer Offensive im vergangenen Oktober in den Ort ein und erschossen jeden, der ihnen in den Weg kam, Männer, Frauen und Kinder - ohne Unterschied. Herr Nallathamby erzählte die Geschichte einer alten Frau, die mit ihrer körperbehinderten Tochter nicht mehr rechtzeitig in der hinter dem Haus liegenden Erdhöhle Schutz suchen konnte. Als die Soldaten in das Gebäude eindrangen, wurden die beiden erbarmungslos erschossen. Mit schweren Geschützen hätte die Armee seinerzeit Urumpirai unter Feuer genommen, viele Häuser beschädigt und unbewohnbar gemacht. Noch heute seien in dem kleinen Ort etwa 500 Soldaten stationiert. Als Herr Nallathamby mit seinen Ausführungen fertig war, verabschiedeten wir uns und vereinbarten, Herrn Aravinchan morgen vormittag um 9.00 Uhr hier abzuholen, um gemeinsam zum "General Hospital" zu fahren. Auf der Rückfahrt erzählte mir Herr Thiagaraja schließlich, die "Tigers" hätten gestern zu einem mehrtägigen Generalstreik aufgerufen, um zu erreichen, daß die abgebrochenen Friedensverhandlungen mit der Befreiungsbewegung wieder aufgenommen werden; und wie es aussah, wurde der Appell allgemein befolgt. Überhaupt, so erfuhr ich außerdem, stehe nach wie vor der größte Teil der Bevölkerung hinter den "Boys", da man von der "I.P.K.F." bzw. der indischen Regierung bitter enttäuscht sei.

Samstag, 19. März 1988: Wie besprochen, fuhr ich mit Herrn Thiagaraja um 9.00 Uhr in einem Taxi zum T.R.R.O.-Büro. Dort stieg Herr Aravinchan zu und wir machten uns auf den Weg zum größten Krankenhaus von Jaffna. Der Klinikchef, Dr. Nachchinatkiniyan, erwartete uns bereits. Er bedankte sich persönlich für die "humedica"-Hilfsgüter und sprach auch einige Worte vor der Videokamera. Dann bat er mich, mit auf die seit Monatsbeginn eingerichtete Cholerastation zu kommen. Ich erfuhr, daß z.Zt. täglich sieben bis acht Patienten neu aufgenommen und ca. vier Tage lang stationär behandelt werden. Seit Beginn der Epidemie hatte es bereits 40 registrierte Tote gegeben, wobei die Dunkelziffer jedoch wesentlich höher liegt.

Der Ausbruch der Krankheit war in einigen Dörfern lokalisiert worden, deren Einwohner überall in der Gegend mit Fisch handeln; dadurch hatte sich die Cholera schnell ausgebreitet. Auf der Station lernte ich auch noch den Epidemiologen der Universität, Dr. Wija-

yaraja, kennen, der berichtete, daß er mittlerweile mit mehreren Medizinstudenten in die Dörfer gehe, um Aufklärungsarbeit zu leisten. So könne man bereits vor Ort die Diagnose stellen und mit der Behandlung beginnen. Vor der Videokamera sprach Dr. Wijayaraja anschließend über die anwesenden Patienten, vor allem Kinder.

Ein besonders tragischer Fall hatte sich vor zwei Tagen zuge-
tragen. Ein Mann, der schon seit einigen Tagen an Durchfall litt -
was hier in den Tropen ja nichts besonderes ist - konnte, als sich
sein Zustand zusehends verschlechterte, wegen der nächtlichen Aus-
gangssperre - jeweils von 21.00 Uhr bis 5.00 Uhr - nicht ins Kran-
kenhaus gebracht werden und starb schließlich morgens um 6.00 Uhr
auf dem Weg ins Hospital. Seine siebenjährige Tochter lag noch als
Patientin auf der Station.

Gegen 14.00 Uhr verließen wir das Krankenhaus wieder, brach-
ten Herrn Aravinchan zurück in sein Büro und fuhren - vorbei an
schläfrigen, indischen Wachtposten - nach Urumpirai. Dort fragten
wir uns zum Haus der Mahendrangs durch und ich machte Videoaufnah-
men und Fotos von dem schwer beschädigten Gebäude. Ob das Haus
noch repariert werden kann, ist äußerst fraglich, wahrscheinlich
muß es - zumindest teilweise - abgerissen und neu aufgebaut wer-
den. Die gesamte Einrichtung war entweder zerstört oder gestohlen,
überall auf dem Fußboden lagen Tümmel und Schutt (siehe auch bei-
liegende Fotos). Als wir uns nach etwa 30 Minuten auf den Rückweg
nach Jaffna machten, war ich froh und dankbar, daß Mahendrangs bei
uns in Sicherheit sind und ich nahm mir vor, alles in meiner Macht
stehende zu tun, damit die Familie nicht wieder nach Sri Lanka zu-
rückgeschickt wird.

In der Nacht vom 19. auf den 20.03.88 gab es ganz in der Nähe
unseres Hauses einen Schußwechsel und meine Gastgeber hatten schon
die Befürchtung, daß die "I.P.K.F." eine ganztägige Ausgangssperre
über die Stadt verhängen würde. Wie wir später erfuhren, hatten
die "Tigers" einen Kollaborateur "hingerichtet", der zu den sog.
"Threestars" gehörte - einem Zusammenschluß der kleineren Gueril-
lagruppen "P.L.O.T.E.", "T.E.L.O." und "E.P.R.L.F.". Die Mitglie-
der dieser Vereinigung leisteten Spitzeldienste für die Inder und
lieferten "L.T.T.E."-Kämpfer an die Armee aus.

Als Herr Thiagaraja mich am 20.03.88 morgens um 6.30 Uhr zur
Bus-Haltestelle brachte, war erfreulicherweise alles wieder ruhig
und ich konnte planmäßig meine kaum 350 Kilometer lange, doch
schiefer nicht enden wollende Rückreise nach Colombo antreten, wobei
sich in der Nähe von Vavuniya noch ein kleiner Zwischenfall ereig-
nete. Kurz bevor wir das von der "I.P.K.F." besetzte Gebiet ver-
ließen, wurde unser Bus von einem jungen Mann in Zivil angehalten.
Er schaute sich alle Fahrgäste genau an und verschwand ebenso
schnell wieder, wie er gekommen war. Ich fragte meinen Nachbarn,
was das zu bedeuten habe und er erklärte mir, daß der Bursche ein
Mitglied der "Threestars" gewesen sei, der nachgesehen habe, ob
sich ein "L.T.T.E."-Mann im Fahrzeug befindet. Als - nach
18(!)-stündiger Fahrt - endlich die Lichter von Colombo vor uns
auftauchten, war es bereits 1.30 Uhr nachts.

Am nächsten Tag besuchte ich nochmals Dr. Velauthapillai in
Wellawatte, um ihm von meiner Reise zu berichten und zeigte ihm

außerdem die Videoaufnahmen vom beschädigten Haus seiner Schwester, Frau Mahendran, in Urumpirai. Die anschließenden Worte blieben ihm fast im Halse stecken. "Nur gut, daß sie sich mit ihrem Mann und den Kindern nach Deutschland retten konnte."

Am 22. März verließ ich dann Colombo und flog weiter nach Madras, um die dortigen Flüchtlingslager zu besuchen

Wolfgang Groß

NO PEACE FOR TAMILS

Eye-witness accounts in letters and phonecalls suggest that since the IPKF moved into Sri Lanka the Tamil people have suffered more than at the hands of the Sri Lankan army. The SOUTH ASIA SOLIDARITY GROUP report.

In July last year when the Peace Accord was signed between the Indian and Sri Lankan governments, the international community hailed it as a historically significant step towards solving the ethnic conflict that had plagued the island since independence. It is common knowledge that India, the architect of the accord, gave the Sri Lankan government no choice, and that, being blessed by the USA, the Sri Lankan regime is under great pressure to push it through.

But the accord was received with mixed feelings by Sri Lankans. It gave India, which has a long-standing interest in Sri Lanka, too much control over internal affairs. And Tamils were sceptical because the measure of autonomy for the Tamil regions was not spelt out in detail, causing great confusion on both sides. The ethnic composition of the Eastern Province, though Tamil-dominated, was mixed. Managing opposing ethnic loyalties in this province is a thorny problem which the accord is not equipped to deal with. Ordinary Tamil citizens wanted to give the accord a try, simply to gain a respite from five years of bloody war. They also had great faith—India had been their champion on international platforms and on many occasions strongly criticised the treatment of Tamils by the Sri Lankan government. When the Indian Peace Keeping Force (IPKF) arrived in Jaffna they were welcomed, their true intentions not for one moment recognised.

In the days preceding the Indian offensive the Sri Lankan government hastily began resettling Sinhalese in the Eastern Province, as a last attempt to alter the ethnic balance. In desperation the LTTE began to kill these settlers. The IPKF neither stopped the government nor restrained the LTTE. Tamil groups began to fight amongst themselves and it is an open secret that the IPKF aided and abetted this exchange. The LTTE felt cornered by the IPKF and began to challenge its erstwhile benefactor. In this complicated scenario the victims were always the Tamil people, who had already suffered the Sri Lankan army's brutal campaign. The IPKF used heavy artillery and airfire against the LTTE, a guerilla army. From October 10, for a month, the Tamils faced the worst carnage of their history. Jaffna citizens claimed the IPKF offensive was much more terrible than anything experienced under Sri Lankan forces.

Approaching Jaffna city the Indian convoys shelled every village on their way. If there was any resistance houses were shelled, looted, then burned. Any inhabitants who could not get to refugee camps were shot without question. Rape, looting, pillage and murder seem to be the experience of many central Jaffna villages. In Urumpirai village more than

100 were massacred. Parvathi, a middle-aged woman, had remained behind with her injured niece. One Indian army said they and their elderly neighbours could stay. Another unit came and shot them all dead on sight; the niece was burnt alive in the house.



Tamil women in the refugee camps—no medical supplies, no sanitation and the constant fear of violence.

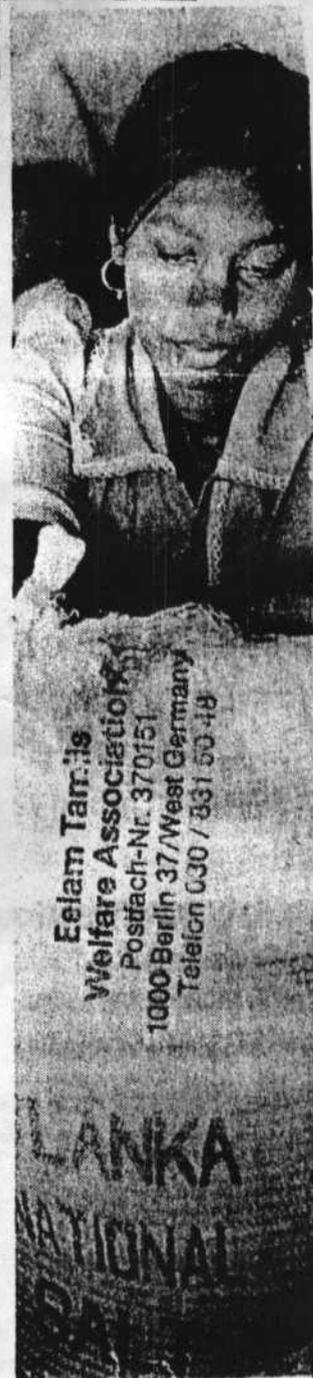
As the Indian army advanced about 450,000 people were ordered to leave their homes and go to schools and temples—ill-equipped to deal with such numbers—for shelter. Refugee camps were guarded by the IPKF and no one allowed to go out. There were no sanitation or medical facilities. One mother in Kokuvil Hindu College camp related how 'small children began to die of diarrhoea and starvation. There wasn't even clean drinking water.' Women always felt threatened and refugees often became the victims of indiscriminate exchanges of fire between guerillas and the Indian guard.

The situation of women is particularly precarious and there have been countless reports of sexual harassment, molestation and rape. Saraswathi, a middle-aged Tamil woman, witnessed many such cases in her village. She herself was locked in a room and only escaped worse by screaming till she was set free and then walking 20 miles with her young orphan nephews; a neighbour was taken away by troops and when her husband protested he was beaten up. 'In my village every household is full of incidents like this. But out of shame our women will not come out with the real story.' On the highways young women were singled out in searches, according to a young father. 'The soldiers put their hands inside the women's clothes. The girls started screaming—but we could do nothing. They were many and armed.'

In Jaffna, Indian sources say normalcy has been restored and people are going back to work. But raids and searches continue, areas are cordoned off, there are arbitrary curfews and indiscriminate assaults. 'Even now we are back in our houses,' writes a woman from Kokuvil, 'we live like prisoners.'

The IPKF are in Sri Lanka for at least another 5 years. For the Tamils the Indians are no longer the protectors. Today they are viewed as an army of occupation who have who have scant regard for the self respect and dignity of the Tamil people.

South Asia Solidarity Group



Eelam Tamils
Welfare Association
Postfach-Nr. 370151
1000 Berlin 37/West Germany
Telefon 030 / 331 50 48

SRI LANKA : EIN VOLK VERBLUTET



A hollow victory: Indian troops in occupied Jaffna (left), refugees taking shelter in an old church (above), a young Tamil takes aim

PHOTOS BY ANTHONY SUAI - BLACK STAR

Seit über 30 Jahren diskriminiert und verfolgt die singhalesische Bevölkerungsmehrheit die im Norden und Osten der Insel lebende tamilische Minorität. Über 20 000 Menschen fielen Progromen und blutigen Verfolgungen zum Opfer. Die Benachteiligung der Tamilen äußerte sich anfangs in der Unterdrückung ihrer Sprache, Religion und Kultur, später auch in der Erschwerung des Hochschulzugangs. Die Tamilen wehrten sich in gewaltfreien Protesten, blieben aber erfolglos. Ab 1977 forderten sie, als letzten Ausweg, die Unabhängigkeit ihrer Siedlungsgebiete.

Die singhalesische Regierung reagierte hierauf mit einer Verstärkung der Repressionen, z.B. durch die Verabschiedung eines drakonischen Terrorismus-Bekämpfungsgesetzes, das die - damals noch kleinen und meist nur verbalradikalen - tamilischen Guerillaorganisationen zerschlagen sollte. Dieses Gesetz erlaubte willkürliche Festnahmen Verdächtiger und eine bis zu 18 Monate lange Untersuchungshaft in Isolation ohne Gerichtsverhandlung. Zehntausende von Tamilen, darunter auch Pfarrer und Gandhi-Anhänger, wurden seither ohne Kontakt zu Anwälten oder Angehörigen festgehalten, gefoltert und einige von ihnen ermordet. Seit 1983 werden die Tamilengebiete ununterbrochen im Ausnahmezustand regiert. Die dort ständig verstärkte Armee benahm sich wie in Feindesland und reagierte mit brutalen Repressionen auf Aktionen der tamilischen Untergrundkämpfer. Doch selbst Luftangriffe und schließlich ein militärischer Großangriff im Frühsommer 1987 brachten der lankaischer Regierung nicht die erhoffte "Lösung" der Tamilenfrage. Bis zu jenem Zeitpunkt waren etwa 350 000 Tamilen vor Willkür und Kampfhandlungen geflohen, davon zwei Drittel ins Ausland.

Am 29. Juli 1987 schlossen Sri Lanka und Indien überraschend und über die Köpfe der Tamilen hinweg ein sogenanntes Friedensabkommen. Es versprach den Tamilen Teilautonomie sowie die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Dieser Vertrag blieb bis heute wertlos. Noch immer sitzen Hunderte Tamilen unter den oben beschriebenen Bedingungen in Gefängnissen und Armeelagern.

Die inzwischen auf 75 000 Mann verstärkte indische "Friedenstruppe", die angeblich zur Erfüllung des Abkommens in die Tamilengebiete entsandt wurde, führt ihren Kampf zur "Entwaffnung" der tamilischen Guerilla genauso rücksichtslos und brutal wie zuvor die lankaische Armee. Die Zivilbevölkerung leidet immer mehr, wirtschaftliches Elend - z.B. infolge der Kriegshandlung unbestellte Felder, aus Sicherheitsgründen verbotene oder eingeschränkte Fischerei - wirkt sich immer stärker aus.

Die indische Offensive vom Oktober 1987 hat allein auf der Halbinsel Jaffna 2 800 Zivilpersonen das Leben gekostet und machte beinahe 400 000 obdachlos. Monatelang vegetierten die Menschen unter katastrophalen hygienischen Bedingungen und litten unter tagelangen Ausgangssperren. Indien erlaubte weder ausländischen Journalisten noch Vertretern von Hilfsorganisationen, sich ein objektives Bild über die Lage in den Tamilengebieten zu machen. Dennoch sickern Berichte über Plünderungen, Vergewaltigungen, Tötungen von Zivilpersonen außerhalb von Kampfhandlungen sowie erneute Massenfestnahmen junger Tamilen durch.

WIR KLAGEN AN

- Indien hat sich in den Volksgruppenkonflikt auf Sri Lanka eingeschaltet, um angeblich die Tamilen zu schützen. Tatsächlich ging es in erster Linie um seine Stellung als südasiatischer Hegemonialmacht bzw. die Zurückdrängung pakistanischen und indirekt amerikanischen Einflusses. Heute werden die Tamilen von ihren einstigen "Beschützern" bedroht.
- Die lankaische Regierung profitiert von der indisch-tamilischen Konfrontation: kein einziger singhalesischer Soldat starb seit August 1987 im Kampf gegen tamilische Guerilleros. Die lankaische Regierung kann sich ins Fäustchen lachen, weil Indien, der "große Bruder" der Tamilen, jetzt das schmutzige Geschäft der Singhalesen besorgt und sich die Weltöffentlichkeit gelangweilt vom südasiatischen Wirrwarr abwendet. Trotzdem bleibt die Regierung Sri Lankas verantwortlich für das Schicksal aller seiner Staatsbürger, also auch der Tamilen.

WO IST DER AUSWEG ?

Sofortige Waffenruhe, direkte indische Verhandlungen mit den Tamilen bei gleichzeitigem Abzug der disziplinlosen "Friedenstruppe" bzw. deren Ersetzung durch UN-Truppen aus unbeteiligten Staaten, Wiederherstellung der Zivilverwaltung und repräsentative, wirkliche Wahlen, - das wären die ersten Schritte auf dem Weg zur Normalisierung des öffentlichen Lebens.

WAS KÖNNEN SIE ALS ITB-BESUCHER FÜR DIE TAMILIEN TUN ?

- Fragen Sie am Sri Lanka- bzw. Indien-Stand nach der Verfolgung der Tamilen
- Verzichten Sie auf Urlaubsreisen in diese Länder, die sich beide der Unterdrückung und des zynischen Umgangs mit Minderheiten schuldig gemacht haben ! Es gibt genügend schöne Ausweichmöglichkeiten in der Region !
- Informieren Sie sich über die Situation der Tamilen in Sri Lanka !
- Suchen Sie Kontakt mit tamilischen und anderen Flüchtlingen, die in Ihrer Nachbarschaft leben. Setzen Sie sich dafür ein, daß ihnen wenigstens bei uns Schutz vor Verfolgung gewährt wird !
- Treten Sie für die uneingeschränkte Beibehaltung des Asylrechts politisch Verfolgter ein!

Eelam Tamils Welfare Association Berlin;
Fluchtburg Berlin; Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.; Pax Christi Berlin;
Evangelische Studentengemeinde FU Berlin ; Flüchtlingsrat Berlin;
Ökumenischer Arbeitskreis der Zwölf-Apostel-Gemeinde
Internationale Liga für Menschenrechte, Sektion Berlin

Betr.: Situation in Sri Lanka

Bezug: Tel. vom 14. April 1988 mit Conny Bejach in Colombo

Conny ließ mich wissen, daß sie die Möglichkeit haben wird am 15. 4. 88 im Welikada-Gefängnis einen Besuch zu machen.

Außerdem erzählte sie, daß sie dabei ist, ein Rechtsanwaltsnetz, daß Betroffenen und Verschwundenen helfen soll, aufzubauen.

Tel. vom 15. 4. 88 mit Conny in Colombo

Conny hatte um 9.30 des heutigen Tages das Welikada-Gefängnis betreten und drei junge Mädchen besucht, die sehr gut Englisch sprechen und die als verschwunden gelten.

Sie bekam jedoch nur zwei der Mädchen zu Gesicht, wovon die eine etwa 18 und die andere zwischen 20-25 Jahre alt sind. Die Mädchen sind nach dem Gesetz zur Vorbeugung gegen Gewaltakte (PTA) inhaftiert. Die eine ist bereits seit 4 Monaten im Gefängnis, die andere erst seit 10 Tagen. Sie können beide mindestens bis zu 18 Monaten festgehalten werden. Kein Anwalt wußte von ihrem Verbleib bisher. Conny hat keineswegs den Eindruck gewonnen, daß die drei überhaupt zu solchen ihnen vorgeworfenen Taten fähig wären, Es seien drei ganz liebe Mädchen.

Im Welikada-Gefängnis befinden sich außerdem jede Menge Frauen, obwohl von der srilankanischen Regierung dies immer offiziell bestritten wird. In den Zellen gibt es nur schlechte und dreckige Schlafmatten. Es sind auch viele Drogenabhängige dort inhaftiert.

Conny wird versuchen, noch eine Genehmigung zu erhalten, um auch den Teil des Gefängnisses zu besuchen, wo die Männer untergebracht sind. Dorthin hatte sie bei diesem Besuch jedoch erst einmal keinen Zugang.

Des weiteren ließ sie mich wissen, daß im nächsten Monat wahrscheinlich schon ein Gesetz in Kraft treten soll, wonach Vermißte, Verschwundene nach einem Jahr für tot erklärt werden können, bisher ging dies erst nach 7 Jahren. Sie wies in diesem Zusammenhang auch auf die Haftdauer hin, die bis zu 18 Mon. möglich ist, danach könnten dann Verschwundene oder deren Aufenthaltsort von den Behörden nicht preisgegeben wird für tot erklärt werden. Es besteht damit die Gefahr der willkürlichen Ermordung Inhaftierter.

amnesty international

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Büro Berlin - Ref. für pol. Flüchtlinge
Pacelliallee 61 - 1000 Berlin 33
Tel. (030) 8315384

Ein Land, in dem

- Menschenrechte mit Füßen getreten werden
- in den letzten 5 Jahren mehr als 8000 Menschen (vorwiegend Tamilen) ermordet wurden
- die Volksminderheit der Tamilen diskriminiert, verfolgt und gefoltert wird
- 40 Prozent der Gesamtbevölkerung (16 Mio.) unterhalb der Armutsgrenze lebt
- über die Hälfte aller Kinder mangelernährt ist
- seit 5 Jahren Ausnahmezustand mit massiver Unterdrückung der Presse-, Meinungs-, Demonstrations- Streikfreiheit herrscht

Sri Lanka, das ehemalige Ceylon, wird in der Tourismuswerbung wegen seiner natürlichen Schönheiten noch immer als 'Paradies' angepriesen.

Doch in diesem fruchtbaren Land, das zudem noch die höchste Pro-Kopf-Entwicklungshilfe aller 'Dritte-Welt'-Länder erhält, lebt die Mehrheit der Bevölkerung am Rande des Existenzminimums. Die politischen Unruhen, die zunächst im Norden und Osten des Landes unter der zusätzlich vom Rassismus betroffenen tamilischen Bevölkerung entstanden waren, haben sich in jüngster Zeit über das gesamte Land ausgedehnt. Entgegen aller Regierungspropaganda ist auch nach der

Unterzeichnung des 'Friedensvertrages' mit dem Nachbarstaat Indien kein Frieden auf der Insel eingekehrt. Etwa 100 000 indische Soldaten kämpfen gegen die tamilische Guerilla. Bei ihren täglichen Großrazzien im Norden und Osten kommt es immer wieder zu Todesopfern unter der Zivilbevölkerung. Selbst das Auswärtige Amt, das sich auf Berichte der Deutschen Botschaft in Sri Lankas Hauptstadt Colombo stützt, spricht im Januar '88 noch von anhaltenden Auseinandersetzungen und einer unübersichtlichen Lage.



Sri Lankas Regierung versucht, das Image einer funktionierenden "Demokratie" aufrechtzuerhalten. Tatsache ist jedoch, daß die Regierung Jayewardene seit 1977 eine rechtsgerichtete Diktatur mit demokratischer Fassade errichtet hat. Seit 11 Jahren haben keine Parlamentswahlen mehr stattgefunden. Trotz der laut 'Friedensvertrag' im Juli '87 vorgesehenen Generalamnestierung der politischen Häftlinge befinden sich noch immer mehr als 1000 Tamilen unter dem 'Terrorismusgesetz' in Haft. Jahrelange Inhaftierung ohne Kontakt zur Außenwelt, ohne Anklage und Gerichtsverfahren sind in Sri Lanka "normal".

Als Folge der Unterdrückung demokratischer Rechte eskaliert die Gewalt immer mehr. Im Süden des Landes ist seit etwa einem Jahr eine radikale singhalesische Jugendorganisation aktiv, die sich

- a) gegen den 'Ausverkauf' Sri Lankas an Indien und gegen die Regierung Jayewardene wendet
- b) einen singhalesisch-buddhistischen Einheitsstaat gegen die Minderheit der hinduistischen Tamilen durchsetzen will
- c) gewaltsam gegen alle, die das 'Friedensabkommen' und Zugeständnisse an die tamilische Minderheit befürworten, vorgeht.

Täglich sind die ersten Seiten der sri lankanischen Presse voll mit Berichten über politische Morde, Gewalttaten, Waffendiebstähle und Nacht- und Nebel-Aktionen der Sicherheitskräfte.

Mit zunehmender Arbeitslosigkeit steigt die Militanz der Jugendlichen. Anstatt eine dem Land angepaßte Entwicklung voranzutreiben, setzte die jetzige Regierung vollständig auf ausländische Devisen. Luxuriöse Hotels und die für sri lankanische Verhältnisse steinreichen Touristen zerstören aber nicht nur die einheimische Kultur, sondern haben das Land von ausländischem Geld abhängig gemacht.

Als Folge der gewalttätigen Auseinandersetzungen sanken die Touristenzahlen von 1983 bis heute auf die Hälfte (1987 : ca. 200 000 Touristen). Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit in der Tourismusindustrie (dem ehemals 4. größten Devisenbringer des Landes) ist der oben beschriebene 'Teufelskreis' der Gewalt geschlossen. Einen Ausweg daraus gibt es nur, wenn sich die Bevölkerung ihre elementaren Rechte zurückerkämpft.

WIR APPELLIEREN AN SIE : FAHREN SIE NICHT NACH SRI LANKA, SOLANGE DIE REGIERUNG JAYEWARDENE DER BEVÖLKERUNG - VOR ALLEM DER TAMILISCHEN MIN- DERHEIT - IHRE DEMOKRATISCHEN RECHTE VORENTHÄLT !
TOURISMUS NACH SRI LANKA IST INDIREKTE UNTERSTÜTZUNG EINES UNGERECH- TEN, UNTERDRÜCKERISCHEN SYSTEMS !

Informationen und V.i.S.d.P. : Tamilensolidaritätsgruppe c/o Dritte Welt Haus, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen

Erstes Opfer des Hungerstreiks der „Mütterfront“ auf Sri Lanka

Colombo (ta) — 150 Tاملين verfolgten am Dienstag schweigend, wie sich die 48-jährige Tamilin Poopathy Kanapathipillai nach einem vierwöchigen Hungerstreik im Manangam-Tempel in Batticaloa zu Tode fastete. Kurz danach begann ein „run“ auf die Lebensmittelläden — die Bevölkerung befürchtet neue Auseinandersetzungen. Die indische Armee hat ihre Truppen in Batticaloa bereits verstärkt. Frau Kanapathipillai gehörte zu den Aktivistinnen der „Mütterfront“ von Batticaloa: Frauen, die in dem Konflikt Familienangehörige verloren haben und bis zum Waffenstillstand zwischen LTTE und der indischen Armee hungern wollen.

Trotz der Ankündigung der „Mütterfront“, eine andere Frau werde den Hungerstreik bis zum Tode fortsetzen, zeigte sich die indische Regierung bislang unbeeindruckt. Im geheimen finden jedoch anscheinend Verhandlungen statt. So berichtete die Tageszeitung 'The Island' am letzten Wochenende, zwei tamilische Guerillaführer seien mit einer indischen Militärmaschine von Madras nach Sri Lanka geflogen worden — anscheinend um dem LTTE-Führer Prabakaran ein neues Verhandlungsangebot zu überbringen. Offiziell fordert Indien jedoch weiterhin, die Guerillas müssten bedingungslos die Waffen niederlegen.

Thomas Prinz

"Laz" vom 22.4.88

Tagesspiegel vom
24. April 1988

**Tamilen dürfen in der
Schweiz vorerst bleiben**

Bern (dpa). Die etwa 1500 Tamilen, deren Asylgesuch in der Schweiz rechtskräftig abgewiesen wurde, dürfen vorerst im Land bleiben. Auf Abschiebung werde angesichts der Lage in ihrer Heimat verzichtet, teilte der Delegierte für das Flüchtlingswesen, Arbenz, gestern in Bern mit. Die Situation in Sri Lanka solle im Sommer neu geprüft werden.

THE VIOLATION OF TAMILS' RIGHTS

The struggle of the Eelam Tamils to achieve true independence has reached an important stage. The Liberation struggle spear headed by the Liberation Tigers of Tamil Eelam has now become truly a people's struggle.

The people of Tamil Eelam despite the death and destruction, inflicted upon them by the wholly unprincipled and unwholly alliance of Sri Lanka and India are continuing to demonstrate their defiance to submit to tyranny and oppression. The Mothers Front of Batticaloa are staging a continuous fast unto death demanding a halt to Military offensive against the Tamil Nation. Tamils of all walks of life are courageously supporting the demand. The Indian government fearful of consequences of a popular uprising has again resorted to deceit and thuggery.

- ★ To contain the popular uprising
In Jaffa the Indian soldiers have ripped the uniforms and beaten school girls who displayed black arm bands in sympathy with the fasting mothers.
- ★ In Batticaloa a blanket ban has been imposed by the Indian Army to stop the planned demonstration by students to show support to the fasting mothers.
- ★ In Batticaloa again in order to intimidate the people from gathering to show their support for the fast the Indian Army has banned any assembly of more than five people at any part of the town.

So much for Mr. Rajiv's claim (BBC Television — 'PILOT PRIME MINISTER') that his troops went "with the Nation" Reprinted below is the text of a statement which exposes the Indian Army's complicity in fabrication and distortion.

The Citizen Committee
Batticaloa
17.3.88

The Citizen Committee, Batticaloa wishes to make the following statement with regard to the calling off of the fast unto death by Mrs. Annamma David organised by the Mothers front of the Batticaloa — Amparai district and her subsequent removal by the Indian Peace Keeping Force yesterday. On 16.3.88 at about 11.45 a.m. I received a telephone call from Brigadier Dahar of the IPKF to a meeting at the rest house. I went there immediately with the secretary and assistant secretary and found the President of the Rotary Club and office bearers of the Mothers Front also present.

The Brigadier informed the gathering that he has received a letter a written document from the three daughters of Mrs. Annama David to the effect that their mother was being made to observe this fast under pressure and coercion and requesting the assistant of the IPKF to save their mothers' life.

The Mothers' Front said that they too had a written document from Mrs. Annama David to the effect that she was undertaking this fast at her own will and pleasure and that also had a tape recording of her oral statement of the same nature. In view of these two conflicting statements that the Citizen Committee suggested that we should all proceed to the spot and find out direct from Mrs. Annama David the truth or otherwise of the two statements and hear from her own lips of free choice in this and then decide on the action to be taken if any. The Brigadier then said that his objectives being to save a life he had already decided to intervene to remove Mrs. Annama David with or without her consent. The Citizen Committee then pointed out that there was no purpose in having summoned this meeting if the Brigadier had already decided on his course of action and walked out, and while leaving we heard orders being issued to detain the representative of the Mothers Front. Later eyewitnesses complained to me that the IPKF had come to the site of the fast in force and informed those gathered there that they had been requested by the President of the mothers front to bring Mrs. David to the rest house where she was. On being asked why the president of the mothers front would not herself come and take her away IPKF began to break-up the shed and tent while firing in the air and forcibly carrying away Mrs. David to an ambulance in spite of the protest and clinging on the foot of her bed. Mrs. Annama David is a lady of mature years and capable of making her own decisions. We are of the opinion that the IPKF should have first sort the decision of Mrs. David on continuing or calling off the fast and that the forcible removal of Mrs. David is violation of her right.

Sgd. M.C. Fernando

President,
Citizen Committee of Batticaloa

Betr.: Situation in Sri Lanka

Bezug: Tel. vom 14. April 1988 mit Conny Bejach in Colombo

Conny ließ mich wissen, daß sie die Möglichkeit haben wird am 15. 4. 88 im Welikada-Gefängnis einen Besuch zu machen.

Außerdem erzählte sie, daß sie dabei ist, ein Rechtsanwaltsnetz, daß Betroffenen und Verschwundenen helfen soll, aufzubauen.

Tel. vom 15. 4. 88 mit Conny in Colombo

Conny hatte um 9.30 des heutigen Tages das Welikada-Gefängnis betreten und drei junge Mädchen besucht, die sehr gut Englisch sprechen und die als verschwunden gelten.

Sie bekam jedoch nur zwei der Mädchen zu Gesicht, wovon die eine etwa 18 und die andere zwischen 20-25 Jahre alt sind. Die Mädchen sind nach dem Gesetz zur Vorbeugung gegen Gewaltakte (PTA) inhaftiert. Die eine ist bereits seit 4 Monaten im Gefängnis, die andere erst seit 10 Tagen.

Sie können beide mindestens bis zu 18 Monaten festgehalten werden. Kein Anwalt wußte von ihrem Verbleib bisher. Conny hat keineswegs den Eindruck gewonnen, daß die drei überhaupt zu solchen ihnen vorgeworfenen Taten fähig wären, Es seien drei ganz liebe Mädchen.

Im Welikada-Gefängnis befinden sich außerdem jede Menge Frauen, obwohl von der srilankanischen Regierung dies immer offiziell bestritten wird. In den Zellen gibt es nur schlechte und dreckige Schlafmatten. Es sind auch viele Drogenabhängige dort inhaftiert.

Conny wird versuchen, noch eine Genehmigung zu erhalten, um auch den Teil des Gefängnisses zu besuchen, wo die Männer untergebracht sind. Dorthin hatte sie bei diesem Besuch jedoch erst einmal keinen Zugang.

Des weiteren ließ sie mich wissen, daß im nächsten Monat wahrscheinlich schon ein Gesetz in Kraft treten soll, wonach Vermißte, Verschwundene nach einem Jahr für tot erklärt werden können, bisher ging dies erst nach 7 Jahren. Sie wies in diesem Zusammenhang auch auf die Haftdauer hin, die bis zu 18 Mon. möglich ist, danach könnten dann Verschwundene oder deren Aufenthaltsort von den Behörden nicht preisgegeben wird für tot erklärt werden. Es besteht damit die Gefahr der willkürlichen Ermordung Inhaftierter.

amnesty international

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Büro Berlin - Ref. für pol. Flüchtlinge
Pacelliallee 61 - 1000 Berlin 33
Tel. (030) 8315384

Betr.: Situation in Sri Lanka

Bezug: Tel. vom 14. April 1988 mit Conny Bejach in Colombo

Conny ließ mich wissen, daß sie die Möglichkeit haben wird am 15. 4. 88 im Welikada-Gefängnis einen Besuch zu machen.

Außerdem erzählte sie, daß sie dabei ist, ein Rechtsanwaltsnetz, daß Betroffenen und Verschwundenen helfen soll, aufzubauen.

Tel. vom 15. 4. 88 mit Conny in Colombo

Conny hatte um 9.30 des heutigen Tages das Welikada-Gefängnis betreten und drei junge Mädchen besucht, die sehr gut Englisch sprechen und die als verschwunden gelten.

Sie bekam jedoch nur zwei der Mädchen zu Gesicht, wovon die eine etwa 18 und die andere zwischen 20-25 Jahre alt sind. Die Mädchen sind nach dem Gesetz zur Vorbeugung gegen Gewaltakte (PTA) inhaftiert. Die eine ist bereits seit 4 Monaten im Gefängnis, die andere erst seit 10 Tagen. Sie können beide mindestens bis zu 18 Monaten festgehalten werden. Kein Anwalt wußte von ihrem Verbleib bisher. Conny hat keineswegs den Eindruck gewonnen, daß die drei überhaupt zu solchen ihnen vorgeworfenen Taten fähig wären, Es seien drei ganz liebe Mädchen.

Im Welikada-Gefängnis befinden sich außerdem jede Menge Frauen, obwohl von der srilankanischen Regierung dies immer offiziell bestritten wird. In den Zellen gibt es nur schlechte und dreckige Schlafmatten. Es sind auch viele Drogenabhängige dort inhaftiert.

Conny wird versuchen, noch eine Genehmigung zu erhalten, um auch den Teil des Gefängnisses zu besuchen, wo die Männer untergebracht sind. Dorthin hatte sie bei diesem Besuch jedoch erst einmal keinen Zugang.

Des weiteren ließ sie mich wissen, daß im nächsten Monat wahrscheinlich schon ein Gesetz in Kraft treten soll, wonach Vermißte, Verschwundene nach einem Jahr für tot erklärt werden können, bisher ging dies erst nach 7 Jahren. Sie wies in diesem Zusammenhang auch auf die Haftdauer hin, die bis zu 18 Mon. möglich ist, danach könnten dann Verschwundene oder deren Aufenthaltsort von den Behörden nicht preisgegeben wird für tot erklärt werden. Es besteht damit die Gefahr der willkürlichen Ermordung Inhaftierter.

amnesty international

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Büro Berlin - Ref. für pol. Flüchtlinge
Pacelliallee 61 - 1000 Berlin 33
Tel. (030) 8315384

Sektion Berlin (West) der International League for Human Rights, New York,
akkreditiert bei den Vereinten Nationen,
Mitglied der Fédération Internationale des Droits de l'Homme/Paris

Internationale
Liga
für Menschenrechte
im Geiste von Carl von Ossietzky

Int. Liga für Menschenrechte e.V., Mommsenstr. 27, D-1000 Berlin

☎ (030) 324 36 88

Bürozeiten: Montag und Donnerstag
17.00 - 19.00 Uhr

Postgirokonto Berlin-West 3024-107

Bank für Gemeinwirtschaft
BLZ 100 101 11, Kto.-Nr. 100-4558 300

An den
Senator für Inneres
Fehrbelliner Platz 2

1000 Berlin 31

KOPIE

13.4.1988

Betr: Aufhebung des Abschiebestopps für srilankanische Staats-
angehörige tamilischer Volkszugehörigkeit

Bezug: Unser Schreiben vom 18.März 1988
Ihr Schreiben vom 7.April 1988 (III C 1-0345/75)

Anlagen: -1-

Sehr geehrter Herr Innensenator,

In Ergänzung zu unserer Stellungnahme vom 18.März 1988 zur geplanten Abschiebung von Tamilen nach Sri Lanka wollen wir auf folgenden Sachverhalt hinweisen:

Gegenüber der Öffentlichkeit haben Sie mehrfach betont, daß die von Ihnen in Bezug auf die innenpolitische Situation Sri Lankas getroffene aktuelle Lagebeurteilung von anderen europäischen Aufnahmeländern, darunter von der Schweiz, geteilt wird.

Für die Schweiz trifft diese Auffassung nicht (mehr) zu. Ausweislich des in der Anlage beigefügten Berichts der Neuen Züricher Zeitung vom 6.April 1988 ist der Delegierte für das Flüchtlingswesen in der Schweiz, Peter Arbenz, der Auffassung, daß die von ihm prognostizierte Entspannung der innenpolitischen Situation in Sri Lanka **nicht eingetreten** ist und deshalb gegenwärtig keine Abschiebungen nach Sri Lanka stattfinden.

Wir bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß Sie sich dieser Auffassung anschließen.

Hochachtungsvoll

f.d.Ausländerausschuß:

Internationale Liga für Menschenrechte Berlin(West)

M.Findeisen

Ehrenpräsident: Erwin Beck · Präsident: Prof. Carl-Heinz Evers · Vizepräsidentin: Veronika Arendt-Rojahn · Vizepräsident Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Die Carl-von-Ossietzky-Medaille wurde bisher verliehen an: Otto Lehmann-Russbuehl (1962), Rudolf Küstermeier (1963), Joseph Wulf (1964), Probst Dr. Heinrich Grüber (1965), Fritz von Unruh (1966), Günter Grass (1967), Kai Herrmann (1968), Dr. Robert M. W. Kempner (1969), Prof. Dr. Walter Fabian (1970), Walter Schulze - für den Internationalen Arbeitskreis Sonnenberg (1971), Carola Stern - amnesty international (1972), Prof. D. D. Helmut Gollwitzer (1973), Heinrich Böll (1974), Heinrich Albertz (1975), Betty Williams, Mairead Corrigan, Ciaran McKeown (1976), Willi Bleicher, Dr. Helmut Simon (1977), Dr. Rudolf Bahro (1978), Axel Eggebrecht, Prof. Dr. Fritz Eberhard (1979), Dr. Ingeborg Drewitz (1980), Gert Bastian (1981), William Borm (1982), Heinz Brandt, Martin Niemöller (1983), Günter Wallraff (1984), Lea Rosh (1985).

Ausschaffung von Tamilen weiterhin unwahrscheinlich

Luzern, 4. April. (ap) Die rund 1000 Tamilen in der Schweiz, deren Ausreisefrist im April abläuft, werden wegen der gespannten Lage in Sri Lanka voraussichtlich nicht ausgeschafft. «Man kann davon ausgehen, dass im April keine Wegweisungen zwangsweise vollzogen werden», sagte Peter Arbenz, der Delegierte für das Flüchtlingswesen, in einem Interview der «Luzerner Neuesten Nachrichten» (LNN). Den Tamilen mit letztinstanzlich abgewiesenen Asylgesuchen waren im Sommer 1987 verlängerte Ausreisefristen von neun Monaten gesetzt worden, weil die Lage in Sri Lanka eine rasche Rückführung nicht erlaubte. Der Flüchtlingsdelegierte hoffte, dass sich die Situation in ihrer Heimat bis im Frühjahr 1988 beruhigen würde. «Das ist im Moment nicht eingetroffen.» Deshalb werde erneut geprüft, ob die Wegweisung zumutbar sei. «Ohne der Lagebeurteilung vorzugreifen, werden wir wahrscheinlich zum Schluss kommen, dass grössere Gruppen im Moment nicht zurückgeführt werden können», sagte Arbenz.

Neue Züricher Zeitung (NZZ) vom 6.4.1988

**Evangelische
Zinzendorf-Kirchengemeinde**
Berlin-Tempelhof

1 Berlin 42, den 12.4.1988
Holzmannstraße 34
Telefon 6 25 80 92

Pfarrer Theodor S c h a p p

Herrn
Dr. E. Wruck
Vorsitzender des Ausländerausschusses
des Abgeordnetenhauses von Berlin
- Rathaus Schöneberg -
1000 Berlin 62

Betrifft: Abschiebung von Tamilen aus der Bundesrepublik Deutschland und
West Berlin

Lieber Herr Dr. Wruck!

Wenn ich es richtig verstehe, dann hat der Ausländerausschuß des Abgeordneten-
hauses, dessen Vorsitzender Sie sind, die Verantwortung im Namen der Bundes-
republik zu entscheiden, ob die politische Situation in Sri Lanka für die ta-
milischen Flüchtlinge in der Bundesrepublik und in West Berlin noch als Gefah-
renzone betrachtet werden muß oder nicht. Wenn dies Gebiet nach Ihrer Entschei-
dung keine Gefahrenzone mehr ist, dann sollen laut Ihrem Plan, Tamilen, deren
Asylanträge nicht anerkannt worden sind, in ihr Heimatland abgeschoben werden.

Wir haben zwei Tamilen, Francis CHRISTURAJAH (seit dem 1.10.1982 in Berlin) und
Markandu Loganathan (seit dem 20.3.1981 in Berlin), die seit mehreren Jahren in
unserer Gemeinde aktiv sind, regelmäßig zu den Gottesdiensten und kirchlichen
Veranstaltungen kommen und bei allen Projekten der Gemeinde tüchtig mitziehen.
Sie sind einfach zu einem festen Bestandteil der Gemeindefamilie geworden und
uns allen ans Herz gewachsen.

Die Beiden haben alle Möglichkeiten für das Asyl ausgeschöpft und sind von allen
Rechtsinstanzen abgelehnt worden. Sie wohnen zwar weiter hier in West Berlin,
aber nur auf Duldungs-Basis. Nun haben sie Angst, daß die vom Bundestag einge-
setzte Kommission den Weg für ihre Abschiebung ebnen wird.

Die Tamilen sehen das so:

- 1.) Das Hauptanliegen der Deutschen ist, sie loszuwerden.
- 2.) Sie zweifeln daran, daß die Entscheidung der deutschen Behörden im Gespräch
mit den singalesischen Behörden in Sri Lanka, die ja den Tamilen feindlich gegen-
überstehen, objektiv sein kann, was Gefahr für Leib und Leben der Tamilen be-
trifft.
- 3.) Nach ihrer Information, die sie freilich nur auf Umwegen bekommen können,
weil normale Wege der Kommunikation unterbrochen sind, ist die Situation für
die Tamilen in Sri Lanka schlimmer denn je.
- 4.) Als die indischen Friedenstruppen seinerzeit nach Sri Lanka kamen, hofften
die Tamilen, daß sie wirklich Frieden stiften könnten. In der Tat aber ist durch
sie alles nur schlimmer geworden.

Ich habe bei einem Gespräch mit unseren Tamilischen Freunden selbst wahrgenommen, daß sie wirklich Angst haben. Ich weiß, daß sie am liebsten nachhause zurückkehren würden, wenn sie nur hoffen könnten, daß es dort gute Lebens- und Überlebenschancen für sie gibt.

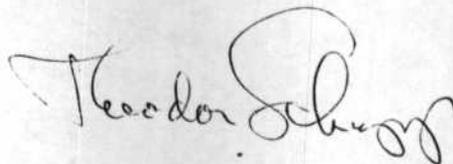
Mir graut bei dem Gedanken, unsere beiden tamilischen Freunde aus der Gemeinde gerissen und in die Ungewißheit dieses brodelnden Hexenkessels Sri Lanka abgeschoben zu sehen.

Berichte über Asylbewerber in Deutschland und ihre Abschiebung, besonders in den Libanon, während der letzten Jahre, erscheinen mir alles andere als beruhigend. Meiner Gemeinde geht es auch nicht anders und viele fühlen sich getrieben, zu überlegen, was vom Evangelium her die historische Pflicht einer christlichen Kirchengemeinde ist, wenn es um Asyl für Gefährdete geht.

Wir möchten Ihnen hiermit dringend ans Herz legen, zu bedenken - wenn schon nach der Gefahr für Leib und Leben der Betroffenen geforscht wird - daß das dann sehr sorgfältig, gründlich und ohne eigennützige Tendenzen geschieht, weil es ja um Leben und Tod der Betroffenen geht, von der Gerechtigkeit ganz abgesehen. Und wenn auch nur der geringste Zweifel an der absoluten Sicherheit für Asylbewerber in ihren Heimatländern besteht, dann sollte Abschiebung überhaupt nicht in Betracht kommen.

Jedermann hat zwei Gesetzen genüge zu tun: dem Gesetz des eigenen Landes und dem Gesetz seines eigenen Gewissens.

Mit freundlichem Gruß



Kopien:
Superintendent Joachim Hoffmann, Tempelhof
Bischof Dr. Martin Kruse
Altbischof D. Kurt Scharf
Oberbürgermeister Diepgen
Flüchtlingsrat Berlin (Frau Hoyer)

Auszug aus der Zeitung SANCHEEVI vom 9. April 1988
(Wochenblatt der Uthanyem-Zeitung)

" VERSCHWUNDENE PERSON KANN NACH EINEM JAHR FÜR TOT ERKLÄRT WERDEN "

Durch parlamentarische Gesetzgebung wurde offiziell in Kraft gesetzt:

Colombo, 9. April

Wenn eine Person für ein Jahr lang als vermißt gilt, dann kann die für tot erklärt werden. Dieses Gesetz wurde durch das Parlament in Kraft gesetzt.

Das bisherige Gesetz sieht vor, daß eine vermißte Person nach 7 Jahren für tot erklärt werden kann.

Dies zitierte der Parlamentsabgeordnete Lachsman Jeyakody aus Athanakalai in der Debatte anlässlich der Gesetzesverkündung.

Allein im letzten Monat sind im Süden Sri Lankas 184 Personen verhaftet worden. Man weiß auch nicht, wie viele Personen im Norden und Osten des Landes verschwunden sind.

Nicht autorisierte Übersetzung vom 17. Mai 1988

amnesty international

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Büro Berlin - Ref. für pol. Flüchtlinge
Pacelliallee 61 - 1000 Berlin 33
Tel. (030) 831 5384

வடக்கு, கிழக்கில் பாதி

நிவாரண உ

கொழும்பு செல்

யாழ்ப்பாணம், ஏப் 9
வடக்கு - கிழக்கு பகுதி
களில் பாதிக்கப்பட்ட
மக்களுக்கான நிவாரண

உதவிகள்
அந்நகர
களிலேயே
என சிறி
முன்னர்
கிழக்கு
பாதிக்கப்
நிவாரண
படிவங்கள்
லகம் உ
வழிவு
செலுப்பி

வடமர தே

யாழ்ப்பா
உடுப்பிட
டித்துறை
களில் நே
யோகப்பற
டங்கு அப
பட்டு தே
கொள்ளப்
கடந்த விய
தித்துறை
இளைஞர்
தெரியாதே
டுக் கொள்
அடுத்த தே
த பட்டதா
லப்பட்டது.

காணாமற் போனவர் ஒரு வருடத்தின் பின் இறந்தவராகிவிடுவார் சட்டமூலம் நிறைவேறியது

கொழும்பு, ஏப். 9
ஒருவர் காணாமற்
போன ஒரு வருடத்தின்
பின்னர் அவரை இறந்து
விட்டார் என்றே கருத
வேண்டும் என்று கூறு
சட்டமூலம் நடவடிக்கை
றத்தில் நிறைவேற்றப்
பட்டது

தற்போதுள்ள சட்
டத்தின்படி ஒருவர்
காணாமற்போன ஏழு
ஆண்டுகளின் பின்னர்
இறந்தவராகக் கருத
முடியும்.

புதிய சட்டமூலத்தின்
மீது நடந்த விவாதத்

தில் கலந்து கொண்டு
பேசுகையில் அத்தன
கலை எம். பி. லக்ஷ்மன்
ஜயக்கொடி சென்னை
தாவது:-

கடந்த மாதத்தில்
மட்டும் தென் இலங்கை
யில் 184 பேர் கைது
செய்யப்பட்டனர்.
வடக்கு, கிழக்கு மாகா
ணங்களில் காணாமற்
போனவர்களின் எண்ணி
ணிக்கை தெரியவில்லை.
அண்மையில் நீர்
கொழும்பில் மூன்று
பேரை நீதிமன்றம் விடு
[10ஆம்பக்கம் பார்க்க]

எழிலும் வொலியும்

914188 - SANCHEEV -

The Sri Lanka Monitor

No 3 April 1988

Produced by the British Refugee Council

UNP secures hold on Provincial Councils

AS WAS WIDELY PREDICTED, the United National Party (UNP) led by President Jayewardene captured a controlling majority of seats in all four of the Provincial Council elections held in Uva, Sabaragamuwa, North Western and North Central Provinces on 28 April.

The UNP won 88 seats in the new councils with 57 per cent of the votes, while the United Socialist Alliance (USA) - a left-wing coalition which came to prominence after the assassination of film-star politician Vijaya Kumaranatunga in February - won 64 of the 155 seats contested and a 40 per cent share of the ballot.

Muslim Congress candidates gained three seats and a two-seat bonus went to the winning party in each province making a total of 163 seats in all.

The electoral turn-out however remained low. Only 56 per cent of the 2.8 million registered voters appeared at the 118 polling stations.

Many stayed away, it is thought, because of threats by the banned Janatha Vimukthi Peramuna (JVP) to disrupt voting, and others because they were supporters of the opposition Sri Lankan Freedom Party (SLFP) led by Mrs Bandaranaike, which boycotted the election.

Apart from sporadic cases of arson and a number of unconfirmed shootings in Kurunegala

and Kandy the widely-feared show of force by the JVP did not materialise.

Many observers feel the SLFP boycott has proved itself to be a grave misjudgement as it effectively excludes the party from an important new tier of local government. They believe the USA who performed prom-

isingly in their first election outing will continue to gain support in subsequent polls.

The election of Provincial Councils for the Central, Western and Southern Provinces will take place on 2 June, official sources announced. The UNP will field some 240 candidates across the ten districts.

Deadlock in Jaffna

A SENSE OF STALEMATE underlies the uneasy peace that hangs over Jaffna Peninsula. Local government offices remain closed, transport is paralysed and curfew a daily occurrence. Food shortages continue to affect the local population.

Suspected militants are identified at checkpoints by masked informers and there are rumours of widespread undercover operations by the Indian intelligence Research and Analysis Wing (RAW).

Cordon-and-search operations by the Indian Peace Keeping Force (IPKF) have continued throughout Jaffna town, Chavakachcheri, Vadamarachchi and surrounding areas during April, as well as a significant intensification of military activity south of Elephant Pass.

Local sources maintain over 24 LTTE suspects were killed and 26 injured in these operations in the last few weeks. A further 400 were arrested, bringing the number of de-

tainees in Jaffna to over 1,000 - some 400 of them having been in custody since the October offensive.

The cholera outbreak in the peninsula continues to give cause for concern especially in the coastal fishing villages where medical resources are minimal. The number of confirmed cases has reached 121 resulting in 11 known deaths.

Two separate delegations of medical officers from Jaffna hospitals met government officials in Colombo in mid-April to brief them on the continuing deterioration of medical services in the north.

Transport to and from the peninsula continues to be difficult and often dangerous. Reports indicate that despite the presence of IPKF troops on the Jaffna-Vavuniya trunk road, members of the Tamil "Tri Star" group are using unofficial checkpoints to entrap suspected sympathisers of rival groups and to extort money from travellers.

Kalmunai: counting the cost of communalism

THE TROUBLED EASTERN PROVINCE was further torn by communal violence this month when suspected Tamil militants - reportedly clad in Indian army uniforms - launched a series of attacks on Muslim villages south of Batticaloa.

The flashpoint was Kalmunai where the murder of Tamil United Liberation Front (TULF) leader and Citizens Committee President A Velmurugu on 20 March, touched off a 17-day-spiral of kidnappings, killings and fire-bombings that left 30 people dead, over 3,000 homeless and damage to property officially estimated at Rs. 150 million.

Kalmunai's two-storey supermarket complex was completely gutted by fire and hundreds of Muslim homes in the villages of Malligaikadu and Sainthamarathur were razed to the ground during the terrorist attacks.

Some 7,500 Muslim refugees from the two villages crowded into Zahira College, Kalmunai at the height of the crisis and a further 2,000 abandoned "Islamabad", a village close to Kalmunai Rest House - despite the presence of an Indian Peace Keeping Force (IPKF) unit.

Muslim MPs in the area attributed the attacks to "Tri Star", Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front (EPRLF) and other Tamil militant groups in favour of the Peace Accord, who - the MPs say - are being encouraged to destabilise the situation by the IPKF - each for their own ends.

A number of first-hand reports allege that IPKF troops were aware of the attacks but deliberately took no action and on a number of occasions blocked Sri Lankan police units

attempting to reach the affected areas.

Following representations made by a Muslim MP at a top-level meeting held at Kalmunai on 2 April between senior government representatives and Sri Lankan and Indian officials, Kalmunai IPKF commander Ram Singh was transferred out of the district.

As the unrest continued, his successor Colonel Nanjappa quickly set up a peace meeting between Muslim and Tamil youths on 11 April at Karativu, a Tamil stronghold in the patchwork of warring settlements south of Kalmunai.

Karativu was one of a number of villages attacked and burned out in 1985 - reportedly by groups of Muslims led by the Special Task Force.

A semblance of stability was returning to Kalmunai by mid-April but the situation remains tense and uncertain.

The violence has unleashed widespread protest and a flurry of political initiatives from organisations representing the islands 1.2 million Muslim population.

Parliament immediately adopted a motion to appoint a Select Committee to report on the Kalmunai violence but many Muslims - who reject the merger of the Northern and Eastern Provinces as leaving them vulnerable - are not satisfied.

They fear that terror tactics will continue to be used to drive them out of areas in the east where they enjoy ethnic and economic dominance.

While offers of relief aid for the displaced Muslims poured into Colombo from Middle Eastern countries, former Education Minister Dr

Badiudin Mahmud left for Madras on 15 April with a ten-man delegation from the newly formed Muslim United Liberation Front (MULF) to hold talks with the leaders of all the major Tamil political groupings.

A joint communique issued by the delegation and the LTTE on 22 April said that a broad understanding had been reached on a number of issues concerning Muslim-Tamil relations.

PLOTE vs EPRLF

The Indian army sealed off the offices of the EPRLF and the Peoples Liberation Organization of Tamil Eelam (PLOTE) in Vavuniya town on 7 April after continued fighting between the two groups. Some eight unarmed EPRLF members were killed on 4 April allegedly by a PLOTE hit unit from Mannar.

Dawn Round-Up

Indian troops rounded up over 150 youths in a dawn search-and-sweep operation through Kallady and Manchathuduvai in Batticaloa District on 14 April. This followed alleged intelligence reports that several high-ranking LTTE leaders had entered the area to reorganise local resistance.

JVP raid

In a full-scale assault on Katunayake Air Force Base on 22 April, suspected JVP subversives killed five military personnel and escaped with a substantial quantity of arms and ammunition. Seven of the attackers were killed and 11 captured in what was the second attack on the Base in ten months.

Poopathy Kanapathipillai aged 48, of the Mothers Front died in Batticaloa on 19 April at 10.30am after a 30 day protest fast at the Man-mangam temple.

Around 150 people watched silently as Mrs

Kanapathipillai lay on a makeshift wooden bed in the temple courtyard.

She began her fast on 19 March to press Front demands for an immediate ceasefire and a negotiated

settlement to the conflict.

Local residents said Mrs Kanapathipillai's son was killed by Sri Lankan police three years

A hunger for peace

ago and a second son was currently in detention in the south for alleged guerilla activity.

Over 2000 people joined her funeral procession on 22 April and many more were kept away by the high IPKF presence.

The same day, a *hartal* called by the Eelam Revolutionary Organization of Students (EROS) following the loss of one of their cadres in Mutur near Trincomalee, brought most of Batticaloa and Ampara Districts to a complete standstill.

The LTTE later announced that the kachcheri and other civil administration in Batticaloa would open from 29 April until 9 May.

The south: *whereabouts unknown*

THE BRUTAL KILLING of two students at Tangalle in late March has attracted national attention to the creeping militarisation and arbitrary violence that now pervades the south of the island.

Sri Lankan Freedom Party (SLFP) MP Lakshman Jayakody speaking in Parliament in early April on the appointment of a Select Committee of Enquiry into the murders, maintained that a policy of State terrorism was clearly in evidence.

In the so-called "dirty war" against the Janatha Vimukthi Peramuna (JVP) paramilitary groups such as the Special Task Force (STF) were responsible for the growing number of disappearances throughout the southern districts, he alleged.

In a number of cases people apprehended by security forces had been officially released after questioning but their whereabouts still remained unknown.

The two boys in question, Wasantha Weerasinghe and Prasanna Wanigasinghe, had been picked up by armed men in uniforms at about 9.45pm and driven off in a jeep. Their

bodies were found the following morning at Kivula about 14 miles away.

Police sources hold the JVP responsible but local observers discount this theory pointing out that the area is extensively covered by government troops who maintain patrols and military checkpoints - making it difficult for a group of armed men in a jeep to make such a journey.

In the Tangalle, Beliatta and Hambantota areas armed camps and military road-blocks continue to appear overnight in the uneasy aftermath of the killings. Few people venture out after dark.

A growing number of arson attacks, assaults, arrests and sudden disappearances has hardened the attitude of southern youth.

Former JVP party workers are said to be particularly at risk. In a recent and well-publicised case of "disappearance" Ruhunu University lecturer and political activist Sathyapala Wannigagama was reportedly arrested by Middeniya police on 13 November last year.

On enquiring as to his whereabouts the University Lecturers Association was told that there

was no record of his arrest. He is still missing today.

The JVP offshoot Deshapremi Janatha Vyaparaya (DJV) continues to grow in support and influence.

It is widely believed that the JVP - proscribed since 1983 - uses the DJV as a front to carry out assassinations and collect funds, leaving them unaccountable in the event of their return to mainstream politics.

DJV cadres whose ranks have been strengthened by some of the 2,200 deserters from the Sri Lankan armed forces last year, are said to be levying a monthly tax of Rs 50 on all government employees in the south.

And as the civilian population becomes increasingly polarised so the number of disappearances has continued to grow.

Former SLFP MP for Beliatta, Attorney-at-Law Mahinda Rajapakse estimates 250-300 youths are missing after being detained by unidentified paramilitary groups. A list of 183 names was recently submitted to President Jayewardene by human rights groups in Colombo.

Eastern corridor claims more lives

SUDDEN AND DEVASTATING outbreaks of terrorist violence in the Sinhalese-settled corridor that runs between the Anuradhapura and Trincomalee districts continued throughout April despite the large-scale deployment of Home Guards and Sri Lankan Army troops in the districts of the North Central Province.

After the killings at Kantalai and Horowupotana last month, Home Guard units - disarmed shortly after the July Peace Accord - were reinstated in predominantly Sinhalese areas

while the Sri Lankan Army was deployed across Anuradhapura District, sweeping tracts of dense jungle area thought to contain base-camps for the Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE).

Morewewa High Priest Venerable Kalutarasoma Thera travelled to Colombo in early April to draw government attention to the continuing lack of supplies security and civil administration in the Sinhalese villages isolated on this unofficial frontier.

Trouble was to strike in the next few days at Meegaswewa when alleged LTTE militants ambushed and killed 16 Sinhalese civilians returning from Diyagawewa on 8 April.

As attacks on civilian targets continued throughout the month, a land-mine explosion which killed 26 bus passengers at Sittaru, near Kantalai on 1 May tragically underscored the demands of Sinhalese community leaders in the area.

Further north in Vavuniya, as the IPKF's Operation Vajra continued into April, six alleged LTTE members were killed and 40 captured - along with a substantial quantity of arms - in a seven-day security sweep mounted throughout the district. At least 2,000 Indian Army personnel took part in the operation, security sources said.

After a meeting with Sri Lankan and Indian army leaders on 11 April, Vavuniya District Citizens Committee sent a memorandum to the Indian Prime Minister and to President Jayewardene, alleging indiscriminate assault, arrests and molestation of women by IPKF troops during the course of the operation.

The SRI LANKA MONITOR is part of an information processing service set up by the British Refugee Council to keep Sri Lankan refugees in Britain, Europe and elsewhere, informed about the current situation in their home areas. If you have any information you wish to share, or any enquiries you wish to make regarding developments in Sri Lanka, contact:

The Sri Lanka Project
The British Refugee Council
3/9 Bondway
London SW8 1SJ
Tel: (01) 582 6922.

Supported by the London
Boroughs Grants Scheme
and British voluntary agencies.

Prisoners released

SOME 18 members of an alleged conspiracy of 44 leftist politicians were released by the High Court in Colombo on 20 April after giving a written understanding that they would not indulge in subversive activities.

In the case 44 persons - including a number of JVP members - were indicted on 13 counts under the Emergency Regulations and the Prevention of Terrorism Act (PTA) with conspiring to overthrow the Government of Sri Lanka, committing robberies, training persons in military activities and incitement to armed revolution.

Seven of the 44 accused who pleaded guilty to amended charges under the PTA were sentenced to three months in jail on 18 March.

In a second conspiracy case 13 of the 23 accused - who included Kelaniya University lecturer Pulsara Liyanage, in custody for over a year - were acquitted by the Colombo High Court on 22 April when the Attorney-General declined to proceed against them.

Permit appeal

THE continuing disturbances on the eastern seaboard are causing considerable hardship to Sri Lankan fishermen MP A Mansoor maintained, at a meeting between the fishing community government officials and IPKF representatives on 16 April in Kalmunai.

Speaking on behalf of some 300 fishermen with mechanised craft, the Kalmunai MP asked for permits allowing deep-sea fishing to be reinstated as soon as possible.

Many families were having to rely on relief supplies provided for the thousands of refugees crowding into Kalmunai as a result of the communal disturbances, Mr Mansoor maintained.

Fishing is now subject to strict supervision and (close curfew throughout the north and east of Sri Lanka.

A new in-shore security patrol - the Sea Guards - equipped with high-powered speed boats capable of pursuing the fibre-glass fishing boats allegedly used by terrorists was recently deployed in the Trincomalee area, defence officials announced this month.

1
Sehr geehrte Franke Hayes, Ihnen diese Briefe
zu Kenntnis. Mit freundlichen Grüßen

Kirchenkreis Zehlendorf
- Kreispfarrer für Behinderte -
Ev. Kirchengemeinde Am Buschgraben
Ludwigsfelder Str. 30, 1000 Berlin 37
Telefon 8 01 65 13

Berlin, den 7.4.1988

Gerhard Borné

Dr. Gerhard Borné, Pfr.

An den
Senator für Inneres
des Senats von Berlin (West)

Herrn Prof. Dr. Wilhelm Kewenig
Fehrbelliner Platz 2

1 Berlin-31

Sehr geehrter Herr Innensenator Kewenig,
die Mitunterzeichner dieses Briefes sind betroffen über Ihre
Ankündigung, dass nach dem 5. Mai d.J. tamilische Asylbewerber
nun doch wieder abgeschoben werden könnten.

Einige von uns haben seit längerer Zeit die grossen Schwierig-
keiten kennengelernt, welche die z.T. in unsrer Zehlendorfer
Nachbarschaft lebenden Flüchtlinge aus Sri Lanka haben. Bei einem
Familiengottesdienst am 6.3. d.J. in der Gemeinde Am Buschgraben
wurden wir u.a. auf die derzeit völlig unbefriedigende Situation
tamilischer Kinder und Jugendlicher aufmerksam, die dabei sind,
in Kindergärten und Schulen Wurzeln zu finden und denen dann
nicht erlaubt ist, eine Ausbildung oder ein Studium zu beginnen.
Und viele ihrer Eltern sind aufgrund ihrer ungewissen Lage
physisch und psychisch krank.

Bei einer Informationsveranstaltung über die Situation in Sri
Lanka jetzt am 7.4. hier in der Gemeinde wurde uns erneut klar,
dass eine Abschiebung von Tamilen nach Sri Lanka diese Menschen
in grosse Gefahr bringen würde. Sie müssen u.U. gleich nach der
Ankunft in Colombo oder auf dem Weg in ihre Heimatgebiete mit
Verhaftung, körperlicher Misshandlung, Entführung oder anderen
Formen von Bedrohung rechnen. Sie kommen in ein Land, in dem
der Staat kein sicheres Leben der Bevölkerung gewährleisten kann,
ein Land, in dem immer noch eine Art Bürgerkrieg herrscht -
Unterdrückung und Diskriminierung der tamilischen Minderheit
durch die Mehrheit der Singalesen und in dem von seiten der
Tamilen die Auseinandersetzung um Autonomie trotz indischer
Militärpräsenz weitergeführt wird.

Die tamilischen Flüchtlinge sind nicht freiwillig hierhergekommen.
Sie haben sich sehr schwer getan mit der Entscheidung ihre Heimat
zu verlassen. In vielen Fällen haben sie alles aufgegeben. Sie
erwarten Hilfe von uns. Und haben sie nicht auch einen Anspruch
darauf, uns bei unseren grossen Worten zu nehmen?

Die Woche der Brüderlichkeit liegt gerade hinter uns. In ihr
versuchen wir, aus der schlimmen Vergangenheit der Judenverfolgung
und des Dritten Reiches zu lernen. Was ist denn so anders an der
Situation abgewiesener jüdischer Flüchtlinge von damals und der
Lage solcher Asylbewerber von heute?

Es liegt auch an uns, ob wir wirklich ein Land sind, in dem Menschenrechte geachtet werden oder ob wir lieber wieder weg-schauen, an Menschen und Problemen vorbei, die uns unbequem sind.

Wir bitten Sie deshalb dringend, von der geplanten Abschiebung Abstand zu nehmen.

In Dänemark bekommen z.Zt. tamilische Asylbewerber für 5 Jahre einen garantierten Aufenthalt. Warum sollte bei uns nicht etwas ähnliches möglich sein?

Mit freundlichen Grüßen,

Gerhard Bonn

Kopien dieses Briefes gehen an:

Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin (West)

Frau Barbara John

Ausländerausschuss des Senats

Herrn Wruck

Ausländerbeauftragter der Ev. Kirche von Berlin-Brandenburg (Berlin-West), Herrn Hans Thomae-Venske

Regierender Bürgermeister von Berlin (West)

Herrn Eberhard Diepgen

Liga für Menschenrechte - Sektion Berlin

Herrn Michael Findeisen

Flüchtlingsrat Berlin

Frau F. Hoyer

Arbeitskreis Ausländer und Deutsche Berlin-Zehlendorf

Frau Gisela Eggers

Gemeindekirchenrat der Ernst-Moritz-Arndt-Gemeinde, Berlin-

Zehlendorf, Herrn Branko Nikolitsch

Weitere Unterschriften:

Name:	Adresse:
<i>Onusich, Gisela</i>	<i>7137, Karolinenstr. 16</i>
<i>Kloss, Helga</i>	<i>7137, Karolinenstr. 10</i>
<i>v. Bonin, Rolf</i>	<i>7137, Salzachstr. 8</i>
<i>Rastube, Karla</i>	<i>7137 Nienbenerstr. 8</i>
<i>Carolle, Manfred</i>	<i>7137 Nierbergstr. 8</i>
<i>Endesfelder, Michael</i>	<i>7137 Riemerstr. 161</i>
<i>Dieterich, Maria-Rose</i>	<i>7137 Kleinaustr. 77</i>

Unterschrift:

Gerhard Bonn

Helga Kloss

Rolf von Bonin

K. Rastube

M. Carolle

M. Endesfelder

Dieterich

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Name	Adresse	Unterschrift
Heike Jusepitis	1/39 Glienicke Str. 31	Heike Jusepitis
Ursula Wurz	1/37 Am Fischtal 68a	Ursula Wurz
Isela Eggers	1/38 Limbenstr. 6	Isela Eggers
Clara Eggers	1/38 Limbenstr. 6	Eggers
Walter Dahm	1/38 Lückhoffstr. 25	W. Dahm
Margrit Göthe-Jusepitis	1/39 Glienicke Str. 31	M. Göthe-Jusepitis
GIRGEN QUANT	CRANACHSTR. 42 7/47	G. Quant
Manon Weither	1/37 Eilenstr. 30	M. Weither
Clara Walther	1/39 Seyditzstr. 4a	Cl. Walther
Muthesius, Karl	1/38 Am Mittelbuck 48	Muthesius
Muthesius, Gudela	1/38 " " "	G. Muthesius
Ernst Ulrich Lertz	1/37 Waldhüterpfad 26	E.-U. Lertz
Elke Rosin	1/33, Benthirschprung 4	Elke Rosin
Ilse Vopkühler	1/37 Quermattenweg 156	Ilse Vopkühler
Eisenhardt, Siglinde	1/37, Bilowstr. 17	Siglinde Eisenhardt
v. Rentzell - Zotti Franke	1/37 Salamer Steig 17	Franke v. Rentzell-Zotti
Sierp, Irene	1/37 Quermattenweg 164	Irene Sierp
Margarete Könnig	1/37 Alt Schönow 2a	Margarete Könnig
Könnig, Hedwig	1/37 Alt-Schönow 2 A	Hedwig Könnig
Helga Fischer	1/37, Fischhüttenstr. 38H	Helga Fischer
D. Kühlewind-Fürin	1/37 Lindenallee 23	D. Kühlewind-Fürin
Elga Baum	1/37 Neue Str. 3b	Elga Baum
Lars Hendrich	1/37 Glaszeile 83	Lars Hendrich
Renate Weß	1/37 Kilstetter Str. 50	Renate Weß
Minka Wiederum-Bonne	1/37 Heimat 25	M. Wiederum-Bonne
Barbara Siegest	1/37 Wilskistr. 56	Barbara Siegest
Eva Leonhardt	1/33 Homburger 2	Leonhardt
Michael Maillard	1/31 Mainzer Str. 22	Maillard
Ulrike Kemmer	1/37 Gacknowes Str. 40a	U. Kemmer
Heike Brinkmann	1/44 Adlersstr. 13	Heike Brinkmann
Nobert Kroschel	1/27 Lubecker Str. 57	Nobert Kroschel

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN

HANDJERYSTRASSE 19/20 1000 BERLIN 41

Tel: 030 / 85 000 4 - 42

Der Flüchtlingsrat setzt sich aus Mitgliedern von Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchengemeinden, Asylarbeitskreisen, Flüchtlingen, Mitarbeitern von Beratungsstellen und engagierten einzelnen zusammen.

Er arbeitet seit 1980 für die Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen, die bei uns Schutz suchen.

Er leistet Öffentlichkeitsarbeit, setzt sich mit Senat, Behörden, Verbänden, Parteien und Politikern auseinander, um das Asylrecht und die Rechte von Flüchtlingen zu verteidigen, die im persönlichen Bereich und durch die Gesetzgebung im zunehmenden Maß bedroht und gefährdet sind.

Er ist weiter Treff- und Koordinationspunkt für alle, die mit Flüchtlingen und für sie arbeiten und die selbst betroffen sind.

S P E N D E N :

Flüchtlingsrat Berlin

Bank für Sozialwirtschaft

BLZ 100 205 00 - Kto Nr. 311 68 0 3

Das DGB-Haus in Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77 ist vom Hauptbahnhof in Frankfurt aus in fünf Minuten zu Fuß zu erreichen. Vom Hauptbahnhof geht man rechts in Richtung Main der Straßenbahnlinie entlang und die dritte Straße links ist die Wilhelm-Leuschner-Straße.

Weitere Fragen zu der Veranstaltung beantwortet Günter Burkhardt, Neue Schlesingergasse 22-24, 6000 Frankfurt/Main, Telefon (069) 293160.

Pro Asyl

**Flüchtlinge aufnehmen
statt abschieben**

2. Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft
PRO ASYL
am Samstag, den 19. September 1987
im DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77
in Frankfurt/Main

Abschiebungen von abgelehnten Asylsuchenden in Kriegs- und Krisengebiete können verhindert werden, wenn sich Flüchtlingsinitiativen überzeugend für politisch Verfolgte einsetzen. Diese Erfahrung haben im vergangenen Jahr zahlreiche Gruppen gemacht – und solche Erfahrungen sollen bei der zweiten Jahrestagung der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL in Frankfurt ausgetauscht werden.

Die Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL wurde am 8. September 1986 in Frankfurt gegründet und bemüht sich darum,

- öffentlich für die Belange von Flüchtlingen entsprechend den Ansprüchen des Grundgesetzes und der Genfer Flüchtlingskonvention einzutreten,
- Initiativen für den bundesweiten „Tag des Flüchtlings“ zu fördern, der dieses Jahr am 2. Oktober 1987 stattfindet,
- einen Erfahrungsaustausch zwischen Selbsthilfegruppen, Flüchtlingsräten und ähnlichen Initiativen und engagierten Einzelpersonen zu ermöglichen.

Während sich die erste Jahrestagung in der Evangelischen Akademie Tutzing vom 8. bis 10. Dezember 1986 vor allem dem Erfahrungsaustausch gewidmet hat, soll nun über die Einschränkungen des Asylrechts in den europäischen Nachbarländern und über mögliche Gegenstrategien auf europäischer Ebene gesprochen werden.

Zu dieser Jahrestagung nach Frankfurt laden wir betroffene Flüchtlinge, Vertreter von Flüchtlingsräten und Flüchtlingsinitiativen, in der Flüchtlingsarbeit Tätige und Engagierte sowie Vertreter der Medien herzlich ein.

Für die Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL:

Wolfgang Grenz
Bonn

Herbert Leuninger
Hofheim/Taunus

Dr. Jürgen Micksch
Tutzing

PROGRAMM

11.00 Uhr **Eröffnung**
Dr. Jürgen Micksch, Tutzing

Grußworte

René van Rooyen,
Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars
der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik
Deutschland, Bonn

Gisela Schade,
DGB-Landesbezirk Hessen

Die europäische Verantwortung für Flüchtlinge – Menschenrecht und kein Gnadenakt –

Heinz Oskar Vetter,
Mitglied des Europäischen Parlaments,
Düsseldorf*

Diskussion

13.00 Uhr Mittagessen

14.00 Uhr **Zur Arbeit von PRO ASYL**
Pfarrer Herbert Leuninger, Hofheim/Taunus
Wolfgang Grenz, Bonn

Abschiebungen in Krisengebiete – Berichte von regionalen Flüchtlingsinitiativen –

Traudel Vorbrodt, Berlin
Maria Kleber-Mavridis, Baden-Württemberg
Renate Blum, Rheinland-Pfalz
Birgit Plank, Flughafen Frankfurt, Hessen

Diskussion

Resümee und Perspektiven zur Asylpolitik
Rechtsanwalt Victor Pfaff, Frankfurt

16.00 Uhr Ende der Tagung

* Heinz Oskar Vetter ist Verfasser des Berichts, der Grundlage für die im März 1987 angenommene Entschließung des Europäischen Parlaments zu Fragen des Asylrechts war. Die Entschließung kritisiert die gegenwärtige Asylpolitik der Mitgliedsstaaten der EG und fordert sie zu einer großzügigeren Haltung gegenüber Asylsuchenden auf.

An der zweiten Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL am
19. September 1987 im DGB-Haus in Frankfurt nehme ich teil

nein

ja

Am Mittagessen nehme ich teil

nein

ja

An
PRO ASYL

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft
für Flüchtlinge

Neue Schlesingergasse 22

6000 Frankfurt/Main

Name, Vorname

Organisation

Adresse

.....
Datum, Unterschrift

KIRCHENKREIS ZEHLENDORF

Berlin, den 05.04.88

Ausländerarbeit
Gisela Eggers
Ev. Kirchengemeinde Am Buschgraben
- Familiengottesdienst -
Ludwigsfelder Str. 30
1000 Berlin 37
Dr. Gerhard Borné, Pfarrer

TAMILISCHE FAMILIEN VON ABSCHIEBUNG BEDROHT - WAS KÖNNEN
WIR DAGEGEN TUN?

Wir laden ein zu einer

S O L I D A R I T Ä T S V E R A N S T A L T U N G

zu Donnerstag, den 07. April 1988, 19:30 Uhr

Gemeinde Am Buschgraben, Ludwigsfelder Straße 30, 1000 Berlin 37
(Bus A1, A50 bis Ludwigsfelder Str.)

Tamilen werden einen Videofilm über die Situation in ihrer Heimat zeigen und eine Sammlung neuer Bilder und Informationen vorstellen. Gemeinsam wollen wir überlegen, was wir mit ihnen gegen die geplante Aufhebung des Abschiebestops tun können.

Sie sind/ Ihr seid herzlich eingeladen!

gez. Doris Kühlewind gez. Dr. Gerhard Borné gez. Gisela Eggers

SRI LANKA : EIN VOLK VERBLUTET



A hollow victory: Indian troops in occupied Jaffna (left), refugees taking shelter in an old church (above), a young Tamil takes aim

TAMILIEN VON ABSCHIEBUNG
BEDROHT !

Donnerstag, 7.4.88, 19.30
Smd. Am Buschgraben

Seit über 30 Jahren diskriminiert und verfolgt die singhalesische Bevölkerungsmehrheit die im Norden und Osten der Insel lebende tamilische Minorität. Über 20 000 Menschen fielen Pogromen und blutigen Verfolgungen zum Opfer. Die Benachteiligung der Tamilen äußerte sich anfangs in der Unterdrückung ihrer Sprache, Religion und Kultur, später auch in der Erschwerung des Hochschulzugangs. Die Tamilen wehrten sich in gewaltfreien Protesten, blieben aber erfolglos. Ab 1977 forderten sie, als letzten Ausweg, die Unabhängigkeit ihrer Siedlungsgebiete.

Die singhalesische Regierung reagierte hierauf mit einer Verstärkung der Repressionen, z.B. durch die Verabschiedung eines drakonischen Terrorismus-Bekämpfungsgesetzes, das die - damals noch kleinen und meist nur verbalradikalen - tamilischen Guerillaorganisationen zerschlagen sollte. Dieses Gesetz erlaubte willkürliche Festnahmen Verdächtiger und eine bis zu 18 Monate lange Untersuchungshaft in Isolation ohne Gerichtsverhandlung. Zehntausende von Tamilen, darunter auch Pfarrer und Gandhi-Anhänger, wurden seither ohne Kontakt zu Anwälten oder Angehörigen festgehalten, gefoltert und einige von ihnen ermordet. Seit 1983 werden die Tamilengebiete ununterbrochen im Ausnahmezustand regiert. Die dort ständig verstärkte Armee benahm sich wie in Feindesland und reagierte mit brutalen Repressionen auf Aktionen der tamilischen Untergrundkämpfer. Doch selbst Luftangriffe und schließlich ein militärischer Großangriff im Frühsommer 1987 brachten der lankaischer Regierung nicht die erhoffte "Lösung" der Tamilenfrage. Bis zu jenem Zeitpunkt waren etwa 350 000 Tamilen vor Willkür und Kampfhandlungen geflohen, davon zwei Drittel ins Ausland.

Am 29. Juli 1987 schlossen Sri Lanka und Indien überraschend und über die Köpfe der Tamilen hinweg ein sogenanntes Friedensabkommen. Es versprach den Tamilen Teilautonomie sowie die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Dieser Vertrag blieb bis heute wertlos. Noch immer sitzen Hunderte Tamilen unter den oben beschriebenen Bedingungen in Gefängnissen und Armeelagern.

Die inzwischen auf 75 000 Mann verstärkte indische "Friedenstruppe", die angeblich zur Erfüllung des Abkommens in die Tamilengebiete entsandt wurde, führt ihren Kampf zur "Entwaffnung" der tamilischen Guerilla genauso rücksichtslos und brutal wie zuvor die lankaische Armee. Die Zivilbevölkerung leidet immer mehr, wirtschaftliches Elend - z.B. infolge der Kriegshandlung unbestellte Felder, aus Sicherheitsgründen verbotene oder eingeschränkte Fischerei - wirkt sich immer stärker aus.

Die indische Offensive vom Oktober 1987 hat allein auf der Halbinsel Jaffna 2 800 Zivilpersonen das Leben gekostet und machte beinahe 400 000 obdachlos. Monatelang vegetierten die Menschen unter katastrophalen hygienischen Bedingungen und litten unter tagelangen Ausgangssperren. Indien erlaubte weder ausländischen Journalisten noch Vertretern von Hilfsorganisationen, sich ein objektives Bild über die Lage in den Tamilengebieten zu machen. Dennoch sickern Berichte über Plünderungen, Vergewaltigungen, Tötungen von Zivilpersonen außerhalb von Kampfhandlungen sowie erneute Massenfestnahmen junger Tamilen durch.

WIR KLAGEN AN

- Indien hat sich in den Volksgruppenkonflikt auf Sri Lanka eingeschaltet, um angeblich die Tamilen zu schützen. Tatsächlich ging es in erster Linie um seine Stellung als südasiatischer Hegemonialmacht bzw. die Zurückdrängung pakistanischen und indirekt amerikanischen Einflusses. Heute werden die Tamilen von ihren einstigen "Beschützern" bedroht.

- Die lankaische Regierung profitiert von der indisch-tamilischen Konfrontation: kein einziger singhalesischer Soldat starb seit August 1987 im Kampf gegen tamilsiche Guerilleros. Die lankaische Regierung kann sich ins Fäustchen lachen, weil Indien, der "große Bruder" der Tamilen, jetzt das schmutzige Geschäft der Singhalesen besorgt und sich die Weltöffentlichkeit gelangweilt vom südasiatischen Wirrwarr abwendet. Trotzdem bleibt die Regierung Sri Lankas verantwortlich für das Schicksal aller seiner Staatsbürger, also auch der Tamilen.

WO IST DER AUSWEG ?

Sofortige Waffenruhe, direkte indische Verhandlungen mit den Tamilen bei gleichzeitigem Abzug der disziplinenlosen "Friedenstruppe" bzw. deren Ersetzung durch UN-Truppen aus unbeteiligten Staaten, Wiederherstellung der Zivilverwaltung und repräsentative, wirkliche Wahlen, - das wären die ersten Schritte auf dem Weg zur Normalisierung des öffentlichen Lebens.

WAS KÖNNEN SIE ALS ITB-BESUCHER FÜR DIE TAMILLEN TUN ?

- Fragen Sie am Sri Lanka- bzw. Indien-Stand nach der Verfolgung der Tamilen
- Verzichten Sie auf Urlaubsreisen in diese Länder, die sich beide der Unterdrückung und des zynischen Umgangs mit Minderheiten schuldig gemacht haben ! Es gibt genügend schöne Ausweichmöglichkeiten in der Region !
- Informieren Sie sich über die Situation der Tamilen in Sri Lanka !
- Suchen Sie Kontakt mit tamilischen und anderen Flüchtlingen, die in Ihrer Nachbarschaft leben. Setzen Sie sich dafür ein, daß ihnen wenigstens bei uns Schutz vor Verfolgung gewährt wird !
- Treten Sie für die uneingeschränkte Beibehaltung des Asylrechts politisch Verfolgter ein!

Eelam Tamils Welfare Association Berlin;
Fluchtburg Berlin; Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.; Pax Christi Berlin;
Evangelische Studentengemeinde FU Berlin ; Flüchtlingsrat Berlin;
Ökumenischer Arbeitskreis der Zwölf-Apostel-Gemeinde
Internationale Liga für Menschenrechte, Sektion Berlin

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN

HANDJERYSTRASSE 19/2o

1000 BERLIN 41

25. 3. 1988

Tel: 030 / 85 000 4 - 42

An den
Regierenden Bürgermeister
Herrn Eberhard Diepgen

Rathaus Schöneberg
1000 Berlin 62

Betr.: Tamilen / Abschiebestop

Sehr geehrter Herr Diepgen,

wir haben Ihr Antwortschreiben, von Herrn Schmialek
unterzeichnet, dankend erhalten.

Wegen der Dringlichkeit und der akuten Gefährdung der
tamilischen Flüchtlinge möchten wir Sie dringend bitten,
sich verantwortungsvoll mit dem Innensenator auseinander-
zusetzen, um im Vorfeld der Sitzung des Ausländerausschus-
ses des Abgeordnetenhauses eine Einigung zu erzielen, die
den Abschiebestop nicht in Frage stellt.

Herr van Rooyen, der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten
Nationen in der Bundesrepublik, befürwortet ausdrücklich
nur eine freiwillige Rückkehr und spricht sich gegen jede
zwangsweise Abschiebung tamilischer Flüchtlinge in Europa
aus, und hat dies auch gegenüber dem Innensenator persönlich
zum Ausdruck gebracht.

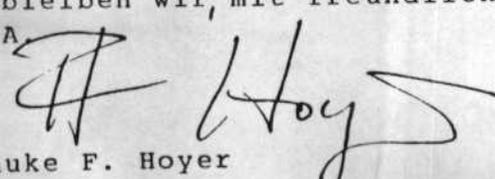
Das Schreiben der Internationalen Liga der Menschenrechte -
neben zahlreichen anderen Schreiben - und von amnesty inter-
national widersprechen der, uns nicht bekannten, Lageein-
schätzung der Deutschen Botschaft, die Sie in Ihrem Schrei-
ben anführen. (Anlage)

Weiteres entscheidendes Dokument ist die Antwort auf die An-
frage des Flüchtlingsrates von der international anerkannten
Korrespondentin Gabriele Venzky vom 24. 03. 1988, das eine
Rückkehr tamilischer Flüchtlinge ausschließt. Es wird sicher-
lich auch Sie überzeugen, und wir ersuchen Sie, Sehr geehrter
Herr Diepgen, unser Anliegen, den Abschiebestop aufrecht zu
erhalten, mit allen Ihren Kräften zu unterstützen. (Anlage)

In Erwartung Ihrer differenzierten Stellungnahme, mit guten
Wünschen für das Osterfest,

verbleiben wir, mit freundlichem Gruß

i. A.


Frauke F. Hoyer

Anlagen

186655 blnmw d
194 222 pco in

gabriele venzky an f.f. hoyer

antwort auf ihr telex nach delhi :
situation der tamilen im norden sri lankas ist schwierig , hat sich
aber in den letzten wochen etwas stabilisiert . das betrifft alle
von ihnen angesprochenen bereiche bis auf sicherheit . hier
weiter uebergriffe der tamilen - tiger und entsprechende s
zurueckschlagen der nder . grosse s fragezeichen ueber
der zukunft . nach abziehen der indischen truppe -
vorerst nicht in aussicht - muss mit neuauflage des blutvergiessens
gerechnet werden , da politische loesung nicht in sicht .

situation der tamilen im osten ist voellig anders , da hier
tamilen in der minderheit . die sich mehrenden uebergriffe
der tiger auf muslims und singhalesen b haben bereits
dazu gefuehrt , dass die sri lanka armee zum schutz der
singhalesen wieder aus den kasernen ausrueckt . dies wird
vermutlich zu vergeltungsschlaegen der armee gegen tamilen
fuehren . wenn dadurch im osten der buergerkrieg neu aus-
bricht , muss mit uebergreifen desselben auf den norden
gerechnet werden .

fazit : es herrschen nach wie vor keine normalen zustaende fuer
tamilische bevoelkerung . sie sind weiter gefaehrdet . wie
sich situation weiter entwickelt , ist voellig unklar .

erbitte telexkosten - rueckerstattung ueber dm 27.50 (27.50) fuer
tlx 24.3.88 an zeitverlag gerd bucerius , postscheck hamburg
1290 00-207 (1290 00-207) .

gruss gabriele venzky

186655 blnmw d

mmmm

24.03.88 07.59 uhr ++

TELEX

Der Regierende Bürgermeister, Rathaus Schöneberg, D-1000 Berlin 62

An den
Flüchtlingsrat Berlin
Handjerystr. 19/20

1000 Berlin 41

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)

III A I - 3029

Bearbeiter

Zimmer

Fernruf 7831 (Vermittlung)

Apparat (Durchwahl 783 + App.-Nr.)

3905 Intern (90)

Datum

23. März 1988 Do

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Regierenden Bürgermeisters danke ich Ihnen für
Ihr Schreiben vom 8. März 1988.

Zur Zeit gilt in Berlin ein Abschiebungsstopp für Tamilen. Es ist richtig, daß der Senator für Inneres aufgrund einer günstigen Lageeinschätzung durch die Deutsche Botschaft in Sri Lanka beabsichtigt, Tamilen, die im Einzelfall nicht politisch oder religiös verfolgt werden und deren Asylbegehren daher rechtskräftig abgelehnt worden ist, nach Sri Lanka abzuschieben. Der Innensenator hat den Ausländerausschuß des Abgeordnetenhauses vorab von dieser Absicht unterrichtet. Im Einvernehmen mit der Ausschlußmehrheit wird vor einer endgültigen Entscheidung ein weiterer Bericht des Auswärtigen Amtes herbeigezogen werden, der Ende März 1988 vorliegen wird und dessen Ergebnisse in der Sitzung des Ausschusses am 21. April 1988 erörtert werden. Erst danach wird der Senator für Inneres im Einvernehmen mit dem Parlament die Entscheidung über künftige Abschiebungen treffen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Schmialek

Verkehrsverbindungen: U-Bahn Rathaus Schöneberg, Autobus 4, 16, 65, 73, 74, 85

Bürgerreferat: Sprechzeiten am Mo./Di./Fr. 9.00-12.00 Uhr, Do. 16.00-18.00 Uhr

Der Regierende Bürgermeister, Rathaus Schöneberg, D-1000 Berlin 62

An den
Flüchtlingsrat Berlin
Handjerystr. 19/20

1000 Berlin 41

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)

III A 1 - 3029

Bearbeiter

Zimmer

Fernruf 7831 (Vermittlung)

Apparat (Durchwahl 783 + App.-Nr.)

3905 Intern (90)

Datum

23. März 1988 Do

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Regierenden Bürgermeisters danke ich Ihnen für
Ihr Schreiben vom 8. März 1988.

Zur Zeit gilt in Berlin ein Abschiebungsstopp für Tamilen.
Es ist richtig, daß der Senator für Inneres aufgrund einer
günstigen Lageeinschätzung durch die Deutsche Botschaft in
Sri Lanka beabsichtigt, Tamilen, die im Einzelfall nicht
politisch oder religiös verfolgt werden und deren Asylbegehren
daher rechtskräftig abgelehnt worden ist, nach Sri Lanka ab-
zuschicken. Der Innensenator hat den Ausländerausschuß des
Abgeordnetenhauses vorab von dieser Absicht unterrichtet.
Im Einvernehmen mit der Ausschlußmehrheit wird vor einer end-
gültigen Entscheidung ein weiterer Bericht des Auswärtigen
Amtes herbeigezogen werden, der Ende März 1988 vorliegen wird
und dessen Ergebnisse in der Sitzung des Ausschusses am
21. April 1988 erörtert werden. Erst danach wird der Senator
für Inneres im Einvernehmen mit dem Parlament die Entscheidung
über künftige Abschiebungen treffen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Schmielek

Verkehrsverbindungen: U-Bahn Rathaus Schöneberg, Autobus 4, 16, 65, 73, 74, 85

Bürgerreferat: Sprechzeiten am Mo./Di./Fr. 9.00-12.00 Uhr, Do. 16.00-18.00 Uhr

Der Regierende Bürgermeister, Rathaus Schöneberg, D-1000 Berlin 62

An den
Flüchtlingsrat Berlin
Handjerystr. 19/20

1000 Berlin 41

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)

III A 1 - 3029

Bearbeiter

Zimmer

Fernruf 7831 (Vermittlung)

Apparat (Durchwahl 783 + App.-Nr.)

3905 Intern (90)

Datum

23. März 1988 Do

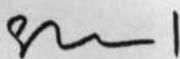
Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Regierenden Bürgermeisters danke ich Ihnen für
Ihr Schreiben vom 8. März 1988.

Zur Zeit gilt in Berlin ein Abschiebungsstopp für TAMILIEN.
Es ist richtig, daß der Senator für Inneres aufgrund einer
günstigen Lageeinschätzung durch die Deutsche Botschaft in
Sri Lanka beabsichtigt, TAMILIEN, die im Einzelfall nicht
politisch oder religiös verfolgt werden und deren Asylbegehren
daher rechtskräftig abgelehnt worden ist, nach Sri Lanka ab-
zuschicken. Der Innensenator hat den Ausländerausschuß des
Abgeordnetenhauses vorab von dieser Absicht unterrichtet.
Im Einvernehmen mit der Ausschlußmehrheit wird vor einer end-
gültigen Entscheidung ein weiterer Bericht des Auswärtigen
Amtes herbeigezogen werden, der Ende März 1988 vorliegen wird
und dessen Ergebnisse in der Sitzung des Ausschusses am
21. April 1988 erörtert werden. Erst danach wird der Senator
für Inneres im Einvernehmen mit dem Parlament die Entscheidung
über künftige Abschiebungen treffen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Schmierek

Verkehrsverbindungen: U-Bahn Rathaus Schöneberg, Autobus 4, 16, 65, 73, 74, 85

Bürgerreferat: Sprechzeiten am Mo./Di./Fr. 9.00-12.00 Uhr, Do. 16.00-18.00 Uhr

Der Regierende Bürgermeister, Rathaus Schöneberg, D-1000 Berlin 62

An den
Flüchtlingsrat Berlin
Handjerystr. 19/20

1000 Berlin 41

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)

III A 1 - 3029

Bearbeiter

Zimmer

Fernruf 7831 (Vermittlung)

Apparat (Durchwahl 783 + App.-Nr.)

3905 Intern (90)

Datum

23. März 1988 Do

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Regierenden Bürgermeisters danke ich Ihnen für
Ihr Schreiben vom 8. März 1988.

Zur Zeit gilt in Berlin ein Abschiebungsstopp für Tamilen.
Es ist richtig, daß der Senator für Inneres aufgrund einer
günstigen Lageeinschätzung durch die Deutsche Botschaft in
Sri Lanka beabsichtigt, Tamilen, die im Einzelfall nicht
politisch oder religiös verfolgt werden und deren Asylbegehren
daher rechtskräftig abgelehnt worden ist, nach Sri Lanka ab-
zuschicken. Der Innensenator hat den Ausländerausschuß des
Abgeordnetenhauses vorab von dieser Absicht unterrichtet.
Im Einvernehmen mit der Ausschlußmehrheit wird vor einer end-
gültigen Entscheidung ein weiterer Bericht des Auswärtigen
Amtes herbeigezogen werden, der Ende März 1988 vorliegen wird
und dessen Ergebnisse in der Sitzung des Ausschusses am
21. April 1988 erörtert werden. Erst danach wird der Senator
für Inneres im Einvernehmen mit dem Parlament die Entscheidung
über künftige Abschiebungen treffen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Schmielek

Verkehrsverbindungen: U-Bahn Rathaus Schöneberg, Autobus 4, 16, 65, 73, 74, 85

Bürgerreferat: Sprechzeiten am Mo./Di./Fr. 9.00-12.00 Uhr, Do. 16.00-18.00 Uhr

Der Regierende Bürgermeister, Rathaus Schöneberg, D-1000 Berlin 62

An den
Flüchtlingsrat Berlin
Handjerystr. 19/20

1000 Berlin 41

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)

III A 1 - 3029

Bearbeiter

Zimmer

Fernruf 7831 (Vermittlung)

Apparat (Durchwahl 783 + App.-Nr.)

3905 Intern (90)

Datum

23. März 1988 Do

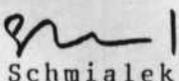
Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Regierenden Bürgermeisters danke ich Ihnen für
Ihr Schreiben vom 8. März 1988.

Zur Zeit gilt in Berlin ein Abschiebungsstopp für Tamilen.
Es ist richtig, daß der Senator für Inneres aufgrund einer
günstigen Lageeinschätzung durch die Deutsche Botschaft in
Sri Lanka beabsichtigt, Tamilen, die im Einzelfall nicht
politisch oder religiös verfolgt werden und deren Asylbegehren
daher rechtskräftig abgelehnt worden ist, nach Sri Lanka ab-
zuschicken. Der Innensenator hat den Ausländerausschuß des
Abgeordnetenhauses vorab von dieser Absicht unterrichtet.
Im Einvernehmen mit der Ausschlußmehrheit wird vor einer end-
gültigen Entscheidung ein weiterer Bericht des Auswärtigen
Amtes herbeigezogen werden, der Ende März 1988 vorliegen wird
und dessen Ergebnisse in der Sitzung des Ausschusses am
21. April 1988 erörtert werden. Erst danach wird der Senator
für Inneres im Einvernehmen mit dem Parlament die Entscheidung
über künftige Abschiebungen treffen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Schmialek

Verkehrsverbindungen: U-Bahn Rathaus Schöneberg, Autobus 4, 16, 65, 73, 74, 85

Bürgerreferat: Sprechzeiten am Mo./Di./Fr. 9.00-12.00 Uhr, Do. 16.00-18.00 Uhr

Thanjai refugees 'reluctant to go back home'

Express News Service

Thanjavur, Oct. 28: Most of the Sri Lankan refugees now in the 23 relief camps at Vedaranyam, Nagapattinam, Sirkali, Pattukottai, and Peravurani in Thanjavur district are reluctant to go back as they are "unhappy" about the present situation in the Jaffna area.

There are about 4,500 refugees in the district. Eight hundred refugees who were sent from Thanjavur district about ten days ago are now in the Mandapam camp.

This correspondent who visited a few relief camps in the Nagapattinam and Pattukottai areas found that the refugees' reaction to the IPKF operation was mixed.

Meanwhile, the Tamil Nadu Government has issued orders that refugees who have not registered their names at the respective collectorates should do so and obtain identification cards before Dec. 31 this year failing which they would be treated as illegal immigrants. Action would then be taken under the relevant enactment. The Government has pointed out that free passage would be provided to refugees who register themselves.

Lankan refugees not willing to leave

Express News Service

Tiruchi, Nov. 19: With the situation in Jaffna remaining tense, and no sign of cessation of hostilities between IPKF and the Liberation Tigers there, most of the refugees in the refugee camp at Kottappattu, near here, expressed their reluctance to return to Sri Lanka.

When the Indo-Sri Lanka agreement was signed a few months back, many of the refugees expressed their willingness to return home as early as possible. But now with hostilities breaking out between the IPKF and the LTTE there, these refugees dread the prospect of re-

turning home.

The Refugee Camp at Kottappattu, situated on the Tiruchi-Pudukkottai Road, has 456 families.

The refugees point out that the present situation in Jaffna, was akin to the one when they fled Jaffna in 1983. "How could we go there now?" they ask.

The refugees said that even though they were having some hardships staying in India, they felt secure and peaceful.

Meanwhile, the state government has asked the refugees staying in India, to register themselves with the Revenue officials in the respective districts.

Refugees don't want to return to Lanka

Express News Service

Madurai, Jan. 1: Tamils of Indian origin who fled Sri Lanka for Tamil Nadu after the ethnic riots in that country in July 1983 have appealed to the President, the Prime Minister and the Home Minister of India, not to consider them refugees and to provide them facilities to continue to live in India.

The Indo-Sri Lankan Association, representing the interests of Tamils of Indian origin from Sri Lanka in India has in separate representations to the President, the Prime Minister and the Home Minister pointed out that Tamils of Indian origin had been living in Sri Lanka under various restrictive measures affecting their franchise, business, land ownership and other rights.

President of the Association R.R. Sivalingam, detailing the various discriminatory measures that Tamils suffered in Sri Lanka, said that some of them had made Sri Lanka their home despite these restrictions. But the recent ethnic violence had destroyed their property and had made it impossible for them to live there. They had been compelled to leave Sri Lanka and take up residence

in India.

The recent Indo-Sri Lankan accord and the presence of the Indian Peace Keeping Force in the country had given a certain measure of assurance of security and safety to the people in the north and east. But outside these provinces, the people of Indian origin resided in the midst of the Sinhalese and were at their tender mercies.

Pointing out that many of the Tamils thus affected were people who had retired from active service and who wished to live peacefully in India without causing any problem to anybody, the Association pleaded with the Government of India to let them live in peace in the land of their forefathers.

The letter stated that the Government Order of Oct. 10, requesting all the Sri Lankans who had come to India after July 22, 1983 to register themselves with their respective Collectorates in the areas where they lived and be repatriated to Sri Lanka had seriously perturbed the Tamils of Indian origin.

The category of Tamils of Indian origin from Sri Lanka covered not only Sri Lankan citizens but

people who have applied for Indian citizenship, and stateless persons.

Urging that they be allowed to stay back in India, the Association has asserted that they were not 'refugees' and could not be treated as such in terms of the Government Order.

Since they had lost all their property, business and employment, they had no cause to return to Sri Lanka.

The Association said that any compulsion on the part of the Indian Government to send these persons back to Sri Lanka would have disastrous consequences for the affected people.

'We'd rather die in India...'

By T. N. GOPALAN
Express News Service

Madurai, Dec. 20: Even as the Indian Government is finalising plans to send back Sri Lankan Tamil refugees, a section of them, mostly of Indian origin, are up in arms against the move.

"We are not going back, come what may," they have declared in their public statements and in their petitions to Central and State Governments.

They are estimated to number around 2,000 settled in various refugee camps throughout the State. They are to meet in Madurai shortly to chalk out a programme of action in the face of continued refusal by the Indian Government to appreciate their problems.

The basic thrust of their argument is — "We are not Sri Lankan citizens. Nor are we ever going to be accorded that status. Anyway, having gone through it all for several decades, it will be foolish, nay simple *Harakiri* for us to attempt to pick up the threads and try and live there as decent human beings."

A talk with a cross-section of the reluctant refugees reveals that even those who have obtained the Lankan citizenship under the Sirimao-Sastri pact are throwing in their lot with the rest of their brethren and resist all attempts of deportation. With the government making it clear, but for those registered under the Sirimao-Sastri pact, all the rest have to go back whatever their respective status, the stage is set for a bitter battle.

Nehru-Kotlewala pact: While the reluctant refugees of Indian origin could be divided into several categories in terms of their citizenship status, those with what is called Nehru-Kotlewala passport are in a very peculiar plight which would be very funny if it is not tragic. These people are all Indians by birth and hold Indian

citizenship, but are permitted to make a living in Sri Lanka for a certain period of time.

First of the many pacts between the two countries, this one came about a few years after the disenfranchisement and decitizenising of plantation Tamils of Indian origin.

Under the pact, those with Indian passports and repatriating money to India or simply doing the latter without a passport were issued new passports to be renewed every four years and entitled to stay in Lanka upto 55 years of age. After which they would have to return to India.

Many with this passport and settled in various places in Lanka jumped into the first available boat to India after the 1983 riots broke out.

As they had lost everything they had, they preferred to remain in refugee camps. Such people, too, are being asked to go back to Lanka and then come again!

Said Mari Samayan (61): "This is crazy. I was working in the construction industry there. How do I go back now? Who'll give me jobs? Officials here tell me since I have come as a refugee I should go back. My passport does not mean anything to them. They say go there, avail of refugee benefits and then come again. Does it not look silly?" Whether they would be booted out of the country is a moot point.

Apparently he and his like, if they refuse to go back will be thrown out of their camps, denied doles and left to fend for themselves. The pretext — not covered under the Sirimao-Sastri pact which only entitles one for rehabilitation assistance.

Emergency certificates: In April 1984 this writer wrote about 20 Lankan Tamil families of Indian origin, affected by the riots and who had approached the Indian High Commission for help to return. The High Commission told

them that Indian passports under the Sirimao-Sastri pact could not be issued to them because, in the first place, they had not applied, and even if they had, the applications had not been processed.

They could go to India, would be entertained in transit camps for a limited period of time, but would not be eligible for loan schemes. They were issued emergency certificates, came here only to be buffeted hither and thither, even refused accommodation in refugee camps, went through hell. Hundreds of such Emergency Certificate holders, who had been issued the same only after their Indian origins had been checked up and are presently in the refugee camps have also been told they should go back. Perumal, (34), a very articulate EC-holder puts the issue succinctly: "I was running a small shop in Colombo which has been burnt down. When I was in a refugee camp there they gave me EC and brought me here, beyond a certain date no one can apply for registration under Sirimao-Sastri pact. There is not even a ghost of a chance for our getting Lankan citizenship and India would not grant one."

"In effect we are stateless and the Government of India recognises as such...it also acknowledges the fact that we are of Indian origin...when such is the situation, why should we go back when we ourselves do not want to...and what do we do there to earn a livelihood, and in such a hostile atmosphere at that?"

Identity cards: And then there are those without any valid travel documents except identity cards issued by the Lankan government itself to stateless Tamils. M. Gnan Selvam, (35), who was born in Sri Lanka and had lived there 35 long years before joining the exodus to India remarked, "Our family was living in Mannar district. We had never thought of applying for Indian or Lankan citizenship. The

sheer problem of making it to Kandy, through Sinhalese areas and then making pathetic pleas to a callous bureaucracy deterred us all from making any such move. Now we are relieved we are in a more congenial environment. The government seems to be bent on making our lives miserable again by despatching us."

Lankan citizens: There are a number of Tamils of Indian origin who have obtained Lankan citizenship but who want to stay back in India whether they get rehabilitation assistance or not. Shanmugarathnam, coming under this category, said that he hailed from Mannar district and he had no hopes of making a decent living there now. "My relatives are all here. For good or bad I'd spend the rest of my life here only. Even if you try to remove me on technical grounds, I'm not going to budge, take it from me."

Uncertain future: Refugees of Indian origin take pains to make it clear that they would face a very grim future if deported. They had lived in such places as Kandy, Padulai, Nuverelia, Mathalai and Colombo. Surrounded by Sinhalese areas, they had always remained on the brink of danger. With the situation turning sour further there would be no sense whatsoever in their going back again. Further, they always faced discrimination at the hands of the Lankan government. S. Chinniah of Kilinochchi related the story of several Indian Tamils encroaching upon government land, being thrown out and refused any assistance as they were of Indian origin. "We have always been treated as second-class citizens. We would not undergo that ordeal again. We would rather die here".

There is no chance of their settling down in Jaffna Tamil areas either, refugees say. Apart from the physical constraints involved, there had been no love lost between the two communities, historically speaking.

Rehabilitation, challenging task in Trinco

From RITA SEBASTIAN

Trincomalee, Feb. 3: Empty tar barrels, twisted metal, half-broken concrete posts and tree trunks lie across the roadway — these are makeshift roadblocks found in and outside the town of Trincomalee.

This once-picturesque eastern province port town has taken on a macabre appearance with its buildings reduced to rubble and 48,000 persons of the town's population still in the refugee camps.

In some areas, the refugees have returned to what is left of their homes. In others, people are still wary of returning as allegations and counter-allegations are bandied about.

A high-ranking Government official lists a 'series' of IPKF sins — raping, looting, and wanton destruction of buildings. Sri Lankan police officials are aghast at the accusations. "There hasn't been one single complaint of rape". As to the other allegations, they dismiss them as blatant fabrication. "If there is any complaint

against an Indian soldier you only have to take it to the IPKF command office and action is immediate", says a young police officer. "They haven't destroyed a single building. What they have done in some instances is to remove bricks from already damaged buildings and build their bunkers".

The problem of Trincomalee today is to get the refugees to move back to their homes.

In Kutcheveli, 35 km from Trincomalee town, 153 of the 640 families that fled their homes in September 1985, have returned. They had fled when an attack on the Kutcheveli police station was followed by a retaliatory attack on the homes of the civilian population.

Some of them have moved into homes comprising roofless walls and are trying to pick up the pieces. Others are housed in school buildings, in a church and in abandoned Government buildings. In one such building nine families are struggling to survive. "We have had no dry rations for two months. Our children are starving. There is no way of culti-

vating our fields and now with the monsoon on, there is no fishing either", they say.

A woman lies on the church floor shivering with a raging fever. She has had no medication for two days.

Problem of security: We take up the question of the starving refugees of Kutcheveli with the Government Agent of Trincomalee, Mr. Ariyaratne. He then points to other pockets where also dry rations have not been distributed.

It is a problem of adequate security for the vehicles transporting the rations. "There are still areas that are not safe", he says.

It is strange that in a town which the Government Agent himself says has a six-thousand strong IPKF, not to mention the Sri Lankan police platoons deployed at vulnerable places and the Sri Lankan security force posts at strategic places, reaching the refugees is impossible.

The official refugee statistics (as on Jan. 31) were 12,318 Sinhalese, 15,449 Tamils and 19,721 Muslims

in the Trincomalee district. One hundred per cent of the Sinhalese and Muslims want the IPKF to leave and the Sri Lankan security force. A young Tamil says the Government will not let the Tamils to a man work with the IPKF to stay. "They are only participating".

Grim reminder: The 35-kilometre drive from Kutcheveli to Trincomalee across the ruins of houses damaged and destroyed is a grim reminder of the communal violence beginning July 1983.

The warehouse superintendent at the Prima Flour Milling Factory has cycled to his old home where only the walls remain. Today he lives in a rented house in the town with his eight children.

In 1983 the house was literally reduced to rubble. With State assistance he put it up. In 1985 it was attacked again.

In Uppuveli where Mr. Balasubramaniam has his house, almost every building is roofless, the walls are crumbling, and the gardens overgrown.

People are quietly getting back to work. Tura to page 7

and trying to rebuild. Sandwiched between Uppuveli and the Sinhala village of Sirimapura is Jamaaliya, a Muslim settlement. "They (residents) neither participated in the violence nor were they attacked," says a young Indian lieutenant. "They always remained neutral."

Right near the fort, down by the beach, is a cluster of fishermen's huts. Most of them are the displaced from Linaga Nagar where the Tamils are alleged to have burnt down the homes of the Sinhalese.

"Mine was the largest house in the village valued at five lakhs of rupees," says Ari Galapathi. "We lost everything, a vehicle and a number of fishing boats as well."

Ration not enough: Every refugee is entitled to Rs. 125 worth of dry rations a month. "It's hardly enough", grumbles Nandawathie who is now housed in a refugee camp with her husband and eight children. "We feel our stomachs when we are hungry."

Outside the Trincomalee town boundary Sri Lankan forces are providing protection for returning Sinhala refugees. In the Sinhala village of Jayanthipura where a joint Sri Lankan and Norwegian Red Cross housing project has put up a hundred houses, the villagers take their bedding when darkness falls and go to the nearby school hall, where there is a combined Sri Lankan police and army post. In the morning they return to begin another day.

It was in the same village that nine persons were killed by "terrorists" following the Good Friday massacre on the Habarana-Trincomalee Road last year when 127 persons were gunned down, allegedly by the LTTE. "We are too frightened to stay here at night", says Somawathie, who still remembers the killing.

Fear, real and imaginary, and mistrust between the communities is in no way being eased by bureaucrats who see it only in terms of black and white. In the uneasy calm that prevails rehabilitation and reconstruction is not going to be an easy task. Reconciliation between the communities is what this divided city needs.

Indefinite curfew in Batticaloa

Colombo, Feb. 28 (UNI): Sri Lanka's eastern Batticaloa town as placed under an indefinite curfew from 0600 hours this morning presumably to defuse tension caused by the fast-unto-death by two members of the "Mothers front."

Sources in Batticaloa said the Indian Peace Keeping Force had abandoned off the Mamangam Pulwar temple, on the outskirts of the town, where the two women have been on fast for the last nine days to press the front's demand for a unilateral declaration of ceasefire by the IPKF and negotiations with the Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE).

The sources said the IPKF had also moved its women personnel, belonging to the Central Reserve Police, to a location near the temple, apparently to deal with any emergency arising from the condition of the fasting front members.

The sources said a team of Indian Red Cross doctors visited the temple this morning to check on the condition of the fasting women. But they were not

allowed to do so by the other women who were present. However, a private lady doctor who had examined them had furnished the records about their condition to the Red Cross doctors.

The doctor, who had examined them, was of the opinion that their condition was stable and would remain so for another 48 to 72 hours, the sources said.

Indian army jeeps went round the Tamil-dominated Batticaloa town late Saturday, announcing the curfew orders.

India's High Commissioner J.N. Dixit told reporters on Saturday that the two women, both aged over 55, could be force-fed or arrested on charges of attempted suicide if they continued their protest.

About 3,000 plantation workers under the banner of the newly formed Estate Workers Political Rehabilitation Centre observed a token fast today at Talawakele, 20 km from the central hill town of Nuwara Eliya, to press their demand for the release of more than 100 plantation youth, detained for

suspected involvement in militant activities.

The Ceylon Workers Congress, representing a majority of the plantation workers, had appealed to the workers to give up their move to stage the fast as talks were already underway with the Government for the release of the detained youth.

Indians killed: Tamil guerillas have killed five Indian soldiers and wounded 19 in landmine attacks in northern and north-eastern Sri Lanka, officials said here today.

The LTTE blew up an Indian army truck on Saturday when the soldiers were looking for rebels at Pachchanur in Trincomalee district in the northeast, killing the five, Sri Lanka military officials said.

Four of the 16 wounded soldiers were in a serious condition.

The attack came hours after an LTTE local leader known as "Sri" took cyanide and died after being arrested by Indian troops in neighbouring Mullaitivu district, an official spokesman said.

THE ECUMENICAL COUNCIL
FOR REPATRIATES AND REFUGEES FROM SRI LANKA
(TECRAS)

(S. No. 161 of 1986)

C.L.S. Building, Park Town, Madras-600 003

Tel : 565473

President :

MOST REV. DR. G. CASIMIR
Archbishop of Madras-Mylapore

Vice-President :

RT. REV. JAYASEELAN JACOB
Bishop, TELC

Secretary :

FR. VICTOR MARIASUSAI
Secretary, TASOSS

Treasurer :

DR. MITHRA J. EBENEZER
Secretary, TNCC

22.03.88

Mr. Frauke F Hoyer,
Fluchtlingerrat Berlin,
Handjerystrasse 19/20
1000 Berlin 41.

Dear Mr. Frauke

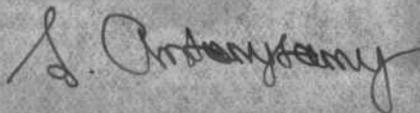
Greetings.

Your letter to Mrs. Sarah Chanda of YWCA was handed over to us for necessary action.

The enclosed papers, mostly clippings from dailies will give you an idea of the refugee situation (repatriation) here in Tamil Nadu and the climate and the rehabilitation in Sri Lanka. We would like you to draw your own conclusions.

It must also be added here that about 6,600 refugees had been sent back to Sri Lanka and there are 1,33,000 refugees still here. Our own view is that the repatriation of the refugees to Sri Lanka must be delayed for some more time.

With warm regards,



Fr. S. ANTONYSAMY
EXECUTIVE DIRECTOR.

Encl: as above

c.c. to: Mrs. Sarah Chanda

Freie Flüchtlingsstadt Nürnberg
c/o Stadtteilzentrum DESI
Brückenstr. 23
8500 Nürnberg 90
Telefon 0911/336943

FREIE FLÜCHTLINGSSTADT NÜRNBERG

Nürnberg, den 21.3.88

Sehr geehrter Herr Kewenig,

es ist doch immer wieder erstaunlich, wie Sie die Lage in anderen Ländern und Kontinenten einzuschätzen wissen.

Einmal kommen Sie zu der Überzeugung, daß der Libanon "ein Land wie jedes andere am Mittelmeer ist". Wir erinnern daran, daß zu diesem Zeitpunkt der "Lagerkrieg" auf Hochtouren lief, dem viele Palästinenser zum Opfer fielen.

Nun kommen Sie auf die Idee, die Lage in Sri Lanka habe sich in einem Maß stabilisiert und normalisiert, daß der Abschiebestopp für Tamilen aufgehoben werden könne.

Woher beziehen Sie eigentlich Ihre Informationen. Mensch könnte fast glauben, sie hätten in den Publikationen der Tourismusbranche geblättert.

Denn, zumindest die uns zugänglichen, Zeitungen und Zeitschriften berichten nichts, was ihre Einschätzung bestätigen könnte.

So ist z.B. der "Frankfurter Rundschau" vom 22.2.88 zu entnehmen, daß indische Truppen nach einer Offensive gegen Jaffna Ende letzten Jahres, nun gegen die Tamilen in Batticaloa vorgehen wollen.

Es ist auch davon auszugehen, daß seit dem Eingreifen der indischen Truppen erneut Hunderttausende von Tamilen vertrieben wurden, von denen viele beim Versuch Sri Lanka zu verlassen scheitern, auch deshalb, weil die europäischen Staaten ihre Abschottungspolitik immer rigider umsetzen.

Und warum glauben Sie eigentlich an Normalisierung und Stabilisierung, wenn die indischen Truppen ständig aufgestockt werden, auf inzwischen mindestens 70.000 Mann, andere Quellen sprechen sogar von 100.000.

Wir möchten gar nicht ins Detail gehen und sie mit den Problemen der Zivilbevölkerung belästigen - wahrscheinlich interessiert Sie das sowieso nicht.

Wir möchten Sie aber fragen: Warum glauben Sie, daß das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis genau deshalb derzeit von Abschiebungen abrät, weil erst eine Beruhigung der Lage in Sri Lanka abgewartet werden soll?

Wir würden Ihnen raten, bevor Sie derartige Anordnungen treffen, genauere Informationen einzuholen. Sie müßten dann, wenn Sie auch nur über einen Funken Verantwortungsgefühl verfügen, den Abschiebestopp aufrechterhalten.

Genau das erwarten wir von Ihnen!

Wir verbleiben

Spendenkonto: 1 042 270 Bankleitzahl 760 501 01 Stadtparkasse Nürnberg
Stichwort: Freie Flüchtlingsstadt Nürnberg

Freie Flüchtlingsstadt Nürnberg
c/o Stadtteilzentrum DESI
Brückenstr. 23
8500 Nürnberg 90
Telefon 0911/336943

**FREIE
FLÜCHTLINGSSTADT
NÜRNBERG**

Nürnberg, 22.3.1988

Liebe Freundinnen und Freunde,

anbei übersenden wir Euch den Brief an Kewenig anlässlich der beabsichtigten Aufhebung des Abschiebestopps für Tamilen. Wir haben in der Flüchtlingsstadt sofort einen Termin mit den Tamilen anberaunt, wo wir sie über die Situation in Berlin informierten. Die aktuelle Situation in Sri Lanka wird von den Tamilen durchgängig katastrophal eingeschätzt. Allerdings beruhen die Schilderungen nicht auf Informationen aus erster Hand, da kaum Informationen aus dem Land erhältlich sind. Die meisten Tamilen wissen nicht, was mit ihren Verwandten und Freunden passiert. Die Situationsberichte stützen sich also vorrangig auf Presseberichte (tamilische Zeitungen); außerdem erhielten sie Videoaufnahmen - davon eine auf tamilisch und eine andere auf englisch, die die Übergriffe der indischen Armee auf die tamilische Zivilbevölkerung dokumentieren. Wir haben uns nun mit den Tamilen zusammen überlegt, die englische Videoaufzeichnung an Kewenig zu schicken, um seine anscheinend existierenden Informationsdefizite abzubauen. Außerdem werden uns die Tamilen Berichte aus tamilischen Zeitungen, die sich speziell auf die aktuelle Situation nach dem "Friedensabkommen" beziehen, übersetzen. Wir könnten dies Berichte an Monika Kadur schicken. Außerdem werden wir ebenfalls versuchen, von Abschiebung bedrohte Einzelschicksale zu dokumentieren. Unter den Tamilen besteht aufgrund der Entwicklung -Aufhebung des Abschiebestopps - die möglicherweise auch in anderen Bundesländern Anwendung finden wird, Panik. Viele Leute sagten uns, daß sie sich eher hier umbringen werden bevor sie in ihre Heimat abgeschoben werden. Sie fragten auch, ob es nicht sinnvoll wäre, eine größere Demonstration z.B. in Bonn zu organisieren. Bestehen bei Euch auch Überlegungen in dieser Richtung?

Abschließend noch eine Frage zu dem im Protokoll angekündigten Seminar zur "Harmonisierung" des Asylrechts in Europa am 12.-13. April. Handelt es sich dabei um die ursprünglich für Mai vorgesehene Veranstaltung, zu der auch europäische Vertreter eingeladen sind?

Mit freundlichem Gruß

Ulrike Voß

Ulrike Voß

Kopie

Sektion Berlin (West) der International League for Human Rights, New York,
akkreditiert bei den Vereinten Nationen,
Mitglied der Fédération Internationale des Droits de l'Homme/Paris

Internationale
Liga
für Menschenrechte
im Geiste von Carl von Ossietzky

Int. Liga für Menschenrechte e.V., Mommsenstr. 27, D-1000 Berlin 12

☎ (030) 324 36 88

An den
Senator für Inneres
Fehrbelliner Platz 2
1000 Berlin 31

Bürozeiten: Montag und Donnerstag
17.00 - 19.00 Uhr

Postgirokonto Berlin-West 3024-107
Bank für Gemeinwirtschaft
BLZ 100 101 11, Kto.-Nr. 100-4558 300

18. März 1988

Betr.: Abschiebung von Personen tamilischer Volkszugehörigkeit nach Sri Lanka

Sehr geehrter Herr Prof. Kewenig,

Ausweislich Ihrer Mitteilung an den Ausländerausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses vom 24. Februar 1988 (III C 1 -0345/75) beabsichtigen Sie, die Ausländerbehörde anzuweisen, gegenüber lankanischen Staatsbürgern tamilischer Volkszugehörigkeit die nach erfolglosem Abschluß des Asylverfahrens bestehende Verpflichtung zur Ausreise wieder durchzusetzen. Der vom Berliner Abgeordnetenhaus insoweit beschlossene Abschiebestop wird dadurch hinfällig.

Sie begründen diesen Schritt damit, daß sich die Situation in Sri Lanka nach dem indisch-lankanischen Abkommen vom 29. Juli 1987 und der damit in Verbindung stehenden Intervention indischer Truppen in Sri Lanka im Vergleich zur Situation im Jahr 1986 entscheidend verbessert hätte.

Die von Ihnen in Bezug auf die innenpolitische Situation Sri Lankas vorgenommene Lagebeurteilung wird u.E. lediglich vom indischen Verteidigungsministerium geteilt, wo in der Tat gegenüber dem indischen Parlament bzw. der indischen Presse behauptet wird, Sri Lanka, insbesondere der Norden und Osten sei "zur Normalität" zurückgekehrt. Lankanische Menschenrechtsorganisationen, Pressekorrespondenten, das Auswärtige Amt und das Amt des Hohen Flüchtlingskommissares der Vereinten Nationen (UNHCR) kommen allesamt zu einer gegenteiligen Einschätzung.

(2)

Ehrenpräsident: Erwin Beck - Präsident: Prof. Carl-Heinz Evers - Vizepräsidentin: Veronika Arendt-Rojahn - Vizepräsident Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Die Carl-von-Ossietzky-Medaille wurde bisher verliehen an: Otto Lehmann-Russbuell (1962), Rudolf Küstermeier (1963), Joseph Wulf (1964), Probst Dr. Heinrich Gruber (1965), Fritz von Unruh (1966), Günter Grass (1967), Kai Herrmann (1968), Dr. Robert M. W. Kempner (1969), Prof. Dr. Walter Fabian (1970), Walter Schulze - für den internationalen Arbeitskreis Sonnenberg (1971), Carola Stern - amnesty international (1972), Prof. D. D. Helmut Gollwitzer (1973), Heinrich Böll (1974), Heinrich Albertz (1975), Betty Williams, Mairead Corrigan, Ciaran McKeown (1976), Willi Bleicher, Dr. Helmut Simon (1977), Dr. Rudolf Bahro (1978), Axel Eggebrecht, Prof. Dr. Fritz Eberhard (1979), Dr. Ingeborg Drewitz (1980), Gert Bastian (1981), William Borm (1982), Heinz Brandt, Martin Niemöller (1983), Günter Wallraff (1984), Lea Rosh (1985)



Das Auswärtige Amt vertritt in seinem "Lagebericht Sri Lanka" vom 22. Dezember 1987 folgende Auffassung:

" Die politische Lage im Lande ist weiterhin von Unsicherheiten gekennzeichnet, wobei die indische Militärpräsenz bisher nicht zu einer wirklichen Befriedung der vom Konflikt betroffenen Gebiete beitragen konnte."

Nach Ansicht des Auswärtigen Amtes ist angesichts fort-dauernder Kämpfe (zwischen der indischen Armee und der tamilischen Guerillaorganisation LTTE) "auch im Norden und Osten keine soziale und wirtschaftliche Grundlage geschaffen, rückkehrende Flüchtlinge oder Asylbewerber aus dem Ausland zu integrieren".

Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt der UNHCR, der sich entsprechend gegenüber dem britischen Innenminister Douglas Hurd bezüglich der Abschiebung von sechs Tamilen nach Sri Lanka am 10. bzw. 12. Februar 1988 geäußert hat.

Selbst das britische Innenministerium hat in diesem Verfahren eingeräumt, daß die Lage in Sri Lanka " unklar und zuweilen undurchschaubar" ist. Diese Einschätzung trifft u.E. in der Zwischenzeit nicht nur für den Norden und Osten Sri Lankas, sondern auch für den Süden zu.

Zur Unklarheit und Undurchschaubarkeit der Lage trägt insbesondere bei, daß sich die indische Armee in Sri Lanka (IPKF) bisher geweigert hat, Journalisten in die Kampfgebiete im Norden und Osten einreisen zu lassen. Ebenfalls hat es die IPKF abgelehnt, Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes in den Norden und Osten einreisen zu lassen, um die Einhaltung der Genfer Konvention zu überwachen. Diese Forderung ist mehrfach, letztmals im Februar 1988, von lankanischen Menschenrechtsorganisationen wie dem Civil Rights Movement erhoben worden.

Die Situation im Norden Sri Lankas (Jaffna-Halbinsel) gestaltet sich nach den unserer Organisation vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Kämpfe zwischen der indischen Armee und den das Abkommen vom 29. Juli 1987 akzeptierenden Guerillaorganisationen ("Tri-Star-Bündnis") einerseits und der LTTE andererseits sind zwar in der Zwischenzeit abgeflaut, nachdem die indische Militäraktion "Pawan" vom Oktober/November 1987 der tamilischen Zivilbevölkerung große Verluste zugefügt hat. Die im Gegensatz zu den Presseberichten der LTTE seriöse tamilische Zeitung "Saturday Review" (vom 1.2.1988) spricht von insgesamt 2.500 getöteten tamilischen Zivilisten.

Es gilt darüberhinaus als gesichert, daß es zu Plünderungen, Vergewaltigungen, Folterungen und Beschießung von Wohnbezirken mit Artillerie in Jaffna durch die IPKF gekommen ist.

Obwohl die IPKF auf nunmehr 50.000 Soldaten verstärkt worden ist (die indische Zeitung "The Hindu" vom 7.2.1988 spricht von 70.000 Soldaten), konnte der militärische Widerstand der LTTE auf der Jaffna-Halbinsel durch die indische Armee nicht vollständig gebrochen werden, so daß es bis zum heutigen Tag zu militärischen Zusammenstößen zwischen IPKF und der tamilischen Guerillaorganisation LTTE kommt, wodurch auch die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wird. (vgl. India Today vom 15.2.1988)

Seit Mitte Januar 1988 ist die Zivilverwaltung auf der Jaffna-Halbinsel (genauso wie im Osten des Landes) zum völligen Stillstand gekommen. Behörden arbeiten nicht, die Schulen sind größtenteils immer noch geschlossen, Renten und Pensionen können nicht ausbezahlt werden. Verknappungen bei Lebensmitteln und Gütern des täglichen Lebens sind ebenfalls auf der Tagesordnung.

Obwohl vom indischen Hochkommissar in Sri Lanka, Dixit, die Auffassung vertreten wird, daß das militärische Potential der LTTE nach den Kampfhandlungen auf der Jaffna-Halbinsel und der Festnahme von insgesamt 4000(!) mutmaßlichen LTTE-Unterstützern auf "wenige Widerstandsnester" zusammengeschmolzen sei, kommt es nach wie vor im Norden zu Razzien und Ausgangssperren, was die Gräben zwischen IPKF und der tamilischen Zivilbevölkerung weiter vergrößert.

Aufgrund der angespannten Situation im Norden der Insel wurde in der Zwischenzeit das "Repatriierungsprogramm" der indischen Regierung (mit Unterstützung des UNHCR) in Bezug auf nach Tamil Nadu seit 1982 geflohene Tamilen gestoppt. Seit Dezember 1987 sind keine Flüchtlinge aus Tamil Nadu nach Sri Lanka zurückgekehrt.

Die Situation im Osten Sri Lankas stellt sich wie folgt dar:

Der Brennpunkt der militärischen Auseinandersetzungen zwischen der IPKF und der LTTE liegt gegenwärtig im Ostteil der Insel, insbesondere in der Gegend um Trincomalee und Batticaloa.

Truppenverstärkungen der IPKF werden vornehmlich im Osten eingesetzt, wo die LTTE noch zu größeren Militäraktionen als im Norden in der Lage ist und auch konkurrierende Guerillaorganisationen in ihre Attacken miteinbezieht. Verluste unter der nach der Flucht vieler Singhalesen vornehmlich tamilischen Zivilbevölkerung hat es insbeson-

dere seit Januar 1988 durch Kampfhandlungen gegeben.

Im Gegensatz zu Polizeikräften und sog. "Home guards" im Osten der Insel hat die lankanische Armee seit der Unterzeichnung des indisch-lankanischen Friedensabkommens und der damit verbundenen Stationierung der IPKF keine Einsätze gegen tamilische Guerillaverbände unternommen, was in der Vergangenheit immer mit Übergriffen gegen die tamilische Zivilbevölkerung verbunden war. Inzwischen hat sich dies geändert. Ausweislich einer Mitteilung der Nachrichtenagentur Reuter vom 18. März 1988 lieferte sich die lankanische Armee militärische Auseinandersetzungen mit der tamilischen Guerilla in Trincomalee, wobei 10 Tamilen umkamen.

Das öffentliche Leben im Osten der Insel gestaltet sich für die Zivilbevölkerung ähnlich schwierig wie im Norden. Razzien und Festnahmen durch die IPKF gehören zum Alltagsleben: Während einer dreitägigen "cordon and search-operation" der IPKF im Februar 1988, an der 2000 indische Soldaten beteiligt waren, wurden in der Gegend von Batticaloa 30000 Zivilisten überprüft, wobei 131 mutmaßliche Unterstützer der LTTE verhaftet worden sind.

Aufgrund der angespannten Situation im Norden und Osten des Landes versuchen immer mehr Tamilen, in den Süden, insbesondere in die Hauptstadt Colombo, vor den indischen (und lankanischen) Sicherheitskräften zu fliehen. Die Zahl der tamilischen Flüchtlinge in Colombo wird von der der regierenden UNP nahestehenden Tageszeitung "Island" auf inzwischen mehr als 100.000 geschätzt.

Eine Reduzierung des Flüchtlingsstromes ist gegenwärtig nicht absehbar, obwohl die Lage auch in Colombo als angespannt und für tamilische Flüchtlinge nicht ungefährlich angesehen werden muß.

In Colombo kommt es nahezu täglich zu politischen Morden, die vornehmlich der (illegalen) singhalesisch-chauvinistischen Janatha Vimukthi Peramuna (JVP) anzulasten sind. Diese Organisation hat durch eine gezielte Unterwanderungsstrategie in Bezug auf die lankanischen Sicherheitskräfte inzwischen einen starken Einfluß auf das lankanische Militär und die Polizei, was nicht nur für Befürworter des indisch-lankanischen Abkommens, sondern explizit auch für Tamilen mit Angriffen auf ihre physische Integrität in naher Zukunft verbunden sein kann. Bereits jetzt wird von lankanischen Sicherheitskräften die unbewiesene Behauptung kolportiert, Mitglieder der LTTE würden zur Durchführung von Attentaten mit den Flüchtlingsströmen in die

Hauptstadt einsickern. Deshalb kam es im Februar 1988 mehrfach zu Razzien unter tamilischen Jugendlichen in Colombo, wo nach lankanischen Presseberichten Dutzende verhöört und unter Berufung auf das Gesetz zur Vorbeugung gegen den Terrorismus (PTA) inhaftiert worden sind. Entgegen den im Friedensabkommen vom 29. Juli 1987 getroffenen Vereinbarungen ist dieses vornehmlich gegen Tamilen angewandte Ausnahmerecht nach wie vor in Kraft. Allein im Januar 1988 waren noch 1250 Tamilen im Lager Boosa, im Süden Sri Lankas, interniert (Lanka Guardian vom 1.2.1988)

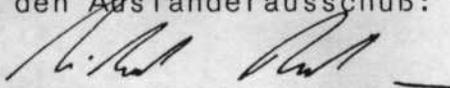
Aus dem geschilderten Sachverhalt folgt, daß wir Überlegungen in Bezug auf eine Aufhebung des Abschiebestopps für lankanische Staatsbürger tamilischer Volkszugehörigkeit aus der konkreten politischen Situation in Sri Lanka nicht für begründbar ansehen. Die Gefährdungslage besteht für Tamilen in Sri Lanka trotz der Stationierung der IPKF weiter, was ein Abschiebehindernis gem. § 14 AuslG iVm Art.1, Art 2 Abs.2 GG begründet.

Wir bitten Sie, Ihre Auffassung zu überdenken und von der beabsichtigten Anweisung gegenüber der Ausländerbehörde abzusehen.

Hochachtungsvoll

Internationale Liga für Menschenrechte Berlin(West) e.V.

für den Ausländerausschuß:



Michael Findeisen

P.S.:

Die im Ausschuß für Ausländerfragen des Abgeordnetenhauses von Berlin vertretenen Parteien haben eine Durschschrift dieses Schreibens erhalten.

der Bitte um Beteiligung und Weiterleitung
Margit Götter



amnesty international · Postfach 17 02 29 · 5300 Bonn

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Postfach 17 02 29
Heerstraße 178
5300 Bonn 1

Telefon: (0228) 65 09 81
Telex: 886 539

Ihre Nachricht vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Bonn, den 18. März 1988

Abschiebung von Tamilen nach Sri Lanka

Sehr geehrte Damen und Herren/ Liebe Freunde,

am 05. und 23.02.1988 haben wir Ihnen/Euch den Text von Eilaktionen gegen die Abschiebung von Tamilen aus Großbritannien nach Sri Lanka geschickt. Für Ihre/Eure Teilnahme an der Aktion bedanken wir uns.

Die Britische Botschaft in Bonn hat an die Teilnehmer der Aktion einen Standardbrief verschickt, in dem sie versucht, die am 10. bzw. 12.02.1988 durchgeführten Abschiebungen zu rechtfertigen. In ihrem Schreiben geht die Britische Botschaft nicht auf die in den Eilaktionen enthaltenen Erkenntnisse von amnesty international ein, nach denen den nach Sri Lanka abgeschobenen Tamilen weiterhin die Gefahr droht, Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu werden. Stattdessen wird lediglich mitgeteilt, daß der britische Innenminister die gegen die Abschiebung vorgetragenen Einwände gegen andere Informationen abgewogen habe. Dabei habe er zugegeben, daß die Lage unklar und zuweilen unübersehbar sei, aber dennoch kein Härtefall vorläge, der gegen eine Abschiebung nach Sri Lanka spreche. amnesty international ist aber der Auffassung, daß konkret drohende Menschenrechtsverletzungen das Kriterium eines Härtefalls auf jeden Fall erfüllen.

Der Hinweis auf die über 1140 Tamilen, die aus Süindien nach Sri Lanka abgeschoben worden sein sollen, geht fehl. Die Britische Botschaft selbst gibt im nächsten Satz zu, daß es sich nicht um zwangsweise Abschiebungen, sondern um eine freiwillige Rückkehr tamilischer Flüchtlinge gehandelt hat. Diese Rückkehr ist im Rahmen eines Rückführungsprogramms des UNHCR und unter seiner Aufsicht und seinem Schutz erfolgt. Der UNHCR beschränkt dieses Programm der freiwilligen Rückkehr tamilischer Flüchtlinge auf die Flüchtlinge aus Süindien. Ein Rückkehrprogramm für tamilische Flüchtlinge aus anderen Ländern zieht der UNHCR aus Sicherheitsgründen z.Zt. nicht in Betracht.

Befremdet ist amnesty international über den Hinweis darauf, daß Norwegen und die Schweiz bereits einige Tamilen nach Sri Lanka abgeschoben haben. Die Tatsache, daß andere Länder Flüchtlinge durch Abschiebung der konkreten Gefahr ausgesetzt haben, Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu werden, rechtfertigt keine eigenen Abschiebungsmaßnahmen.

Wer von Ihnen/Euch sich mit dem Standardschreiben der Britischen Botschaft daher nicht zufriedengeben will, sollte der Britischen Botschaft antworten. Dabei sollte die Besorgnis über die erfolgten sowie die geplanten Abschiebungen zum Ausdruck gebracht werden. Ebenso sollten die Rechtfertigungsversuche kritisiert werden.

Abschiebungen von Tamilen nach Sri Lanka sind nun auch in Berlin zu befürchten. In der Sitzung des Ausländerausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses vom 25.02.1988 ließ Innensenator Kewenig mitteilen, daß er beabsichtige, Tamilen nach Sri Lanka abzuschicken. Aufgrund der Kritik, die diese Mitteilung im Ausländerausschuß auslöste, sagte der Vertreter des Innensensors zu, bis zur nächsten Sitzung des Ausländerausschusses am 21.04.1988 keine Abschiebungen durchzuführen.

Wir möchten Sie/Euch dringend bitten, schon jetzt an den Innensenator heranzutreten und sich gegen die geplanten Abschiebungen auszusprechen, da nach unseren Erkenntnissen weiterhin bei Abschiebungen von Tamilen nach Sri Lanka die konkrete Gefahr droht, daß sie dort Opfer von Menschenrechtsverletzungen werden. Nähere Einzelheiten entnehmen Sie/entnehmt Ihr bitte dem beigefügten Artikel von Monika Kadur aus unserem Berliner Büro. Die Aussagen in unseren Eilaktionen vom Februar 1988 sind weiter gültig.

Die Adresse des Innensensors lautet:

Senator für Inneres
Prof. Dr. Wilhelm A. Kewenig
Fehrbelliner Platz 2
1000 Berlin 31.

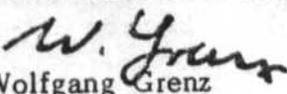
Kopien der Schreiben sollten auch an

Herrn
Dr. Ekkehard Wruck,
Vorsitzender des Ausschusses
für Ausländerfragen des
Abgeordnetenhauses von Berlin
Rathaus Schöneberg
1000 Berlin 62

geschickt werden.

Vielen Dank für Ihre/Eure Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen


Wolfgang Grenz
Referat für politische Flüchtlinge

TAMILENABSCHIEBUNG AUF ENDE
APRIL 1988 VERSCHOBEN ?

- ai -

Wie am 25.2.88 aus dem Ausländerausschuß zu erfahren war, beabsichtigt Innensenator Kewenig bisher aus humanitären Gründen geduldete Tamilen nach Sri Lanka abzuschieben. Hier- von betroffen sind etwa 200 Personen.

Der Innensenator begründet seine Maßnahme damit, daß durch das indisch-srilankanische Ab- kommen vom 29. Juli 1987 und dem Eingreifen der indischen Armee der Schutz für Tamilen im Süden sowie in allen anderen Teilen Sri Lankas mit hoher Wahrscheinlichkeit gewährleistet ist. Hierbei beruft er sich auf Urteile des VG und des OVG Berlin vom November 1987, die auch un- ter Berücksichtigung von §14 AuslG eine Abschiebung nach Sri Lanka für möglich halten.

Verwundern kann dies allerdings, wenn man dazu die Auskünfte des Auswärtigen Amtes (AA) vom 30.12.87 und aus dem Januar '88 liest, die keinesfalls von ei- ner politisch und militärisch gesicherten Lage in Sri Lanka ausgehen. Ganz im Gegenteil heißt es darin, daß trotz zahl- reicher Präsenz die indischen Truppen bisher nicht zu wirk- licher Befriedung der vom Kon- flikt betroffenen Gebiete bei- tragen konnten. Hinsichtlich der Situation in den Nord- und be- sonders Ostprovinzen spricht das AA sogar von einer unübersicht- lichen Lage und von heftigen Aus- einandersetzungen in den Bezirken Batticaloa und Mullaittivu zwi- schen militanten Tamilen und der indischen Armee. Das AA meint, daß angesichts dieser Tatsache in diesem Gebiet bisher auch kei- ne wirtschaftliche und soziale Grundlage geschaffen werden konnte, um zurückkehrende Flücht-

linge oder Asylbewerber aus dem Ausland integrieren zu können. Vielmehr wird befürchtet, daß Rückkehrer in die Auseinander- setzungen zwischen Militanten und der indischen Armee hinein- geraten oder Opfer dieser werden könnten. Im übrigen sei über das Schicksal von aus dem Ausland zurückkehrenden Tamilen sehr wenig bekannt.

Das Auswärtige Amt weist jedoch auch darauf hin, daß durch die indischen Truppen regelmäßig Großrazzien durchgeführt und da- bei vorwiegend junge Männer im Alter von 15 - 35 Jahren festge- nommen werden - und dass immer wieder Festgenommene zu Tode kommen. Auch Opfer unter der Zi- vilbevölkerung werden bei der- artigen Maßnahmen seitens der Inder hingenommen. Selbst dem AA war es nicht möglich, etwas über die Zahl der von indischen Armee- angehörigen Verhafteten und über deren Haftbedingungen in Erfah- rung zu bringen.

Weiterhin führt das AA aus, daß die Gefahr besteht, daß die aggressive Haltung der singhale- sischen Bevölkerung im Süden, die sich derzeit noch gegen die Regierung richtet, erneut wie 1983 in eine antitamilische Hal- tung umschlägt. Dies würde dann abgeschobene Tamilen auch unmit- telbar betreffen.

Ebenfalls befinden sich nach Kenntnis des AA gegenwärtig noch 800 Tamilen in Untersuchungshaft, die einer Straftat nach dem Prevention of Terrorism Act (PTA) verdächtigt werden und die wegen der inzwischen wieder aufgeho- benen Amnestie für politische Häftlinge nach dem indisch-sri- lankanischen Abkommen nicht frei- gelassen worden waren. Das Straf- maß nach dem Terrorismusgesetz beträgt zwischen 5 - 20 Jahren.

Wegen der befürchteten Abschiebungen nach Sri Lanka haben inzwischen verschiedene Menschenrechtsorganisationen eine Anhörung zu dieser Problematik im Ausländerausschuß des Abgeordnetenhauses von Berlin beantragt.

Denn gerade bei ihnen gingen in den letzten Wochen zahlreiche Nachrichten aus Sri Lanka ein, daß immer wieder die Zivilbevölkerung von Maßnahmen wie Verschleppungen, Mißhandlungen oder mit zu Tode Gekommenen durch die indische Armee betroffen war.

* Fall 1: Durch die indische Peace Keeping Force wurden die Bewohner des Dorfes Elawale (Distrikt Jaffna) in der letzten Januarwoche per Hubschrauberaufruf aufgefordert, in den Tempel des Ortes zu gehen. Aber eine Person müsse jeweils im Haus zurückbleiben. Systematisch wurde jedes Haus von der indischen Armee durchsucht; anschließend kam sie in den Tempel. Alle jungen Männer wurden aufgefordert, sich in einer Reihe vor dem Tempel aufzustellen. Zwanzig von ihnen wurden willkürlich ausgesucht, auf einen LKW verfrachtet und weggebracht. Seitdem weiß niemand mehr etwas über ihren Verbleib. Familienangehörige bekamen keine Auskunft auf Anfragen. Grund für diese Durchsuchungsaktion war nach Aussage der indischen Armee der Verdacht, daß sich LTTE-Mitglieder im Dorf versteckt hätten. Selbst der katholische Pfarrer des Ortes traute sich nicht, Nachforschungen über den Verbleib der jungen Männer bei der indischen Armee anzustellen, weil er befürchtete, verhaftet zu werden.

Fall 2: Von einem Arzt aus dem Jaffna-Hospital kam die Nachricht, daß sich im Februar 1988 folgendes Ereignis vor dem Krankenhaus abgespielt hat:

Ein Minibus, in dem sich zwei Männer und drei junge tamilische Frauen im Alter von 15 - 19 Jahren befanden und der auf dem Weg ins Krankenhaus war, wurde kurz vor diesem durch indische Armeeingehörige gestoppt. Die männlichen Begleiter, wovon einer der Fahrer war, mußten den Bus verlassen und wurden abgeführt. Dann wurde der Minibus von den indischen Soldaten angezündet. Die drei Tamilinnen verbrannten darin.

* Quelle der Fallbeispiele: Pax Christi Berlin

Daher kann von einer befriedeten Situation in keinem Falle gesprochen werden.

Auch der UNHCR, der sein gegenwärtiges Repatriierungsprogramm für Tamilen aus Indien zaghaft begonnen hat, spricht sich ganz entschieden gegen zwangsweise Abschiebungen nach Sri Lanka aus. Denn keineswegs in allen Landesteilen ist die Situation friedlich. Der UNHCR überprüft die Verhältnisse auch erst vor Ort, bevor er dort mit seinen Repatriierungs- und Siedlungsmaßnahmen beginnt. Bisher arbeitet er überhaupt nur in dem Gebiet um Mannar.

amnesty international wendet sich bereits seit 1984 dagegen, Tamilen gegen ihren Willen nach Sri Lanka zurückzuschicken, da sie dort nach Annahme der Organisation bei ihrer Ankunft Gefahr laufen, Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu werden. Immer wieder hat ai auf die instabile politische Lage in Sri Lanka hingewiesen und die sowohl von den indischen als auch srilankanischen Truppen begangenen Menschenrechtsverletzungen angeprangert.

Vor dem Hintergrund der sich immer mehr zuspitzenden Auseinandersetzungen zwischen den indischen Truppen und den bewaffneten Tamilen, die für einen unabhängigen Staat im Norden und Osten des Landes kämpfen, ist nach Meinung von ai gegenwärtig noch nicht der Zeitpunkt gekommen, wo Angehörige der tamilischen Bevölkerungsgruppe sicher nach

Sri Lanka zurückkehren können.

Hinzu kommt, daß bis auf den heutigen Tag längst nicht alle Bestimmungen des Abkommens vom 29.7.1987 verwirklicht worden sind. ai weiß von mindestens 1.000 Tamilen, die sich noch in Haft befinden wegen Berufung auf das PTA-Gesetz, obwohl das Juliabkommen ihre Freilassung ermöglicht.

Ebenso sollte der Ausnahmezustand um den 15.8.87 herum im Norden und Osten des Landes aufgehoben werden, stattdessen gibt es ihn noch in ganz Sri Lanka.

Das Abkommen beinhaltete auch die Auflösung der Heimwehr (Home Guards), die gemeinsam mit der Sondereinsatztruppe lt. Meldungen für extralegale Hinrichtungen und das 'Verschwindenlassen' von Personen verantwortlich gemacht wird. Das Operationsgebiet der Heimwehr ist im Osten Sri Lankas bei Trincomalee, wo diese Gruppierung gegenwärtig auch weiterhin operiert.

amnesty international hat inzwischen die Daten von 650 solcher Fälle aufgenommen.

Bis heute werden weiterhin besonders an der tamilischen Bevölkerung Menschenrechtsverletzungen durch die Armeen der indischen und srilankanischen Regierungen begangen.

M. Kadur

17 MARCH 198813/2/88
FST/QU

Hansard

Tamilis

17. Mr. Fearn: To ask the Secretary of State for the Home Department what information he has received regarding the treatment in Sri Lanka of Tamils deported from the United Kingdom during the last month; and if this will be taken into account when decisions on future deportations are made.

Mr. Renton: There is no obligation under the United Nations convention on refugees to monitor the treatment of unsuccessful asylum seekers after return to their country of origin, and we have no mechanism for doing so. I understand, however, from our High Commission in Colombo that Tamils recently returned there have not been harassed in any way on arrival and that one has specifically stated that he has encountered no problems since his return.

So far as future cases are concerned, each will be considered on its merits in the light of all the relevant circumstances.

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN

HANDJERYSTRASSE 19/20 1000 BERLIN 41

10. march 1988

Tel: 030 / 85 000 4 - 42

Mrs. Sarah Chanda
c/ o YWCA
Tecras
C.L. S. Building
Park Town
Madras 600 00 3
India

Dear Mrs. Chanda,

the refugee council in Berlin got your address from Pax Christi Berlin, Mrs. Traudl Vorbrodt, and, we do hope that you can be of service to us.

The problem is the following : the minister (senator) of interior affairs in this town, has decided that in short he will give order to have tamil refugees deported back to Sri Lanka. The minister considers the situation in Sri Lanka as normalized and as stabilized.

Of course, this decision caused tamil refugees to live in fear and despair. Now, we - as other organisations - are very much in need to prove that the estimation is wrong, and we do, of course, dispose of several documents of international recognized organisations, but evidently the senator has not been convinced yet in as far as to change his opinion.

We would very much appreciate if you send documents or a statement which refers to :

- security of tamil refugees in Sri Lanka (North- East- South)
- school / work / nourishment / medical care
- persecutions or danger of persecution for returning refugees
- political situation and consequently situation of civil population

We thank you very much indeed for your support.
Very best regards

Sincerely yours,



Frauke F. Hoyer
Refugee Council - Berlin

GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER

Menschenrechtsorganisation für ethnische, rassische und religiöse Minderheiten
society for threatened peoples · association pour les peuples menacés · asociación para la defensa de los pueblos amenazados

Dr. Tessa Hofmann

┌

Koordinationsgruppe Tamilen
Mainauer Str. 9, II
1000 Berlin 41
Tel.: 851 64 09 (priv.)
838 42 08 (dienstl.)

Gemeinnütziger Verein

Bundesbüro:

Groner Str. 40

Postfach 2024

D-3400 Göttingen

Telefon 0551/55822-23

Teletex 5518101

Telex 175518101-GfbVGoe

Postgiro Hamburg 297793-207

Städtische Sparkasse Göttingen
Nr. 1917 (BLZ 26050001)

8.3.1988

An den

Senator für Innere

Herrn Prof. Dr. Wilhelm Kewenig

Fehrbelliner Platz 2

1000 Berlin 31

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Kewenig,

Ihr Vorhaben, in Berlin lebende tamilische Flüchtlinge nach Sri Lanka abzuschicken, beunruhigt uns zutiefst. Denn nach allen uns vorliegenden Berichten kann nicht von einer Besserung der Lage dort ausgegangen werden. Fast täglich kommt es im Süden Sri Lankas zu politischen Morden und Anschlägen meist singhalesischer Extremisten, während in den Tamilengebieten die Auseinandersetzungen zwischen tamilischen und muslimischen Guerilleros, Indern, lankaischen Sicherheitskräften andauern. Selbst indische Oppositionsführer kritisieren inzwischen das Eingreifen der indischen Armee in Sri Lanka als "Auslöschung der Tamilen". Die Regierung Sri Lankas sieht sich auf Grund der katastrophalen Verhältnisse veranlaßt, eine Verschiebung der ursprünglich für April angesetzten Provinzwahlen zu erwägen.

Die Erfahrungen jener tamilischen Flüchtlinge, die Anfang dieses Jahres gegen ihren Willen von Indien nach Sri Lanka abgeschoben wurden - etwa 1 200 - belegen, daß sie dort auf unzumutbare soziale und wirtschaftliche Härten stoßen, von der Gefahr für ihr Leben infolge von militärischen Aktionen und indischen Massenfestnahmen ganz abgeschnitten. Die Zahl der durch Kampfhandlungen vertriebenen Tamilen in Sri Lanka wird auf inzwischen eine halbe Million geschätzt.

Unter solchen Bedingungen tamilische Flüchtlinge von Berlin nach Sri Lanka abzuschicken bedeutet, wissentlich verantwortungslos und inhuman zu handeln. Uns würde in diesem Zusammenhang interessieren, worauf Sie Ihre Einschätzung stützen, in Sri Lanka habe sich die Lage "entscheidend gebessert." Nach unseren Erkenntnissen ist sie seit Oktober 1987 verworrener und bedrohlicher denn je zuvor. Diese Einschätzung teilen sämtliche uns bekannte Menschenrechtsorganisationen, unabhängige Experten sowie Auslandskorrespondenten.

Deshalb appellieren wir nachdrücklich an Sie, Ihre Abschiebungspläne zurückzunehmen. Die Minimalbedingungen für eine Besserung wären Waffenruhe (eingehalten von sämtlichen Konfliktparteien), Einleitung von politischen Verhandlungen, Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse sowie eine funktionierende Zivilverwaltung und freie, unabhängige Wahlen.

In der Hoffnung, daß Sie sich diesem unseren Appell an Ihr humanitäres und politisches Gewissen nicht verschließen werden, verbleiben wir,

mit freundlichen Grüßen


(Dr. Tessa Hofmann)

c/ Herrn Dr. Ekkhard Wruck
Vorsitzender des Ausschusses f. Ausländerfragen

Robin Schneider
Ethnologe
Mitglied von PRO ASYL

3400 Göttingen
Prinzenstraße 20a
Telefon 0551-56 312

9. März 1988

Der Senator des Inneren
Herrn Prof. Dr. W. Kewenig
John-F.-Kennedy-Platz
Rathaus
1000 Berlin 62

Sehr geehrter Herr Professor Kewenig,

mit großer Sorge erfuhren wir, daß Sie in der Sitzung des Ausländerausschusses vom 25. Februar 1988 Ihre Verfügung vom März 1986, zunächst keine Abschiebungen von tamilischen Asylbewerbern, die rechtskräftig abgelehnt worden sind, nach Sri Lanka durchzuführen, aufheben werden. Sie wiesen darauf hin, daß sich nach Ihrer Einschätzung die Situation in Sri Lanka normalisiert und stabilisiert habe.

Nach den uns zur Verfügung stehenden Erkenntnissen wird Ihre Ankündigung undurchführbar zu sein, sofern die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, die, wie Sie wissen, in der Bundesrepublik Deutschland bindendes Recht ist, nicht verletzt werden soll. Danach gibt es einen zwingenden Schutz vor Abschiebungen, gemäß dem kein Flüchtling ausgewiesen oder zurückgewiesen werden darf, dessen Leben und Freiheit in Gefahr ist.

Tamilen, die bei uns Zuflucht haben finden können, stehen in Sri Lanka noch immer in der Gefahr, erneut politisch verfolgt zu werden.

Herr Senator Kewenig, bitte helfen Sie mit, daß das Asyl-Grundrecht in Berlin erhalten werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Robin Schneider
Prinzenstr. 20a
3400 Göttingen

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN

HANDJERYSTRASSE 19/20

1000 BERLIN 41

3. März 1988 n

Tel: 030 / 85 000 4 - 42

An den Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland
in Sri Lanka
Embassy, Nr 40
Alfred House Avenue
C o l o m b o 3
Sri Lanka

Betr.: Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Botschafter,

der Flüchtlingsrat Berlin, der sich seit Jahren um die Verbesserungen der Lebensbedingungen für Flüchtlinge einsetzt, hat, wie Sie zweifellos wissen, mit Bestürzung erfahren, daß der Senator für Inneres, Prof. Dr. W. Kewenig, beabsichtigt, den seit 1986 eingeführten Abschiebestop für tamilische Flüchtlinge aus Sri Lanka aufzuheben.

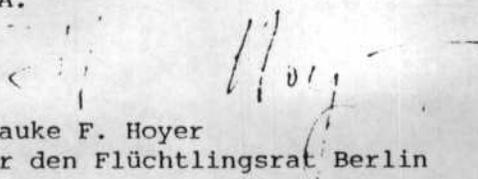
Da Stellungnahmen von international anerkannten Organisationen und Briefe und Berichte, sowie die Stellungnahme vom Auswärtigem Amt vom 11. 1. 1988, keineswegs von einer "genügend stabilisierten und normalisierten Situation" in Sri Lanka, - entgegen der Einschätzung des Innensensors- , ausgehen, bitten wir Sie, um Ihre Einschätzung der Situation.

Die uns anvertrauten Flüchtlinge sind sehr betroffen und haben große Angst. Für sie ist es besonders wichtig zu erfahren, inwieweit eine Sicherheit für Leib und Leben auf Dauer gewährleistet werden kann, inwieweit Verfolgungsmaßnahmen für Flüchtlinge garantiert nicht stattfinden, inwieweit Existenzhilfen gegeben werden, wie die medizinische Versorgung und die Versorgung mit Lebensmitteln aussieht, und wann ein nach Rechtsstaatsprinzipien funktionierendes Staatswesen, mit freien und unabhängigen Wahlen, tragfähig sein wird.

Wir sind der Überzeugung, daß zwangsweise Abschiebungen unserem Rechtsstaat und dem Geist unserer Demokratie widersprechen. Die Gefahr, daß staatliche Behörden Entscheidungen treffen, die als Grundlage Fehlinformationen oder Fehleinschätzungen anführen, ist zu groß und führt dann zu unendlichem Leid bei den zahlreichen Familien und Angehörigen, die von der Ausweisung bedroht sind.

Wir erwarten Ihre Stellungnahme dringend und danken Ihnen für Ihr Interesse.

Mit freundlichem Gruß,
i.A.


Frauke F. Hoyer
für den Flüchtlingsrat Berlin

**URGENT
ACTION**

EXTERN

amnesty international

2. Februar 1988 - emt

ABSCHIEBUNG

Großbritannien: Saravamuthu Sivakumaran, Skandarajah Vaithialingam, Nadarajah Vilvarajah, Navaratnasingham Vathanan, Vinasithamby Rasalingam, Kandiah Navaratnam

Die britischen Behörden haben Skandarajah Vaithialingam, Nadarajah Vilvarajah und Kandiah Navaratnam am 10. Februar 1988 nach Sri Lanka abgeschoben; Saravamuthu Sivakumaran, Navaratnasingham Vathanan und Vinasithamby Rasalingam wurden am 12. Februar 1988 abgeschoben.

Die sechs genannten Personen trafen zu unterschiedlichen Terminen im Zeitraum zwischen dem 13. Februar und dem 31. Mai 1987 in Großbritannien ein und beantragten Asyl. In solchen Fällen sieht die britische Gesetzgebung die Möglichkeit einer Prüfung nur aus verfahrensrechtlichen Gründen vor, nicht aber aus der materiellrechtlichen Begründetheit. Der letzte Schritt in dieser Prüfung war eine Entscheidung des Oberhauses (House of Lords), dem höchsten inländischen Gericht, vom 16. Dezember 1987 zugunsten der Behörden.

In den Augen amnesty international bedeutet die im Augenblick unbeständige Lage in Sri Lanka - und hier sind insbesondere die sowohl von den srilankischen als auch von den indischen Friedenstruppen begangenen Menschenrechtsverletzungen zu nennen -, daß der Zeitpunkt für eine sichere Rückkehr von Angehörigen der jetzt im Ausland lebenden tamilischen Bevölkerungsgruppe nach Sri Lanka noch nicht gekommen ist.

Derzeit halten sich in Großbritannien ungefähr 500 Tamilen auf, deren Asylanträge immer noch nicht entschieden sind. In Anbetracht der Zwangsabschiebung der sechs oben genannten Asylbewerber befürchtet amnesty international, die britischen Behörden könnten eventuell auch andere tamilische Asylbewerber nach Sri Lanka zurückschicken, sofern deren Asylanträge abgelehnt werden.

HINTERGRUNDFORMATIONEN

Seit 1984 wendet sich amnesty international dagegen, Tamilen gegen ihren Willen nach Sri Lanka zurückzuschicken. Die Organisation hat bislang angenommen, daß sie bei ihrer Ankunft dort grundsätzlich Gefahr liefen, Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu werden, die im Zusammenhang mit dem sich zuspitzenden Konflikt im Norden und im Osten des Landes begangen werden.

Bis zum Juli 1987 kämpften die srilankischen Regierungstruppen gegen bewaffnete tamilische Gruppen, die für einen selbständigen tamilischen Staat eintraten. Dann unterzeichnete die indische Regierung, die versucht hatte, als Vermittler zwischen den bewaffneten Tamilen und den srilankischen Behörden einzutreten, im Juli 1987 gemeinsam mit der srilankischen Regierung ein Abkommen. Das Abkommen sah u. a. die Bereitstellung einer indischen Friedenstruppe im Norden und Osten des Landes vor und ermöglichte die Freilassung von während des Konflikts inhaftierten Tamilen.

Bis auf den heutigen Tag sind viele der Bestimmungen jedoch immer noch nicht durchgesetzt worden. Mindestens eintausend Tamilen befinden sich unter Berufung auf das Gesetz zur Vorbeugung gegen den Terrorismus (PTA) immer noch in Haft, obwohl das Juliabkommen ihre Freilassung ermöglicht. Trotz einer Bestimmung innerhalb des Abkommens, den Ausnahmezustand im Norden und Osten des Landes um den 15. August aufzuheben, trifft er noch immer für ganz Sri Lanka zu. Das Abkommen sah gleichfalls die Auflösung der srilankischen "Heimwehr" (Home Guards) vor, die Meldungen zufolge gemeinsam mit der Sondereinsatztruppe für extralegale Hinrichtungen und "Verschwindenlassen" verantwortlich gemacht werden. amnesty international hat mittlerweile Daten von über 650 solcher Fälle aufgezeichnet. Trotzdem operiert die "Heimwehr" weiterhin im Osten Sri Lankas, insbesondere im Gebiet von Trincomalee.

Einige Wochen nach Unterzeichnung des Abkommens entfachten die Kämpfe zwischen bewaffneten Tamilen, die das Abkommen ablehnen, und den indischen Sicherheitstruppen im Norden und Osten des Landes wieder aufs neue. Im Osten des Landes ist es sogar zu Auseinandersetzungen zwischen der srilankischen Polizei und in dem Gebiet operierenden bewaffneten Tamilen gekommen. Im Umfeld dieser Auseinandersetzungen hat es neue Berichte über Menschenrechtsverletzungen gegeben. Sie werden den srilankischen Sicherheitskräften im Osten und Norden des Landes als auch den indischen Sicherheitskräften, die ebenfalls im Norden und Osten stationiert sind, zugeschrieben.

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN

HANDJERYSTRASSE 19/20

1000 BERLIN 41

8. März 1988

Tel.: 030 / 85 000 4 - 42

An den
Senator für Inneres
Prof. Dr. W. Kewenig

Fehrbelliner Platz 2
1000 Berlin 31

Sehr geehrter Herr Senator Kewenig,

Mit Unglauben und großer Bestürzung haben der Flüchtlingsrat und die dem Flüchtlingsrat verbundenen Tamilen zur Kenntnis nehmen müssen, daß Sie in allernächster Zukunft beabsichtigen, aufenthaltsbeendende Maßnahmen gegen die Staatsangehörigen Sri Lankas tamilischer Volkszugehörigkeit einzuleiten. Nach Ihrer Einschätzung hat sich die Lage in Sri Lanka dahingehend verändert, daß Sie von einer genügend stabilisierten und normalisierten Situation ausgehen, die den Schutz für Tamilen mit hoher Wahrscheinlichkeit in allen Teilen des Landes gewährleisten würde.

Diese Annahme ist äußerst fragwürdig, da sie auch nach Rückfragen bei international anerkannten Organisationen, nach Berichten und Briefen der tamilischen Zivilbevölkerung und nach Zeitungsberichten, sowie nach Auskünften des Auswärtigen Amtes - noch vom Januar 1988 - nicht bestätigt wird.

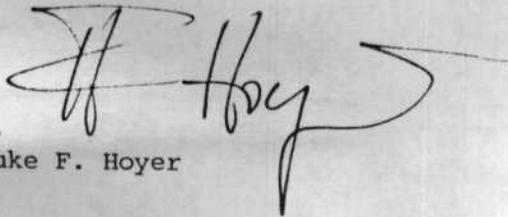
Aus Colombo berichtet die Korrespondentin Birgit Wolff am 5.3.1988 in der Tageszeitung "Der Krieg ist noch lange nicht vorbei": "... Denn Sri Lanka, die 16 Millionen-Insel, gleicht einem Vulkan. Kein Tag vergeht, an dem nicht aus der Hauptstadt Colombo oder dem Süden des Landes ein politischer Mord gemeldet wird. Trotz der angespannten Lage in Colombo treffen dort weiterhin täglich tamilische Flüchtlinge aus dem Norden und Osten des Landes ein. Sie fliehen vor den indischen Soldaten, deren Anzahl die lankaische Zeitung "The Island" mittlerweile auf mehr als 100.000 beziffert." ... "Die Flüchtlinge berichten, daß im Norden und Osten seit Monaten keine Behörde mehr richtig funktioniere." ... "Die Hoffnung, die nach dem "Friedensabkommen" zwischen Indien und Sri Lanka im Juli 1987 aufgekeimt war, ist endgültig dahin." Der Bericht schildert Übergriffe auf die tamilische Zivilbevölkerung und numeriert die Toten. Wahlen und die Errichtung eines Rechtsstaates sind noch außer Sicht. Weder die ernährungsmäßige noch die medizinische Versorgung sind gewährleistet, ein geregelteres Leben oder Schulbesuche sind nicht möglich.

Die tamilischen Flüchtlinge sind aufgrund der Berichte und nach ihren persönlichen, zum größten Teil traumatischen Fluchterlebnissen in tiefer Sorge und in großen Ängsten, was Sie sich, Herr Senator, unschwer ausmalen können, und umso unverständlicher ist uns Ihre politische Lageeinschätzung in Sri Lanka. Aus Ihrer kurzfristigen Reiseerfahrung im Libanon wissen Sie doch, wie unhaltbar die damalige Einschätzung war. Und, wir möchten dies noch einmal betonen, Sie verursachen durch Ihre Ankündigung, den Abschiebestop aufzuheben, bei den Betroffenen eine große Not.

Wir können jetzt nur mit der tamilischen Bevölkerung und den um Frieden bemühten Menschen hoffen, daß in Zukunft ein Friedensabkommen zum tragen kommt, das politisch durchführbar ist, und zu einer dauerhaften und stabilen Lage für die tamilische Bevölkerung führt. Doch nur dann, wenn der Frieden gesichert ist, ist den tamilischen Flüchtlingen eine Heimkehr möglich. Noch müssen sie alle um ihr Leben und um ihre Sicherheit und die Sicherheit ihrer Familienangehörigen bangen und Sorge tragen.

Wir appellieren dringend, daß Sie die Tamilen nicht in einsamer Entscheidung "per Dekret" abschieben. Gewähren Sie den Menschen, die zu Recht in der Bundesrepublik und in Berlin Schutz gesucht haben, weiterhin die Sicherheit die sie brauchen, und die im Geist unserer freiheitlichen Demokratie verankert ist!

In Erwartung Ihrer Antwort,
mit freundlichen Grüßen



i.A.
Frauke F. Hoyer

cc : An den Regierenden Bürgermeister von Berlin
An die Fraktionssprecher des Ausländerausschusses
des Abgeordnetenhauses von Berlin

AL-DRINGLICHKEITSANTRAG ÜBER "ABSCHIEBESTOPP NACH SRI LANKA"

Die Fraktion der AL hat folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

"Der Senat wird aufgefordert, bis auf weiteres keine Personen mehr nach Sri Lanka abzuschicken."

Begründung:

Der Senator für Inneres hat seine Absicht bekundet, Abschiebungen nach Sri Lanka wieder aufzunehmen. Der Beschlußempfehlung des Abgeordnetenhauses vom 13. März 1986 entspricht der Senator nicht, da er die dort genannten Berichte des Auswärtigen Amtes, von Korrespondenten, Vertretern der Kirchen und caritativen Organisationen weder eingeholt, noch ausgewertet hat.

Der Senator stützt sich vielmehr bei seiner Planung ausschließlich auf zwei verwaltungsgerichtliche Entscheidungen, in denen der Befriedungsprozeß in Sri Lanka durch das indisch - srilankische Abkommen vom 29. Juli 1987 erkennbar zu optimistisch eingeschätzt wird. In der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, daß die Auseinandersetzung zwischen indischer Armee und tamilischen Rebellen weiter eskaliert, daß Tamilen aus den Kampfgebieten im Norden und Osten beispielsweise zu ihren Verwandten nach Colombo flüchten.

Die vorliegenden Berichte über die Bürgerkriegslage lassen jedenfalls keinen begründeten Schluß auf ein absehbares Ende der Auseinandersetzung zu. Alle Bundesländer lassen deshalb folgerichtig die Sonderregelungen für Sri Lanka weitergelten. Das Land Berlin hat keinerlei Veranlassung, durch voreiliges Handeln eine Gruppe von Flüchtlingen in eine uneinschätzbare Gefahrenlage zu bringen."

Der Krieg ist noch lange nicht vorbei

Trotz drohender Abschiebung von Tamilen aus Europa, versuchen ständig neue Flüchtlinge Sri Lanka zu verlassen / Im „Friedensabkommen“ zugesicherte größere Autonomierechte erweisen sich als Farce

Aus Colombo Biggi Wolff

Mit Erschrecken und Unglauben ist die Entscheidung des holländischen Staatsrates, wonach Abschiebungen von Tamilen möglich werden sollen, von der tamilischen Bevölkerung und von einheimischen Menschenrechtsorganisationen aufgenommen worden. Denn Sri Lanka, die 16 Millionen-Insel, gleicht einem Vulkan. Kein Tag vergeht, an dem nicht aus der Hauptstadt Colombo oder dem Süden des Landes ein politischer Mord gemeldet wird. Trotz der angespannten Lage in Colombo treffen dort weiterhin täglich tamilische Flüchtlinge aus dem Norden und Osten des Landes ein. Sie fliehen vor den indischen Soldaten, deren Anzahl die lankanische Zeitung 'The Island' mittlerweile auf mehr als 100.000 beziffert.

Die Gastfreundschaft der in Colombo angesiedelten Tamilen wird seit Beginn der indischen Offensive im Oktober 1987 auf eine harte Probe gestellt. Viele Einfamilienhäuser gleichen kleinen Flüchtlingslagern, in denen selbst Fußbodenplätze belegt sind. Vor allem Frauen und Kinder sind vor den Übergriffen der Truppen geflohen. Die Männer versuchen die Stellung in den Häusern zu halten, damit diese nicht zu Militärcamps umfunktioniert werden.

Anfang der Woche erklärte der indische Verteidigungsminister K. C. Pant, der Norden und Osten Sri Lankas seinen „zur Normalität zurückgekehrt, mit einigen verbliebenen Widerstandsnestern im Osten“. Doch Hunderte von tamilischen SchülerInnen, die bei ihren Verwandten in Colombo untergekommen sind, haben seit Monaten keine Schule mehr besucht.

berichten, daß im Norden und Osten seit Monaten keine Behörde mehr richtig funktioniere. Hunderte von Tamilen verbringen ihre Tage in Colombo damit, Reisebüros, Agenten und ausländische Botschaften aufzusuchen, um — „wohin auch immer“ — auszureisen. Die Hoffnung, die nach dem „Friedensabkommen“ zwischen Indien und Sri Lanka im Juli 1987

Woche, seien noch übriggeblieben, jedoch „nur wenige vom harten Kern“. Tägliche, überraschend verhängte Ausgangssperren und Razzien der Inder im Norden und Osten, den Heimatgebieten der Tamilen, machen einen „normalen“ Alltag für die Zivilbevölkerung unmöglich. Allein die aus diesen Gebieten täglich offiziell gemeldeten Toten — Zivil-

zur Zeit für einen Paß und das Ticket ins Ausland bezahlt“, sagte eine junge Tamilin, die schon monatelang versucht, zu ihrem Mann nach Frankreich auszureisen. Das sind etwa 6.000 Mark, das Gehalt eines mittleren Angestellten in Sri Lanka in vier Jahren. Häufig verschwinden die Agenten mit dem Geld, ohne die Gegenleistung zu erbringen. Die restriktiven Ein-

lung schlicht ignoriert. In Colombo verstärkt sich die Spannung durch die Flut von Tamilen aus dem Norden des Landes. „Wir haben jetzt die paradoxe Situation, daß Tamilen, die bei den Pogromen 1983 aus Colombo in den Norden geflohen waren, in die singhalesischen Gebiete zurückkehren müssen“, sagt Selvathurai, ein tamilischer Ingenieur aus Jaffna, der nach Kanada will. Bundesdeutsche Asylrichter hatten jahrelang mit der gewagten These von der „inländischen Fluchtalternative für Tamilen in den Norden“ ihre ablehnenden Asylbescheide begründet.

Erstmals erklärte der indische Verteidigungsminister diese Woche offen, seine Truppen müßten noch für längere Zeit auf Sri Lanka bleiben. „Die nationale Ehre Indiens steht auf dem Spiel.“ Indische Oppositionspolitiker dagegen kritisierten letzte Woche die Militäroperationen als „Auslöschung der Tamilen durch die Indische Armee auf Befehl Rajiv Gandhis, der Weisungen von (Sri Lankas) Präsident Jayewardene in Empfang nimmt.“ Sie nannten die geplanten Provinzwahlen, die ursprünglich als Schritt zur Machtdezentralisierung zugunsten der tamilischen Bevölkerungsminderheit gedacht waren, zum jetzigen Zeitpunkt eine „Farce“, denn 500.000 Tamilen seien aus dem Norden und Osten Sri Lankas geflohen. Die größte Oppositionspartei in Sri Lanka selbst, die SLFP von Frau Bandaranaike, hat diese Woche zum Boykott der Wahlen aufgerufen.

Von einer Zusammenlegung des Nordens und Ostens, von der im „Friedensabkommen“ die Rede ist, spricht Präsident Jayewardene schon lange nicht mehr.



Tamilischer Slum-Bewohner in Colombo

Foto: Henning Christoph

aufgekeimt war, ist endgültig dahin. Statt den Krieg zwischen der tamilischen Guerilla und den lankanischen Streitkräften zu beenden, befinden sich die Inder jetzt

sten, Soldaten, LTTE-Kämpfer — stellen die Morde im Süden zahlenmäßig weit in den Schatten. Am Donnerstag sagte ein Militärsprecher, als Soldaten verkleidete Be-

reisebestimmungen, möglicher Flüchtlander treiben die Preise in die Höhe und machen es fast unmöglich, legal in den Besitz eines Visums zu gelangen. Die Reise-

Flugzeugabsturz nahe Paris

Paris (atp) — Bei einem Flugzeugabsturz südöstlich von Paris sind am Freitag morgen 22 Personen ums Leben gekommen. Die Maschine der regionalen französischen Fluggesellschaft TAT war zu einem Linienflug von Nancy (Lothringen) nach Paris gestartet. Nach Angaben der Präfektur von Nancy meldete der Pilot dem Kontrollturm des Pariser Flughafens Orly um 7 Uhr 32 Eisbildung in den Turbinen. Fünf Minuten später brach der Funkkontakt ab. Glück hatte eine noch in der Ausbildung befindliche Stewardess. Sie sollte in der Unglücksmaschine mitfliegen, verschlief jedoch. Als sie am Flughafen eintraf, erfuhr sie von dem Unglück.

Wahlsieg Dioufs im Senegal offiziell

Dakar (rtr) — Der Wiederwahl von Abdou Diouf als Präsident des westafrikanischen Staates Senegal mit 73,2 Prozent der Stimmen, ist am Donnerstag offiziell bestätigt worden. Sein Herausforderer Abdoulaye Wade konnte seinen Stimmenanteil von 14,71 auf 26 Prozent steigern. Schon nach den ersten Wahlhochrechnungen hatte es heftige Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern beider Kandidaten gegeben. Diouf hatte den Ausnahmezustand über Dakar verhängt, und Wade sowie viele seiner Gefolgsleute wurden festgenommen.

Rio: Slumbewohner sollen umsiedeln

Rio de Janeiro (atp) — Die Stadtverwaltung von Rio de Janeiro will 150.000 Bewohner von einsturzfähigen Barackensiedlungen in anderen Vierteln unterbringen. Nach den sintflutartigen Regenfällen des vergangenen Monats, in deren Folge 92 Menschen bei Erdrutschen ums Leben gekommen waren, seien sie in ihren baufälligen Behausungen nicht mehr sicher, sagte der Bürgermeister.

itischer Mord gemeldet wird. Trotz der angespannten Lage in Colombo treffen dort weiterhin täglich tamilische Flüchtlinge aus dem Norden und Osten des Landes ein. Sie fliehen vor den indischen Soldaten, deren Anzahl die lankanische Zeitung "The Island" mittlerweile auf mehr als 100.000 beziffert.

Die Gastfreundschaft der in Colombo angesiedelten Familien wird seit Beginn der indischen Offensive im Oktober 1987 auf eine harte Probe gestellt. Viele Einfamilienhäuser gleichen kleinen Flüchtlingslagern, in denen selbst Fußbodenplätze belegt sind. Vor allem Frauen und Kinder sind vor den Übergriffen der Truppen geflohen. Die Männer versuchen die Stellung in den Häusern zu halten, damit diese nicht zu Militärcamps umfunktioniert werden.

Anfang der Woche erklärte der indische Verteidigungsminister K. C. Pant, der Norden und Osten Sri Lankas seien „zur Normalität zurückgekehrt, mit einigen verbliebenen Widerstandsnestern im Osten“. Doch Hunderte von tamilischen SchülerInnen, die bei ihren Verwandten in Colombo untergekommen sind, haben seit Monaten keine Schule mehr besucht. Zahlreiche — ebenfalls in den Süden geflohene — LehrerInnen haben sich krankmelden oder beurlauben lassen. Die Flüchtlinge



Tamilischer Slum-Bewohner in Colombo

Foto: Henning Christoph

aufgekeimt war, ist endgültig dahin. Statt den Krieg zwischen der tamilischen Guerilla und den lankanischen Streitkräften zu beenden, befinden sich die Inder jetzt im Krieg mit den „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE). 3.500 „Tigers“, so sagte Indiens Verteidigungsminister diese

sten Soldaten, LTTE-Kämpfer — stellen die Morde im Süden zahlenmäßig weit in den Schatten. Am Donnerstag sagte ein Militärsprecher, als Soldaten verkleidete Bewaffnete hätten 16 Menschen, darunter neun Kinder, in einem Dorf im Nordosten getötet. „Bis zu 100.000 Rupien werden

reisebestimmungen... möglicher Flüchtlinge treiben die Preise in die Höhe und machen es fast unmöglich, legal in den Besitz eines Visums zu gelangen. Die Routen werden immer exotischer. Meldungen über die Abschiebeabsicht einiger europäischer Länder werden aus lauter Verzweif-

... alternative für Familien in den Norden“ ihre ablehnenden Asylbescheide begründet.

Erstmals erklärte der indische Verteidigungsminister diese Woche offen, seine Truppen müßten noch für längere Zeit auf Sri Lanka bleiben. „Die nationale Ehre Indiens steht auf dem Spiel.“ Indische Oppositionspolitiker dagegen kritisierten letzte Woche die Militäroperationen als „Auslöschung der Familien durch die Indische Armee auf Befehl Rajiv Gandhis, der Weisungen von (Sri Lankas) Präsident Jayewardene in Empfang nimmt.“ Sie nannten die geplanten Provinzwahlen, die ursprünglich als Schritt zur Machtdezentralisierung zugunsten der tamilischen Bevölkerungsminderheit gedacht waren, zum jetzigen Zeitpunkt eine „Farce“, denn 500.000 Tamilen seien aus dem Norden und Osten Sri Lankas geflohen. Die größte Oppositionspartei in Sri Lanka selbst, die SLFP von Frau Bandaranaike, hat diese Woche zum Boykott der Wahlen aufgerufen.

Von einer Zusammenlegung des Nordens und Ostens, von der im „Friedensabkommen“ die Rede ist, spricht Präsident Jayewardene schon lange nicht mehr. Die marxistische Tamilenorganisation EROS (Eelam Revolutionary Organisation) weist auf die 500.000 Tamilen im Tiefland hin, denen noch immer Staatsbürgerschaft und Wahlrechte vorenthalten werden. Die singhalesisch-chauvinistische JVP, die für die Mehrzahl der Morde im Süden verantwortlich gemacht wird, lehnt jegliche Zugeständnisse an die Familien ab. Jayewardene erklärte am Montag, aufgrund der anhaltenden Unruhen würden die Provinzwahlen, die für April geplant sind, im Norden, Osten und Süden verschoben. Obwohl die Frist für Nominierungen am 9. März verstreicht, hat außer der regierenden UNP (United National Party) keine andere Partei Kandidaten aufgestellt.

Wahlsieg Dioufs in Senegal offiziell

Dakar (rtr) — Der Wiederwahl von Abdou Diouf als Präsident des westafrikanischen Staates Senegal mit 73,2 Prozent der Stimmen, ist am Donnerstag offiziell bestätigt worden. Sein Herausforderer Abdoulaye Wade konnte seinen Stimmenanteil von 14,71 auf 26 Prozent steigern. Schon nach den ersten Wahlhochrechnungen hatte es heftige Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern beider Kandidaten gegeben. Diouf hatte den Ausnahmezustand über Dakar verhängt, und Wade sowie viele seiner Gefolgsleute wurden festgenommen.

Rio: Slumbewohner sollen umsiedeln

Rio de Janeiro (afp) — Die Stadtverwaltung von Rio de Janeiro will 150.000 Bewohner von einsturzgefährdeten Barackensiedlungen in anderen Vierteln unterbringen. Nach den sintflutartigen Regenfällen des vergangenen Monats, in deren Folge 92 Menschen bei Erdrutschen ums Leben gekommen waren, seien sie in ihren baufälligen Behausungen nicht mehr sicher, sagte der Bürgermeister.

Bau-Streik in Nicaragua

Rund 8.000 Bauarbeiter des sozialistischen Gewerkschaftsbundes SCAAS sind im Ausstand / Die Löhne, nach der Währungsreform vom 15. Februar neu festgesetzt, reichen nicht zum Leben / Gewerkschaftsbüro besetzt

Aus Managua Ralf Leonhard

Der erste große Lohnkampf seit der Währungsreform vor zwei Wochen wird zur Zeit im nicaraguanischen Baugewerbe ausgetragen. Seit Montag streiken rund 8.000 Bauarbeiter der sozialistischen Gewerkschaften für eine 200prozentige Lohnerhöhung

arbeiter wenden sich mit dem Streik gegen einen erstellten Normenkatalog, wonach ein Arbeiter heute zehn bis elf Stunden täglich arbeiten muß, um real genausoviel zu verdienen wie früher bei einem Achtstundentag. Seit Oktober hatte die SCAAS mit dem Arbeitsministerium um einen neuen Kollektivvertrag gerungen. Mit der

werkschaftszentrale“ (CAUS) besetzt, um ein Treffen der Vertreter von vier regierungsfeindlichen Gewerkschaften zu verhindern. Das teilte der Generalsekretär des prokommunistischen Verbandes am Donnerstag mit. Die Angreifer seien mit Stöcken und sogar einer Pistole bewaffnet ge-

wesen und hätten mit stillschweigendem Einverständnis der Polizei gehandelt. In der CAUS-Zentrale hatte sich die Führung des „Ständigen Arbeiterrates“, einer Dachorganisation von vier Oppositionsgewerkschaften, zu einer Besprechung über die gegenwärtigen Streiks treffen wollen.

Der Hunger in Mosambik ist keine Naturkatastrophe



In Mosambik herrscht Hunger. Auf vielen Märkten des Landes gibt es kaum Ethanol zu kaufen. In Mosambik herrscht Krieg. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit in unserem Land führt Südafrika seit Jahren verdeckt einen blutigen Krieg gegen diejenigen Nachbarstaaten, die sich offen gegen die rassistische Politik Südafrikas aussprechen.

ANZEIGE

TELEX
TELEX
TELEX
TELEX

to gabriele venzky - correspondent
c/o presseattachee of the
german embassy delhi / india

attention: g. venzky

the berlin refugee council kindly asks you to send actual
report of the situation of tamil civil population: security
medical supply, persecution, living, -scholing conditions
as the senat of interior of berlin intends by end of april
to deport tamil refugees back to sri lanka, he estimates the
situation as stabilized and normalizes. thank you very much.
please reply in as short as possible.
refugee council berlin
f.f. hoyer

186655 blnmw d
4.3.88 / 14.30 p.m.

To
Gabriele Venzky - correspondent c/o Pressattachee of the
German Embassy Delhi / India

telex: 081
316 56 70 a a n d - in

attention : G. Venzky

the berlin refugee council kindly asks you to send actual
report of the situation of tamil civil population:- security,
medical supply, persecution, living,-schooling conditions.
as the senat of interior of berlin intends by end of april
to deport tamil refugees back to sri lanka, he estimates the
situation as stabilized and normalized. Thankyou very much
please reply in as short as possible.
F.F. ³Hoyer *early*

Die Zeit: } G. Jursky
über Passatelle
Dunkle Botschaft

kl~~ix~~ 3165670
in Delhi

Vorfall: 081 // 22?
...

Auslieferung 3165670
aand - in

priest: GAURA → VADDO
KALANGUTE 403516
BARDEZ // Indien

// (Zürcher) 2615088
Frau Schriver

SRI LANKA: EIN VOLK VERBLUTET



A hollow victory: Indian troops in occupied Jaffna (left), refugees taking shelter in an old church (above), a young Tamil takes aim

PHOTOS BY ANTHONY SUAU—BLACK STAR

Eelam Tamils
Welfare Association
Postfach-Nr. 370151
1000 Berlin 37/West Germany
Telefon: 030 / 831 50 48

Seit über 30 Jahren diskriminiert und verfolgt die singhalesische Bevölkerungsmehrheit die im Norden und Osten der Insel lebende tamilische Minorität. Über 20 000 Menschen fielen Pogromen und blutigen Verfolgungen zum Opfer. Die Benachteiligung der Tamilen äußerte sich anfangs in der Unterdrückung ihrer Sprache, Religion und Kultur, später auch in der Erschwerung des Hochschulzugangs. Die Tamilen wehrten sich in gewaltfreien Protesten, blieben aber erfolglos. Ab 1977 forderten sie, als letzten Ausweg, die Unabhängigkeit ihrer Siedlungsgebiete.

Die singhalesische Regierung reagierte hierauf mit einer Verstärkung der Repressionen, z.B. durch die Verabschiedung eines drakonischen Terrorismus-Bekämpfungsgesetzes, das die - damals noch kleinen und meist nur verbalradikalen - tamilischen Guerillaorganisationen zerschlagen sollte. Dieses Gesetz erlaubte willkürliche Festnahmen Verdächtiger und eine bis zu 18 Monaten lange Untersuchungshaft in Isolation ohne Gerichtsverhandlung. Zehntausende von Tamilen, darunter auch Pfarrer und gewaltlose Gandhi-Anhänger, wurden seither ohne Kontakt zu Anwälten oder Angehörigen festgehalten, gefoltert und einige von ihnen ermordet. Seit 1983 werden die Tamilengebiete ununterbrochen im Ausnahmezustand regiert. Die dort ständig verstärkte Armee benahm sich wie in Feindesland und reagierte mit brutalen Repressionen auf Aktionen der tamilischen Untergrundkämpfer. Doch selbst Luftangriffe und schließlich ein militärischer Großangriff im Frühsommer 1987 brachten der lankaischen Regierung nicht die erhoffte "Lösung" der Tamilenfrage. Bis zu jenem Zeitpunkt waren etwa 350 000 Tamilen vor Willkür und Kampfhandlungen geflohen, davon zwei Drittel ins Ausland.

Am 29. Juli 1987 schlossen Sri Lanka und Indien überraschend und über die Köpfe der Tamilen hinweg ein sogenanntes Friedensabkommen. Es versprach den Tamilen Teilautonomie sowie die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Dieser Vertrag blieb bis heute wertlos. Noch immer sitzen Hunderte Tamilen unter den oben geschilderten Bedingungen in Gefängnissen und Armeelagern.

Die inzwischen auf 75 000 Mann verstärkte indische "Friedenstruppe", die angeblich zur Erfüllung des Abkommens in die Tamilengebiete entsandt wurde, führt ihren Kampf zur "Entwaffnung" der tamilischen Guerilla genauso rücksichtslos und brutal wie zuvor die lankaische Armee. Die Zivilbevölkerung leidet immer mehr, wirtschaftliches Elend - z.B. infolge der Kriegshandlungen unbestellte Felder, aus Sicherheitsgründen verbotene oder eingeschränkte Fischerei - wirkt sich immer stärker aus. Die indische Offensive vom Oktober 1987 hat allein auf der Halbinsel Jaffna 2 800 Zivilpersonen das Leben gekostet und machte beinahe 400 000 obdachlos. Monatelang vegetierten die Menschen unter katastrophalen hygienischen Bedingungen und litten unter tagelangen Ausgangssperren.

Indien erlaubte weder ausländischen Journalisten noch Vertretern von Hilfsorganisationen, sich ein objektives Bild über die Lage in den Tamilengebieten zu machen. Dennoch sickern Berichte über Plünderungen, Vergewaltigungen, Tötungen von Zivilpersonen außerhalb von Kampfhandlungen sowie erneute Massenfestnahmen junger Tamilen durch.

WIR KLAGEN AN

- Indien hat sich in den Volksgruppenkonflikt auf Sri Lanka eingeschaltet, um angeblich die Tamilen zu schützen. Tatsächlich ging es ihm in erster Linie um seine Stellung als südasiatischer Hegemonialmacht bzw. die Zurückdrängung pakistanischen und indirekt amerikanischen Einflusses. Heute werden die Tamilen von ihren einstigen "Beschützern" bedroht.
- Die lankaische Regierung profitiert von der indisch-tamilischen Konfrontation: kein einziger singhalesischer Soldat starb seit August 1987 im Kampf gegen tamilische Guerilleros. Die lankaische Regierung kann sich ins Fäustchen lachen, weil Indien, der "große Bruder" der Tamilen, jetzt das schmutzige Geschäft der Singhalesen besorgt und sich die Weltöffentlichkeit gelangweilt vom südasiatischen Wirrwarr abwendet. Trotzdem bleibt die Regierung Sri Lankas verantwortlich für das Schicksal aller seiner Staatsbürger, also auch der Tamilen.

Wo ist der Ausweg?

Sofortige Waffenruhe, direkte indische Verhandlungen mit den Tamilen bei gleichzeitigem Abzug der disziplinenlosen "Friedenstruppe" bzw. deren Ersetzung durch UN-Truppen aus unbeteiligten Staaten, Wiederherstellung der Zivilverwaltung und repräsentative, wirkliche Wahlen, - das wären die ersten Schritte auf dem Weg zur Normalisierung des öffentlichen Lebens.

Eelam Tamils Welfare Association, Berlin : Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. : Pax Christi, Berlin : Fluchtburg Berlin : Evangelische Studentengemeinde FU Berlin.

V.I.S.D.P.: Traudl Vorbrodt, Gottfried-Arnold-Weg 8;1 Berlin 22

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN

HANDJERYSTRASSE 19/20

1000 BERLIN 41

3. März 1988 n

Tel: 030 / 85 000 4 - 42

An den Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland
in Sri Lanka
Embassy, Nr 40
Alfred House Avenue
Colombo 3
Sri Lanka

Betr.: Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Botschafter,

der Flüchtlingsrat Berlin, der sich seit Jahren um die Verbesserungen der Lebensbedingungen für Flüchtlinge einsetzt, hat, wie Sie zweifellos wissen, mit Bestürzung erfahren, daß der Senator für Inneres, Prof. Dr. W. Kewinig, beabsichtigt, den seit 1986 eingeführten Abschiebestop für tamilische Flüchtlinge aus Sri Lanka aufzuheben.

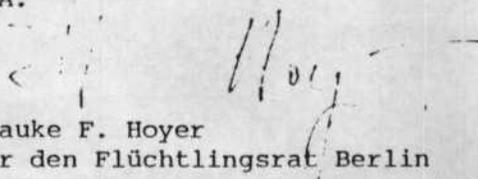
Da Stellungnahmen von international anerkannten Organisationen und Briefe und Berichte, sowie die Stellungnahme vom Auswärtigem Amt vom 11. 1. 1988, keineswegs von einer "genügend stabilisierten und normalisierten Situation" in Sri Lanka, - entgegen der Einschätzung des Innensensors- , ausgehen, bitten wir Sie, um Ihre Einschätzung der Situation.

Die uns anvertrauten Flüchtlinge sind sehr betroffen und haben große Angst. Für sie ist es besonders wichtig zu erfahren, inwieweit eine Sicherheit für Leib und Leben auf Dauer gewährleistet werden kann, inwieweit Verfolgungsmaßnahmen für Flüchtlinge garantiert nicht stattfinden, inwieweit Existenzhilfen gegeben werden, wie die medizinische Versorgung und die Versorgung mit Lebensmitteln aussieht, und wann ein nach Rechtsstaatsprinzipien funktionierendes Staatswesen, mit freien und unabhängigen Wahlen, tragfähig sein wird.

Wir sind der Überzeugung, daß zwangsweise Abschiebungen unserem Rechtsstaat und dem Geist unserer Demokratie widersprechen. Die Gefahr, daß staatliche Behörden Entscheidungen treffen, die als Grundlage Fehlinformationen oder Fehleinschätzungen anführen, ist zu groß und führt dann zu unendlichem Leid bei den zahlreichen Familien und Angehörigen, die von der Ausweisung bedroht sind.

Wir erwarten Ihre Stellungnahme dringend und danken Ihnen für Ihr Interesse.

Mit freundlichem Gruß,
i.A.


Frauke F. Hoyer
für den Flüchtlingsrat Berlin

Abschiebestop für Tamilen

Wie im letzten Heft berichtet, beabsichtigte Berlins Innensenator Kewenig, den Abschiebestop für Tamilen nach Sri Lanka aufzuheben. Betroffen wären ungefähr 200 Personen gewesen.

Am 21. April 1988 teilte nun Innensenator Kewenig dem Ausländerausschuss mit, daß der Abschiebestop für Tamilen beibehalten wird. "Eine zukünftige Entscheidung über die Frage der Aufhebung des Abschiebestops nach Sri Lanka bleibt einer erneuten Prüfung der Entwicklung der Verhältnisse in diesem Lande zum gegebenen Zeitpunkt vorbehalten", so der zuständige Sachbearbeiter des Innensensors in einem Schreiben an den Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen.

UNHCR gibt abermals dem Druck westeuropäischer Regierungen nach

Wie aus der taz vom 18.5.1988 zu erfahren war, hat der UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge, Jean-Pierre Hocke, die srilankischen Provinzen Mannar und Jaffna nun doch als sicher eingestuft.

Bei einem Treffen in Oslo, auf dem Regierungsexperten aus der BRD, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Schweden, der Schweiz und den Niederlanden, Australien und Kanada mit dem UNHCR über einer bessere Koordination der Asylpolitik brüten, tat Hocke sein Votum kund.

Noch vor kurzem hieß es auch von Seiten des UNHCR, daß die Lage in Sri Lanka durchaus nicht friedlich sei, man also von Abschiebungen absehen sollte.

Mit der jetzigen Einschätzung leistet Hocke dem gerade noch einmal verhinderten Aufheben des Abschiebestops für Tamilen willkommene Schützenhilfe.

Nach neuesten Informationen von al hat sich die Lage in Sri Lanka jedoch kaum verändert. Nach Presseberichten der srilankischen Zeitungen wurden nach wie vor systematische Gefangennahmen und Kurzzeltinhaftierungen von jungen Tamilen in großer Anzahl durchgeführt.

Auch die Bestimmungen des indisch-srilankischen Abkommens vom Juli 87, nach denen eine Amnestie für Gefangene nach dem PTA (Gesetz zur Vorbeugung gegen den Terrorismus) vorgesehen ist, ist noch nicht realisiert worden.

Der Ausnahmezustand ist ebenfalls noch für das ganze Land in Kraft, die Auflösung der Home Guards und Special Task Force wurde bisher auch nicht durchgesetzt.

(Quelle: al-Info, 4/88)

Saturday Review

SRI LANKA

No. 118, 4th X Street,
P. O. Box 122
JAFFNA

T'grams: SATVIEW

Editor-in-Chief
Gamini Navaratne

Withdraw IPKF, says VP

Mr. V. P. Singh, the Jan Morcha leader, has advocated the withdrawal of the Indian army from Sri Lanka in a phased manner. India could use its good offices to bring about the settlement between the Sri Lanka Government and the LTTE, he said.

Mr. Singh said that Prime Minister Rajiv Gandhi had no business to sign an agreement with the Lankan President. The agreement should have been between the parties to the issue. By committing its army to fighting in Lanka, India was paying the price in terms of money and loss of life, Mr. Singh said. Further, it was strange that Mr. Gandhi should have signed an agreement on the basis of an oral consent reportedly given by the LTTE chief, Mr. V. Pirabakaran.

Mr. Singh pointed out that the issue posed before the commission carrying out the Fairfax inquiry was the oral consent given by him (Mr. Singh) for investigations.

A North-East Diary

'IPKF Welcomes You to Jaffna'

• The IPKF is distributing a questionnaire in the North to find out what the people think about the IPKF and its activities.

Among the questions, all requiring 'yes' or 'no' answers, are: "Do you want the IPKF to quit?" and "Do you think the IPKF has behaved well or badly?"

Meanwhile the IPKF has put up billboards in Jaffna Town which proclaim: "The IPKF Welcomes You to Jaffna".

Well, well. Reminds one of that story about the Arab, his camel and his tent!

India's High Commissioner J. N. Dixit told local newspapermen that the Indian Peace Keeping Force, during its recent military operation in Batticaloa, had kept in mind the lessons it had learnt in Jaffna during Operation Pawan in October '87.

What a pity Mr. Dixit wasn't a little more forthcoming and told us what lessons the Jawans (and he himself?) learnt in the North.

A refugee living in Navaly at the height of Operation Pawan sent SR this brief report: "We (myself and my family) lived in the Navaly Church for two months. Navaly and Anaicottai were some of the worst-affected areas. More than 2,000 refugees in the Anaicottai Temple were not allowed to leave the premises for three days and they had no alternative but to perform their daily ablutions in the Temple premises itself. Some people who had not moved to the Temple and had remained behind in their homes were shot dead by the IPKF and their bodies brought to the Temple. The bodies were burnt the next day on the road. Others who had been injured bled to death for lack of medical attention.

A notable refugee at this Temple was Mr. Panchalingam, the Government Agent, Jaffna. The IPKF simply ignored him.

Rival Tamil militant groups fought a 45-minute gun battle at Kilinochchi on 13th February. Three members of one group were injured, and one of them reportedly died later. The IPKF had subsequently appeared on the scene and dispersed the warring factions.

Following this incident, EROS held a protest demonstration at Kilinochchi. Stones were pelted at the demonstrators and Balakumar, the EROS leader, was injured.

People who have visited Jaffna recently report that the IPKF has shut down quite a few of its sentry points in Jaffna and along the route from Jaffna to Vavuniya. Instead there are now more frequent mobile patrols, we are told.

Though the media — both Indian and Sri Lankan — try to make out that Jaffna is almost back to normal, first-hand reports reveal that this is far from the truth.

The Kachcheri administration has virtually ground to a halt: even Government Agent Panchalingam does not turn up for work these days, we are told.

The 'Tigers' threat to deal with 'collaborators' may have something to do with this. Earlier, Mannar's G. A., Mr. Macbool, was shot dead by unidentified gunmen, and a prospective G. A. was lamposted in Batticaloa.

Paralysis is the word to describe the state of the civil administration in the Eastern Province too. So we urgently need to have a new definition of 'normal'.

On 11th February the IPKF suddenly clamped down a curfew on Jaffna's Grand Bazaar area. Nearly 10,000 people living in the vicinity were first summoned to the Jaffna Bus Stand on the pretext that the IPKF wished to hold a meeting there.

This captive audience soon discovered that this was merely a ruse for a round-up. A curfew was declared and all the people were 'grilled' and about 30 suspects taken into custody.

On 13th February the Gurunagar area was cordoned off and a house-to-house search carried out. While this operation was in progress, the stretch from Main Street to Gurunagar was placed under curfew.

The operation proved fruitless, SR learns. First the women and children and later the men were all released.

The IPKF launched a flush-out operation in Batticaloa on 12th February. All reports indicate that the IPKF had been careful to avoid the 'mistakes' it had made during its October offensive in Jaffna.

After announcing an indefinite curfew, the troops sealed off Batticaloa town and carried out a house-to-house search. The head of the family, women and children were permitted to stay at home while all other males were asked to go to the Batticaloa Esplanade. Some youths suspected of being 'Tigers' were taken into custody; the rest were allowed to go home. The same procedure was reportedly followed in the villages as well.

On 14th February when the IPKF cordoned off Eravur, there was a direct confrontation between the 'Tigers' and the IPKF. Twelve militants died in the encounter.

Continued on Page 5

'WELL DONE!' say readers here & abroad. 'UNAUTHORISED', 'PREJUDICE CONTINUED PUBLICATION ... CAUSE EMBARRASSMENT' say Management duo

The Special Issue of the *Saturday Review* brought out from Colombo on 1st February has had a tremendous response.

The *SR* from the start has been a crusading paper, fighting for the oppressed, whatever community they belong to, fighting for truth and justice.

It is in that spirit that the Special Issue was produced in Colombo because publishing from Jaffna is out of the question at the moment due to the presence of the IPKF.

Telephone calls were received all the way from Berlin, London and New York congratulating the Editor for bringing out the *SR* under very difficult circumstances. Numerous were the letters of moral support from readers in Sri Lanka and abroad.

There were however some dissenting voices, all from within, so to speak, as they were connected with the Management of New Era Publications Ltd. Relevant excerpts from the letters of the two dissenters are given below :

from V.Kanapathipillai

17 1/1, Charles Drive,
Colombo 3.

"I have seen a copy of the Saturday Review (Special Issue - Feb. 1, '88) purported to have been produced and published by you on behalf of New Era Publications Ltd., 118, 4th Cross Street, Jaffna, of which I am a Councillor from the very beginning.

"The purpose of this letter is to inform you that the publication at issue is unauthorised in that the Board of Councillors of New Era Publications have not authorised you collectively or individually to come out with this publication on their behalf. I have to advise you further to cease publications in the future without proper authority."

Yours etc.

The other letter was from Mr. K. Kandasamy, which went thus :

"...the Board of Councillors have not given you the authority to publish 'Saturday Review' and... the publication should not be circulated. I understand that many copies have been posted to addresses outside the Country and in one case, I am aware, copies

were sold even after the request that the issue should not be circulated. I think that the publication of this is likely to prejudice the continued publication of 'Saturday Review' and is also likely to cause embarrassment to a Councillor who was attempting to seek permission to publish Saturday Review from Jaffna. I would be grateful if you would desist from publishing Saturday Review without the authority from the Board."

Yours etc. (emphasis mine)

Well! The time has come, as the Walrus said, for us to talk of many things...so here goes:

* I accepted the Editorship of the *Saturday Review* in February 1984 after Mr. Sivanayagam, its first Editor, had to flee the country on learning of an "invitation" by the CID to call over at its 4th Floor offices in Colombo.

* From February 1984 until mid-September 1987 (when I went abroad) I, as Editor of *SR*, kept shuttling between Colombo and Jaffna at great inconvenience — and even greater danger — to keep the paper going. We managed to keep the world informed of the trials and tribulations of the Tamil people in the Northern and Eastern Provinces and of the atrocities committed against them by the Sinhala army of occupation. And there lay the danger to me personally. What the *SR* exposed in its columns then could not but have embarrassed (a lovely word, that) the Sri Lanka Government and angered its Sinhala army there. Putting aside for the moment the grave personal danger I as Editor faced all those years, the *SR*'s publication of the horrible truth must surely have prejudiced (an even lovelier word, that) its continued publication. But the *SR* stayed alive — and kicking! And yet, I cannot recall one instance — yes, not one single, precious instance — when the paper's Management either individually or collectively expressed any fears similar to those expressed now about the well-being of the paper and the safety of its Management personnel. As for expressing fears or concern for my safety and that of my small editorial staff, there were none.

Continued on Page 10

JAFFNA : FROM WAR TO PEACE...AND WAR AGAIN

by Gamini Navaratne

I left Jaffna for Colombo in mid-September last year a very happy man. At last, at long last, the process of putting together the broken pieces of life in the North appeared to have begun. Even some Sinhalese businessmen began to make their reappearance in a part of Sri Lanka where for nearly four years — that is, until the Indo-Sri Lanka Accord of July 1987 — the only Sinhalese civilian visible for any length of time was myself.

I was there when the first surrender of arms, as per Accord, took place at Sudumalai, Jaffna, on 14th August in the presence of Gen. Depinder Singh, head of India's Southern Command and of the Indian Peace Keeping Force invited by President Jayewardene to help implement it.

Never before had so many people congregated at any single place in Jaffna in all Sri Lanka's post-independence history. There were nearly two lakhs of them.

LTTE Supremo Velupillai Pirabakaran was making his first public appearance in Jaffna since 1983 and no doubt most of the people came to see their great hero who had led the resistance against the might of the Sri Lanka Army. They also came to see the Indian soldiers who were looked upon as their saviours.

It was a symbolic event, pregnant with meaning for the entire country. The Tamil militants, led by the LTTE, had finally decided, though very reluctantly, to lay down their arms.

The reluctance was made plain in Pirabakaran's speech at the ceremony: the LTTE was not a signatory to the Accord; it was thrust on the Tamil people by the Indian Government; the LTTE had no alternative but to go along with it because India was a big power and any defiance would be futile.

Vast quantities of arms and ammunition, enough to blow up the Jaffna Fort twice over, was heaped before the IPKF. "Twenty tons of it", according to a LTTE document to which reference will be made in more detail later. But still vaster quantities also lay hidden elsewhere, as later events proved. The LTTE especially was not going to give up its main source of power in a hurry.

While there was a sullen acceptance of the Accord by the militants, the people by and large welcomed it. This was my assessment after an extensive tour of the Northern and Eastern Provinces in August.

And when the first train from Colombo came to Jaffna on 1st September, after many moons, there was jubilation. Gone for ever, most people thought, were the nightmarish journeys between the South and the North, part way by train, part by bus, sometimes via Mullaitivu. The umbilical cord that used to unite the two regions had been sutured.

Reflecting the mood of the people, I welcomed the engine driver with a garland on the platform of the Jaffna Railway Station in the presence of a large gathering. It was no part of my job as a journalist but I felt that some gesture had to be made by someone to mark what I, too, fondly imagined was going to be the beginning of a new phase in Sinhalese-Tamil relations.

The general sense of peace and ease that prevailed in the North after the Accord was visible to the naked eye. After a long time, the people went about their daily business without fear of harassment by anyone, especially not the Sinhalese army. The Indian troops were there to maintain the peace.

But then something went wrong in late September, beginning in the Eastern Province, where the LTTE attacked rival groups and Sinhalese settlers and in the process got embroiled with the IPKF,

and later in the Northern Province centred in Jaffna, where the casualties were very high.

The LTTE version of the unfortunate turn of events in Jaffna is contained in a 11-page document dated 14th October 1987 issued by the World Tamil Co-ordinating Committee based in Switzerland.

It was in West Berlin on 11th October that I learnt of the full fury of the Indian military offensive in Jaffna.

My West German and Sri Lankan Tamil friends were gathered that night in a vintage upstairs house not far from the Berlin Wall for a "celebration" when the bad news came over the radio.

What had gone wrong? they all asked. They looked to me for an answer because I was one of the last persons to have come from that part of the country.

What could I say? What could anybody say, not knowing what was actually happening in the heartland of Tamil country? We could only guess.

Our conversation naturally centered on the new and tragic turn of events, with the militants taking on the Indian Army, or, vice versa, as claimed by the LTTE. The lavish food and drinks offered by our German host failed to raise our spirits.

"The Boys should not have attacked the Indians, whatever the provocation," said one at the party. I could not help but agree. The militants had committed the biggest blunder in the 15-year history of Tamil separatist movement (counting from the time the Federal Party, precursor of the Tamil United Liberation Front, withdrew from the Constituent Assembly which drafted the 1972 Constitution, with its leader, the late Mr. S.J.V. Chelvanayakam, lamenting "The Constitution has given everything to the Sinhalese but nothing to the Tamils. Only in a State of our own could the Tamils live with dignity and self-respect."

TOP SECRET DOCUMENTS

At the same time, there could be no denying that the Indian Government, through its Army, messed up what otherwise could have been a very peaceful settlement.

I had been in close touch with the behind-the-scenes moves to get the LTTE to come around and go along with the Accord. I was happy at the turn these moves were taking.

I was going on the basis of top secret documents that fell into my hands, documents that have not been published anywhere hitherto. Let me quote them in full:

A covering note on an LTTE letterhead, dated 27th September, 1987, and addressed to the Indian envoy, Mr. Dixit, said:

"Your Excellency, I wish to inform you that the Central Committee of the LTTE has agreed to your suggestion regarding the composition of the proposed Interim Administration. Thanking you. Yours sincerely.

The letter was signed in Tamil by V. Pirabakaran as Leader of the LTTE.

With the note was a typed document headed: HQ, IPKF, PALALI. SECRET. AGREED MINUTES OF DISCUSSIONS HELD BETWEEN HIS EXCELLENCY, THE HIGH COMMISSIONER OF INDIA, SHRI J N DIXIT AND HIS DELEGATION AND MR. V PIRABAKARAN, LEADER OF THE LTTE AND HIS DELEGATION ON 23, 26 AND 28 SEPTEMBER 1987.

1. A list of those present is at Annexure attached.
2. The High Commissioner informed Mr. V Pirabakaran that President Jayewardene has agreed to establish an Interim Administrative Council for the Northern and Eastern Provinces, as per the following composition:-

Continued on next page

A North-East Diary

Continued from Page 2

The IPKF High Command had in the latter part of October '87 summoned a meeting of refugees at a camp in a Jaffna suburb.

A young man, University educated, had come forward and related how his house had been looted. The next day an IPKF jeep arrived at the camp. The previous day's complainant was blind-folded and taken away. His wife, who watched helplessly, feared she would never see her husband again. But after a few days the young man was brought back to the camp — but minus his wedding ring, wrist watch and some cash. As a bonus, he told his wife, he'd been given a few blows. He also reported that he had not been given any food and had seen at least 20 people, some of them in their 50's or 60's, being given the 'works' by the Jawans.

The young couple are seriously thinking of migrating.

When Provincial Council elections are held in Sri Lanka, hopefully in April this year, Sri Lankan refugees living in Tamil Nadu camps will still be able to elect their representatives, if what we have heard is true.

President Jayewardene on his recent visit to India had reportedly asked the Indian Prime Minister about making arrangements for

special election booths in the camps so that the refugees could cast their vote.

If this works out, it'll certainly make it to the Guinness Book of Records as a first inter-country, long-distance poll.

A top medico in the North who is a keen music lover received a rude shock recently. He had just returned to his home after nearly a month at a refugee camp.

The morning after his return, he found IPKF personnel surrounding his house, and he was asked to put his hands up. When he tried to introduce himself, the rifles got shoved even closer to his chest, so he decided it was wiser to shut up.

The raiding party went upstairs and returned with an Identity Card. Once the medico's identity was established, the embarrassed Captain explained that they had received information that the house was a 'Tiger' base and they were ordered to blast it.

The Jawans left after a one-and-a-half-hour search, taking with them the medico's precious pre-recorded music cassettes which he had bought while abroad. Also missing were sundry other things, but what he's really sad about is the theft of his music tapes.

War, Peace — and War Again

Continued from Page 4

(a) Chief Administrator/Administrator in Council — One of the three persons included in the list submitted by the LTTE to be appointed.

(i) LTTE — 5 (ii) TULF — 2 (iii) Muslims — 2 (to include one nominee of LTTE) (iv) Sinhalese — 2. Total — 12.

3. Mr. Pirabakaran agreed to the composition of the Interim Administrative Council as indicated above.

4. The High Commissioner Shri J N Dixit informed Mr. Pirabakaran that President Jayewardene had agreed to delegate his executive powers, as envisaged in paras 10.1 and 10.2 of the Bangalore proposals to the Administrator in Council during the interim period i.e. till elections to the provincial councils are held.

5. The Administrator in Council would accordingly be responsible for the maintenance of Law and Order and other responsibilities as outlined in the relevant paragraphs.

6. It was agreed that the establishment of an Interim Administration would facilitate the fulfilment of the five demands put forward by the LTTE in its resolution conveyed on 13th September 1987 to the High Commissioner.

7. Mr. Pirabakaran said that the LTTE would fully co-operate in the implementation of the Indo-Sri Lanka agreement subject to assurances given to him by the Prime Minister of India in July 1987.

8. Mr. Pirabakaran said that the LTTE would surrender the remaining arms i.e. other than the personal arms for the security of their leaders once condition of security for their leaders and cadres are created.

9. Mr. Pirabakaran agreed that the LTTE will co-operate fully and ensure smooth functioning of all aspects of the civil administration, including the functioning of the police force.

10. Mr. Pirabakaran agreed that free and fair elections to the provincial council will be held and that the LTTE will co-operate fully in the process.

11. The High Commissioner and Mr. Pirabakaran agreed that the LTTE and the Indian official media would desist from mutual criticism.

12. In view of agreement having been reached on paras 2 to 11 above, the Sri Lanka Government will announce the establishment of the Interim Administrative Council within 48 hours of the signing of the agreed minutes.

13. It was also agreed that the Governments of India and Sri Lanka will formally announce the salient points of the above agreement.

14. Upon this being done, the LTTE would make an announcement about the withdrawal of its agitation and fasting unto death campaigns.

The above document was initialled on every page and also signed on the third and last page by H S Puri, First Secretary Political, High Commission of India, Colombo, and in Tamil by Mr. K. Mahendra Raja, Deputy Leader, LTTE. Dated 28th September, 1987.

The Annexure listed the names of the four delegates from the Indian High Commission, nine members of the Indian Army, three from the Indian Navy, two from the Indian Air Force and six from the LTTE. And Indian army officer acted as the Interpreter.

(To be continued)

EDITOR RELEASED BY IPKF

Mr. S.M.Gopalaratnam, popularly known as SMG, who was taken into custody by the IPKF in Jaffna on 25th November, was released on 25th January, 1988, after strong representations were made to the Indian High Commission in Colombo.

He was Editor of the Tamil daily, "Eelamurusu", which was lately alleged to have been espousing the LTTE cause when, in fact, it was fighting for the Tamil cause.

NEW REFUGEE FUND

There has been a good response to the new Refugee Fund announced in the *SR Special Issue* of 1st February. The Fund will be administered by a Board of Trustees consisting of five eminent persons drawn from the three main communities, with representatives from foreign and local aid-giving organisations acting as observers. Those wishing to help should write to Gamini Navaratne, 23, Canal Row, Colombo 1, Sri Lanka.

REFUGEES THROUGHOUT SRI LANKA

Official figures tell the sad story

DISPLACED FAMILIES AND PERSONS AS AT 22.01.1988 (IN WELFARE CENTRES)

District	No. of Centres	ETHNIC GROUPS						TOTAL	
		SINHALESE		TAMILS		MUSLIMS		No. of Families	No. of Persons
1. COLOMBO	02	123	448	—	—	—	—	123	448
2. KURUNEGALA	01	98	404	—	—	—	—	98	404
3. AMPARAI	02	—	—	288	1,296	—	—	288	1,296
4. ANURADHAPURA	11	506	2,167	—	—	331	1,737	837	3,904
5. MATARA	02	150	800	—	—	—	—	150	800
6. MATALE	07	327	1,397	—	—	92	417	419	1,814
7. BATTICALOA	29	135	426	11,792	49,919	9,960	40,726	21,887	91,071
8. TRINCOMALEE	28	1,123	4,623	3,412	15,631	2,461	11,796	6,996	32,050
9. POLONNARUWA	08	—	—	—	—	2,923	13,153	2,923	13,153
10. VAVUNIYA	06	09	30	143	571	—	—	152	601
11. MULLAITIVU	01	—	—	340	1,515	—	—	340	1,515
TOTAL	97	2,471	10,295	15,975	68,932	15,767	67,829	34,213	147,056

DISPLACED FAMILIES AND PERSONS OUTSIDE ON DRY RATIONS AS AT 22.01.1988.

District	ETHNIC GROUPS							
	SINHALESE		TAMILS		MUSLIMS		TOTAL	
	No. of Families	No. of Persons						
1. COLOMBO	348	1,814	647	5,297	250	1,431	1,245	8,542
2. NUWARA ELIYA	529	2,380	—	—	—	—	529	2,380
3. AMPARAI	145	652	—	—	32	144	177	796
4. ANURADHAPURA	194	973	—	—	—	—	194	973
5. MATARA	1,172	5,336	—	—	—	—	1,172	5,336
6. PUTTALAM	248	1,116	77	32	562	2,529	817	3,677
7. MATALE	504	2,975	—	—	201	689	705	3,664
8. GAMPAHA	1,642	8,187	425	1,958	28	101	2,095	10,246
9. TRINCOMALEE	546	2,384	—	—	—	—	546	2,384
10. POLONNARUWA	125	725	—	—	1,668	8,304	1,793	9,029
11. GALLE	259	1,350	—	—	—	—	259	1,350
12. HAMBANTOTA	500	2,329	—	—	—	—	500	2,329
13. KALUTARA	167	755	—	—	—	—	167	755
14. KURUNEGALA	433	2,108	—	—	—	—	433	2,108
15. KANDY	575	2,875	—	—	—	—	575	2,875
16. VAVUNIYA	—	—	5,597	33,815	—	—	5,597	33,815
17. MULLAITIVU	—	—	9,727	41,462	—	—	9,727	41,462
18. JAFFNA	—	—	120,000	500,000	—	—	120,000	500,000
19. KILINOCHCHI	—	—	4,080	16,000	—	—	4,080	16,000
20. MANNAR	—	—	1,478	6,651	—	—	1,478	6,651
TOTAL	7,198	34,986	141,961	605,215	2,775	13,402	151,929	654,372

India's mess in Sri Lanka — 1

by G. C. KATOCH

The Indian Peace Keeping Force in Sri Lanka can claim many firsts. This is the first time since Independence that our armed forces are fighting not for India's defence but to maintain the territorial integrity of another country. The first time ever that the army has been called upon to tackle urban insurgency on a massive scale. And the first time that there is utter confusion about what our soldiers are dying for.

Whatever may have been the original justification, or political compulsion, for signing the Indo-Sri Lankan agreement, the standard arguments now being put forward to justify the military operations are as follows: First, if we did not go in there, some other foreign power would have. Secondly, we had to ensure that Trincomalee does not become an American base. Third, India must assert its regional power status by flexing its military muscle. And, finally, the LTTE must be destroyed if the agreement is to be fully implemented in order to safeguard Tamil interests. Each one of these arguments can be stood on its head with ease.

Take, first, the reasoning that but for us some other country would have sent troops to Sri Lanka. It is known that President Jayewardene did approach the USA and the UK but neither country was willing to be militarily involved. Even Pakistan seems to have cold-shouldered the idea. If they had indeed sent troops, surely a gleeful Indian military establishment would have watched the fun from the ringside: now the Pakistanis have the last laugh. But, of course, we had to rush in where wiser leadership feared to tread.

INSURANCE

Again, it is preposterous to suggest that the best way of helping Sri Lankan Tamils is to liquidate their leadership and crush their armed strength which is their only insurance for survival: but more of this later. The Trincomalee argument is likewise inane. It is true that Trinco is one of the finest and largest natural harbours in the world, and is strategically located. But the U.S. navy cannot really want to build a base there unless it loses Subic Bay in the Philippines, which is unlikely.

Besides, the Pentagon would be wary of investing in long-term commitments in the Tamil-dominated areas of an unstable Sri Lanka regime. The Pentagon may also be inhibited by the fear that a piqued India could well react by offering an east coast naval base to the Soviets. And if the Americans did need Trincomalee badly enough, one does not see either the Sri Lanka government or the Indian forces in that country stopping them. Accord or no accord, a few billion dollars' aid would do the trick.

Lastly, not many thinking persons would be inclined to take the flexing-our-military-muscle argument seriously but for the fact that it is being heard in the highest echelons, civil and military, in this country. It is also being said that the IPKF's casualties are a small price to pay for asserting our dominance as a regional power. In the first place, our power status is determined not only by military capability, which is no secret, or by posturing, but also by economic and political strength, which could do with building up.

Physical intervention in the domestic problems of a tiny neighbour can hardly add to our stature as a regional power. As for the 1,400-odd dead and wounded soldiers being a modest price for advertising India's regional power status, some people bitterly ask: how many of the callous policy-makers of the South Block would be willing to contribute to the "small" price tag by sending their sons and close relatives to be killed or maimed in Sri Lanka?

Going by the official figures (which are correct, though what prevents army Headquarters from publishing casualty lists is not

clear) the number of casualties in an operation of this kind has been clearly excessive. In particular, the losses were distressingly heavy during the initial phase. It is a pity that people in large parts of the country are not sufficiently aware of this. The concern shown by defence analysts and the media generally has also, sadly, been rather muted.

BUNGLING

Let it be remembered that Operation Pawan, as it is named and as the name signifies, was thought to be a pint-sized task planned to be completed in just 48 or 72 hours. Something obviously went wrong with that breezy expectation as the army began the first fortnight by burning a finger or two. After three months the troops are still fighting, and still incurring some casualties every day.

If, therefore, the impression gains ground that there has been serious bungling somewhere, it wouldn't do to ridicule it. In any other civilised country with a professional army, peace-time casualties in such large numbers, on foreign soil, would have resulted in a public uproar, followed by a military inquiry and swift punishment to those responsible for it. One has only to recall the 1987 USS Stark incident in the USA, and the sacking of air defence generals in the USSR after Rust's landing on the Red Square in Moscow.

Here in India we seem to be more interested in Michael Hershman, Bofors, garish weddings and the like than in the mauling received by our soldiers in Sri Lanka. What is seen to be professional incompetence or worse is not something to bother about. One general, after being virtually sacked, has been reinstated. (Was it South Block's special way of proving the BBC wrong?)

It is high time that a proper, quick and impartial inquiry is ordered into the reasons for these abnormally heavy casualties. To be credible, such an inquiry must be headed by a retired army commander of acknowledged professional ability and integrity. No serving officer, whatever his seniority or standing, will be able in the present environment to pinpoint lapses on the part of politico-military decision makers, intelligence agencies, and civil and military bureaucracies, all of whom could have been at fault. Nor will he be in a position, without risk to his career, without risk of serious harassment, to identify and name any guilty ones at senior levels.

Certainly no High Court or Supreme Court judge, past or present, would do. Not so much because some judges who have recently headed special inquiries have, in the public mind, blotted their copy book, but more because the probe suggested will need military background and a professional rather than a purely judicial approach so as to get at the truth and thwart any attempt to sweep muck under the carpet.

Fortunately, we do not have to look too hard for suitable retired generals who should fit the slot: Jagjit Singh Aurora, M.L. Chibber and I.S. Gill are among the names that readily come to mind. If conducted well, the inquiry cannot bring a bad name to the army. It will only enhance its professional image.

There are now two factors to foul up the messy situation we were already in. One, the uncertainties of Tamil Nadu politics in the post-MGR era. His personal charisma and domination of the State scene apart, M.G. Ramachandran also provided a useful link with the LTTE. Whichever of the AIADMK leaders finally succeeds in establishing herself or himself at the top, he or she will

Continued on Page 9

The View From the Other Side

Born in Jaffna, he died in Jaffna

by Colonel C. L. PROUDFOOT, IPKF

I have just returned from Sri Lanka and can report that our army, despite hardships and criticism, is carrying out its difficult mission, in keeping with its high traditions of courage and dedication. And sadly, with death, which also is a concomitant of soldiering.

When the IPKF moved into Jaffna last July, the area outside the ancient Dutch Fort of Jaffna had been heavily mined, first by the Sri Lankan army to deny entry to the LTTE, and then by the LTTE to deny exit to the Sri Lankan army. So the first essential was to locate and defuse all the mines, a dangerous and difficult task, since no minefield charts had been kept. Thus began a trial by fire for the Corps of Engineers, in what was eventually to become a war of explosives.

Civilians who had deserted their homes began returning, only to find that many of the houses had been booby-trapped. So one more task was handed over to the Engineers, one that was even more dangerous than locating mines, since the simple act of opening a door or switching on a light could set off hidden explosives.

On the morning of August 12, a civilian came to the Engineers and begged to have his home cleared of booby-traps. Major Gnanaraj Herbert David Dulip Singh at once went along, with a couple of sappers and examined the house from the outside, but could find no trace of any traps.

"We'll have to go in," he said, and the two sappers made ready to enter, but were waved back by Dulip Singh. "Wait outside, till I send for you. I'll take a look first."

His boys protested, but the Major silenced them, pushed open the door and entered, watched apprehensively by the sappers and

the house-owner. Just then another jeep raced up with two of Dulip's junior officers, Lt. Pankaj Vikram and Naibsubedar Mukanda Rao. "Where's the Major Sahib?" asked Pankaj as he leapt out, and the sappers pointed. "He insisted on going into the house alone, Sahib."

Without hesitation, Pankaj and Mukanda Rao followed their Major into the building, but had barely got past the door when a fearsome explosion blew down the doors and windows and scattered the onlookers. The sappers dashed into the wreckage and shortly afterwards came out, carrying their officers. All three had been killed in the blast. They were the first casualties in the IPKF and the first of the 63 Engineers who have become casualties so far.

Major Dulip Singh and Lt. Pankaj Vikram have both been given posthumous awards of the Sena Medal in this year's Republic Day honours; but honours and awards cannot replace a son, a husband, a father. Strangely enough, Dulip Singh was born in Jaffna, and it was to Jaffna that an ironic fate decreed he should return, to keep his rendezvous with the grim Reaper.

(Note by Editor: *While associating ourselves fully with the sentiments expressed by the Colonel that no honour can adequately compensate for the loss of a son, a husband, a father, we would like to remind the IPKF of the thousands of Tamil civilians, also born in Jaffna and who have died in Jaffna, at the hands of the IPKF. Sad to say, in their case the only 'honour' they have got in death is to be branded as terrorists or terrorist sympathisers.*)

HOPE SPRINGS ETERNAL...

A settlement of Sri Lanka's ethnic conflict seems near at hand. Smoke signals sent from certain parts of the North indicate a clear desire on the part of the Liberation Tigers of Tamil Eelam to go along with the Indo-Sri Lanka Accord, though with certain reservations.

If the on-going behind-the-scene negotiations succeed, then it might be possible to hold elections to the proposed Provincial Councils in the Northern and Eastern Provinces in April.

This is only a hope, but not a vain hope, judging by some fast moving developments in the political sphere in which the *Saturday Review* is also deeply involved.

President Jayewardene's speech at the opening of the 8th sessions of the new Parliament also gave room for hope.

Sri Lanka is at the brink of disaster. But there is still some time to pull the country out of it, if people on all sides so wish. A heavy responsibility lies of the leaders of all sides to recognise political realities and act accordingly.

What do the people want? Anarchy? Or liberation? Or dictatorship?

We repeat, the Accord provides a solid basis for a settlement of the ethnic conflict.

We appeal to the LTTE to accept the hand of friendship offered by the Sri Lanka Government. Forget the past and forge ahead. In the name of humanity, for the sake of humanity, please, please forsake the path of violence.

Power does not come always through the barrel of a gun. The barrel may be battered. It might also be empty of shells.

The options are these: A paradise on Earth. Or a hell in Earth. Select it. That is the challenge before the people of Sri Lanka.

SAVE JAFFNA MEDICAL FACULTY

The Students of the Medical Faculty, University of Jaffna, have formed a Committee to save the Medical Faculty from closure.

The Dean of the Medical Faculty has gone on record as saying there is an acute shortage of lecturers.

Most of the top lecturers have quit because of the continuing disturbances in the North.

The Medical Faculty is therefore in imminent danger of being closed down soon.

A DIVIDED ISLAND

The assassination of the Sri Lanka Mahajana Party leader, Mr. Vijaya Kumaranatunga, is yet another indication that far from restoring peace, the presence of the IPKF has thrown Sri Lanka into a fresh turmoil in which the battle for national self-respect is being waged with guns. At one level, the SLMP leader's importance derived from his popularity as a film idol and his marriage to Mrs. Sirimavo Bandaranaike's daughter, but his true worth lay in his courageous and undaunted fight against narrow chauvinism. It may be recalled that Mr. Kumaranatunga's mission to Jaffna early last year and his attempts to open up a dialogue with the Tamil militants in Madras had invoked the wrath of Sinhalese bigots and it may be presumed that his murder was a direct consequence of his relentless fight against divisive tendencies in the island. But coming so soon after the killing of important UNP and Communist Party leaders in the South, Mr. Kumaranatunga's murder underlines the considerable difficulties being encountered by those who have extended their support to the Indo-Sri Lanka accord on the mistaken belief that it offers the best chance for ethnic peace and the conclusion of the disruptive civil war. Tragically, as the absence of any popular outcry against the JVP in the South suggests, this is a minority current and the majority of the Sinhalese have concluded that the presence of Indian troops in the Northern and Eastern provinces is an affront to the dignity and self-respect of the country and the foremost obstacle to peace in Sri Lanka.

Arguably, such a drastic conclusion may appear to be the result of prejudice alone, but for a community whose identity has been shaped by fears of Indian expansionism added to a minority complex despite being in an overwhelming majority, they are nevertheless real. Like the Punjab accord of 1985 which soon ran into trouble because of its inherent contradictions, the July 29 accord — while at one level a well-meaning exercise — is on the verge of a total collapse because it was not preceded by adequate consultations with the Sinhalese leadership and because its implementation was tied to the humiliating conditions outlined in the exchange of letters. The feeling in Sri Lanka — among both the Tamils and Sinhalese — that the IPKF is there to stay and that New Delhi is utilizing the ethnic conflict to meet its geo-political imperatives has complicated the political situation and made it possible for the reckless militants of the JVP to enjoy a measure of public support. The persistent anti-India tirades of the Prime Minister, Mr. R. Premadasa, and the Opposition SLFP leader, Mrs. Bandaranaike, and the resignation of Mr. Ronnie de Mel from the Cabinet are signals pointing to majority opinion.

It is a tragedy that a well-intentioned politician such as Mr. Kumaranatunga fell victim to this

outburst of chauvinism, but it is an unfortunate fact that the killings in the South are unlikely to stop unless India gracefully bows out of Sri Lanka and leaves that country to resolve its own problems. New Delhi has often acted under the mistaken assumption that the political differences between the Sinhalese and Tamils are too fundamental to be resolved and that only the presence of a third party can maintain the integrity of Sri Lanka. Unfortunately this self-comforting analysis overlooked the fact that the Tamil leadership — both of the TULF and the LTTE — was using India to strike a harder bargain. Rapidly growing apprehensions after July 29 have complicated the situation and led to mindless assassinations of which we may not have seen the last.

India's Mess Continued from Page 7

not have the kind of acceptability that MGR had; and none dare take up an anti-LTTE stance and get away with it. Mr. M. Karunanidhi will almost certainly want to use the anti-IPKF platform to convert chauvinist Tamil sentiment into votes.

STAKE

Then there is the Jayewardene factor. The Foreign Office mandarins seem to cling to the belief that he has a big stake in the Indo-Sri Lankan agreement and, therefore, his survival is necessary for its "successful" implementation. The view that the wily old man is using Indian forces to do his dirty work is not the less valid for being widely aired. We went in to help the Sri Lanka Tamils, to keep peace there, and ended up by waging war against them on behalf of the Sinhalese.

Let no one doubt that when President Jayewardene's purpose is served, he will want to throw out the IPKF. He has publicly said so in so many words. And not withstanding what this or that general may say, one does not see in the Indian leadership the sort of finesse and guts needed to hold on against the wishes of Junius Richard Jayewardene. When he asks you to quit, you quit.

Maybe in your magnanimity you will leave behind much of the arms and equipment you have taken to Sri Lanka. Perhaps also offer "aid" of a few hundred crore rupees to repair the damage by IPKF operations. And leave the Tamils to the mercy of the Sinhalese. It is not hard to guess how kind the Sinhalese will be. The scenario can be no different should President Jayewardene disappear from the scene. Only the IPKF will be back in India earlier.

(To be concluded)

MAHA SIVARATHRI TRAGEDY

A. Athputhananthan — an engineer working in Saudi Arabia — was one of the seven devotees killed at the Manikka Pillaiyar Temple in Bambalapitiya when two hand grenades were hurled into the shrine room at 7.50 p.m. on 16th February, Maha Sivarathri.

Mr. Athputhananthan wrote to the Editor of *Saturday Review* on 15th February enclosing a cheque for four copies of the *SR's Special Issue* of 1st February, 1988. The *SR* received his letter and cheque the day after his tragic death.

Some of the Colombo newspapers have speculated that internecine rivalry among the Tamil militant groups led to the grenade attack. A more implausible theory has yet to be put forward.

Why ask IPKF for permission?

Continued from Page 3

* But we are now told that the publication of the *SR Special Issue* was "also likely to cause embarrassment to a Councillor who was attempting to seek permission to publish *Saturday Review* from Jaffna."

As a journalist let me be quite clear on this: Sri Lanka is a sovereign and independent nation. Jaffna is (still) very much a part of that sovereign and independent nation. And the *Saturday Review* is a registered publication in the whole of Sri Lanka and is recognised as such by the Sri Lanka Government, full stop. At a time when President Jayewardene himself is on record telling his Parliamentary Group that Sri Lanka was a democracy and that members of the Group "would simply have to learn to live with Press freedom", there is no question of the *Saturday Review*, publishing in our own country, Sri Lanka, having to seek "permission to publish" from an alien military presence, which is what the IPKF is, and one invited here to do a specific job. We have looked long and hard at the Accord but cannot find even the faintest suggestion that the IPKF's mandate includes suppressing the Fourth Estate, even temporarily.

Granted the realities on the ground as far as the North is concerned. WHY ELSE WOULD BE DECIDE TO SWITCH PUBLISHING FROM JAFFNA TO COLOMBO? The *Saturday Review* does not, repeat not, concede that the IPKF has the right to interfere with, much less negate, Press freedom in any part of Sri Lanka, including Jaffna, although it effectively silenced the Press in Jaffna, stopping two of them by extensively damaging their printing machines. The ugly truth is that in the North the IPKF's behaviour was no different to that of any army of occupation anywhere in the world. In Jaffna, from being Big Brother in July, it turned into a vicious Big Bully in October. The brutal manner in which it behaved towards the civilian Tamil population and the high-handed way in which it silenced the Press there deserves the severest condemnation. But the world's Press, so vociferously critical of the Sri Lanka Government and its army — "the most indisciplined army in the world" as one magazine put it — suddenly lost its voice, almost to a man, the moment the IPKF launched its military offensive affecting helpless civilians in October 1987. There can be little doubt that from October '87 the majority of the world's Press, comfortably holed up in Colombo's five-star hotels, chose to emulate the proverbial monkey trio: they saw nothing, heard nothing, and said nothing. So whether we like it or

not, there is now no free Press in Jaffna, and that's a fact. But since when has it become fashionable to pretend that the IPKF's writ runs in Colombo as well?

* It is most significant that neither of the dissenting voices from the Management questions the veracity of what was published in the *Special Issue*. Indeed, an *SR* editorial staffer heard a conspiratorial whisper that what had appeared in the *Special Issue* was "very good", was "very necessary" and "should be continued, BUT" — alas, that inevitable word — but not under the *Saturday Review* logo!

In God's name — WHAT IS GOING ON?

What we said then — from Jaffna — was true. What we have said now — from Colombo — is equally true. So let us look a little more deeply into this strange phenomenon, almost bordering on a phobia, which manifests itself in a strong aversion for publishing the truth from Colombo in *SR's* own name.

From February 1984 until mid-September 1987 the *SR*, publishing from Jaffna, told it like it is and, in the process, pilloried none other than our own Sri Lanka Government and our very own all-Sinhala security forces. In the absence of any complaints one is entitled to conclude that our efforts met with the Management's complete approval. So far so good.

What is it that is different when the *SR* now finds itself forced to publish from Colombo? We are still publishing the truth. The only difference is that we are now having to expose the horrible doings, not of our own home-grown army, but those of the IPKF, which naturally is an indictment, not of the Sri Lanka Government, but of the Government of India. There we have the vital difference between *then* and *now*.

This leads us to the obvious question: Why this sudden sensitivity now to the *SR* exposing the sufferings of the Tamil people of Jaffna at the hands of the Indian forces, when for so many years these very same Honourable Gentlemen were content to bask in the reflected glory of a fearless *Saturday Review* that exposed the excesses and atrocities of our own armed forces against the same, helpless Tamil population?

It is, I admit, a very disturbing question, and one which I cannot answer. Only Mr. Kanapathipillai and Mr. Kandasamy, collectively or individually, can do that. If they dare.

Gamini Navaratne
Editor

Saturday Review

SRI LANKA

S.A.

PRESIDENT
Eelam TAMIL WELFARE ASSOCIATION

Special Issue - 2

February 29, 1988

Rs. 10/=

RARE VOICE OF REASON BRUTALLY STILLED

The assassination of popular film actor-politician Vijaya Kumaranatunga on 16th February is another indelible blot on our nation.

How tragic that the lives of national leaders who raise their voices in defence of the fundamental and human rights of the people could be snuffed out in such a brutal manner.

Vijay, at 43, was a national leader by any standards. Unlike most of our politicians, he rose above race, creed and caste in the pursuit of his political career.

He could have been the next President of Sri Lanka.

He strived hard to bring about the unity of the progressive forces of Sri Lanka belonging to all the communities. The outcome was the United Socialist Alliance, comprising his Sri Lanka Mahajana Party, the Lanka Sama Samaja Party, the Communist Party and the Nava Sama Samaja Party, supported by the Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front and the People's Liberation Organisation of Tamileelam.

He stood for national unity.

He was the only politician from the South who accepted the invitation of the *Saturday Review* to leaders of all the major political parties in Sri Lanka, members of the Sangha and representatives of the Colombo-based media to visit the North in order to build bridges of understanding between the Sinhalese and Tamil communities.

He took a big risk, a risk no other politician from the South was willing to take at that point of time.

In fact, when the Editor of the *Saturday Review* asked him to bring his wife Chandrika along with him, he said: "Let her wait. There must be somebody to look after the two children." He was conscious of the risk, both political and physical, he was taking by entering Tiger country.

The Tigers treated him courteously on both his visits to Jaffna, honouring him as a true and sincere politician, a rare breed in Sri Lanka.

No other political leader from the South has dared emulate his feat. That was the measure of the man.

Who killed him? And why?

The answers are likely to remain a mystery. For ourselves, we are not willing to go along with the theory that the Janatha Vimukthi Peramuna was responsible.

There are other forces in the country, working probably with the support of foreign forces, who are determined to prevent the emergence of a government truly representative of ALL the people of Sri Lanka, a government which would act in the national interest, a government not subservient to alien influences.

COMMON GOAL

Vijaya is gone but the political forces he generated cannot be snuffed out by the gun.

One immediate outcome is that his widow has been unanimously accepted as the leader of the United Socialist Alliance, just as Mrs. Sirima Bandaranaike was accepted as the leader of the Sri Lanka Freedom Party after the assassination of Mr. Solomon Dias Bandaranaike in 1959.

There is a great future for the Alliance, which can be a major force in Sri Lanka's political scene if only the leaders of the constituent parties sink personal differences in the pursuit of a common goal — *the welfare of all the people of Sri Lanka.*

INSIDE : A Special Report Page 3

PUBLISH & BE DAMNED — from WITHIN!

24 . Februar 1988

III C 1 - 0345/75
(Sri Lanka)

Herrn
Dr. Ekkehard Wruck, MDA
Vorsitzender des Ausschusses
für Ausländerfragen
des Abgeordnetenhauses von Berlin
Rathaus Schöneberg

1000 Berlin 62

Betr.: Abschiebung von Personen tamilischer
Volkszugehörigkeit nach Sri Lanka

Anlg.: 15 Kopien dieses Schreibens

15 Kopien des Beschlusses des OVG Berlin vom
17. November 1987 - OVG 3 S 1.87 -

15 Kopien des Urteils des VG Berlin vom
23. November 1987
- VG 22 A 88.83 -

Sehr geehrter Herr Wruck,

das Abgeordnetenhaus von Berlin hat in seiner 24. Sitzung am 13. März 1986 - entsprechend einer Beschlußempfehlung des Ausländerausschusses - Drs. 10/645 - vom gleichen Tage zum AL-Antrag über tamilische Flüchtlinge in Berlin - Drs. 10/374 - folgendes beschlossen:

- "1. Das Abgeordnetenhaus von Berlin ist der Auffassung, daß Abschiebungen nach Sri Lanka erst durchgeführt werden, wenn neue überprüfbare Erkenntnisse vorliegen, die den Tamilen zumindest im Süden mit hoher Wahrscheinlichkeit Sicherheit und Schutz garantieren.
2. Der Senat wird aufgefordert, sich aus allen zugänglichen Quellen, wie z.B. durch Berichte des Auswärtigen Amtes, von Korrespondenten, Vertretern der Kirchen und caritativer Organisationen umfassend zu informieren, ob es in Sri Lanka befriedete Regionen gibt, in denen zurückkehrende Tamilen nicht um Leib und Leben fürchten müssen.
3. Sollte dies aufgrund neuer Erkenntnisse der Fall sein, so werden vor Abschiebungen nach Sri Lanka Sprecher der Fraktionen rechtzeitig vor den Abschiebungsmaßnahmen bzw. der Anordnung der Abschiebehaft informiert.

4. Dies gilt nicht für Straftäter im Sinne des § 14 Ausländergesetz."

Mein Amtsvorgänger hatte diesem Petitum entsprochen und am 24. März 1986 den Polizeipräsidenten in Berlin - Ausländerbehörde - angewiesen, bis auf weiteres keine Abschiebungen von Staatsangehörigen Sri Lankas tamilischer Volkszugehörigkeit vorzunehmen. Diese Weisung erging vor dem Hintergrund der unruhigen Lage in Sri Lanka.

Die Situation in Sri Lanka hat sich in den letzten Monaten gegenüber der Situation des Jahres 1986 nach dem indisch-srilankischen Abkommen vom 29. Juli 1987 und dem Eingreifen indischer Truppen als Ordnungsmacht entscheidend verbessert. Die Sicherheit und der Schutz von Tamilen ist mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht nur im Süden, sondern in allen Teilen Sri Lankas gewährleistet. Dieser veränderten Sachlage hat auch das OVG Berlin in seiner Entscheidung vom 17. November 1987 - OVG 3 S 1.87 - und das VG Berlin, das sich der Rechtsprechung des OVG Berlin angeschlossen hat, in seiner Entscheidung vom 23. November 1987 - VG 22 A 88.83 - Rechnung getragen. Kopien der Entscheidungen sind zu Ihrer Unterrichtung beigelegt.

Vor dem Hintergrund der veränderten und nach meiner Einschätzung genügend stabilisierten und normalisierten Situation in Sri Lanka sehe ich mich gehalten, die nach dem Ausländergesetz oder dem Asylverfahrensgesetz vorgesehenen aufenthaltsbeendenden Maßnahmen gegen die

Staatsangehörigen Sri Lankas tamilischer Volkszugehörigkeit einzuleiten, die sich unberechtigt hier aufhalten und daher die Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin zu verlassen haben. Ich beabsichtige daher, das Landeseinwohneramt Berlin - Ausländerbehörde - unverzüglich anzuweisen, bei Staatsangehörigen Sri Lankas tamilischer Volkszugehörigkeit die nach den Vorschriften des Asylverfahrensgesetzes nach Abschluß des Asylverfahrens bestehende Verpflichtung zur Ausreise wieder durchzusetzen.

Mit verbindlichen Empfehlungen

h *Kewenig*

Wilhelm A. Kewenig



Britische Botschaft
Presseabteilung
53 Bonn Friedrich-Ebert-Allee 77
Fernschreiber 0886 887 Fernspr Sammel Nr 234061

Frau
Annette Niewiesk
Bräu-gasse 13
8390 PASSAU

Your reference

Our reference

Date

23.2.1988

Sehr geehrte Frau Niewiesk,

Vielen Dank für Ihre Zuschrift an den britischen Innenminister Douglas Hurd bezüglich der Abschiebung von sechs Tamilen nach Sri Lanka.

Die sechs Tamilen wurden am 10. bzw. 12. Februar nach Sri Lanka abgeschoben. Der Innenminister traf diese Entscheidung nach sorgfältiger Überlegung und unter Berücksichtigung der von mehreren Organisationen vorgebrachten Einwände, nach denen es verfrüht war, abgewiesene Asylbewerber nach Sri Lanka zurückzuschicken; diese Einwände wog er gegen Informationen aus unterschiedlichen Quellen über Art und Umfang der dort herrschenden Unruhen ab. Dabei gestand er zu, daß die Lage unklar und zuweilen unüberschaubar sei. Seiner Ansicht nach reichte jedoch dieser Umstand nicht aus, um daraus einen Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis außerhalb der gültigen Bestimmungen abzuleiten.

Der Innenminister vertrat den Standpunkt, daß Asylbewerber, die für die Zuerkennung des Flüchtlingsstatus nicht in Frage kommen, nach Sri Lanka abgeschoben werden sollten, sofern kein besonderer Härtefall vorläge. Er hielt derartige Umstände in den vorliegenden sechs Fällen nicht für gegeben und beschloß daher die Abschiebung der sechs nach Sri Lanka.

Im Zuge seiner Entscheidung merkte er an, daß über 1 140 Tamilen aus Südindien nach Sri Lanka abgeschoben worden seien und daß weitere Gruppen in Kürze nachfolgen würden. In diesen Fällen handelte es sich um eine freiwillige Rückkehr, doch vertreten andere Länder bezüglich der Lage in Sri Lanka denselben Standpunkt wie wir und haben bereits damit begonnen, abgewiesene Asylbewerber zurückzuschicken. So schob Norwegen im vergangenen Jahr 20 Tamilen ab, die Schweiz 11. Großbritannien steht daher mit dieser Maßnahme nicht allein da.

Mit freundlichen Grüßen,

C. P. Burrows

C.P. Burrows
Presse- und Informationsabteilung

In the present context much of our time and talents spent on the refugees' relief & rehabilitation work. In fact it is rather too vast area for me to cover- radius of 30k.meter with 6churches. But I am trying to do my best 'being all things to all men'. However hard and difficult the work may be, at the end of it all you feel quite content and happy that by our good works GOD's love and care reach the poor and the needy. I have been in the Citizens Committee which enables the people of the prevailing trouble situation. There are the Refugee Rehabilitation Societies in different areas helping the distribution of relief aids and assisting people in rehabilitation. Then we have various NGOs (NON Governmental Organizations) which serve the people with relief, rehabilitation & developmenal projects utilizing the fund they obtain from voluntary & charitable organization both local abroad.

திரிபெர்லின் நகரில் பாவை — தீயின் உணியுறியில் உணர்ந்ததை
 பிளிய் அமைச்சர் உறுவிலை உணர்வு ராஜ்யத்தின் கயிற்று
 தினை அருவத்தி லெலவ் துறம்பட்டுகின்றது.

B.M.Thambipillai Esqr.,
 Urban Str.87,
 1000 Berlin 61,
 W.GERMANY.

Br.B.Deogupillai,
 Bishop's House,
 P.C.Box 2,Jaffna,
 Sri Lanka,
 21.02.88

Dear Mr.Thambipillai,

I received a few days ago your letter of 29.01.88 and the booklet on PAX CHRISTI in German and a photo copy of the Statutes of Pax Christi International in English, which you had sent with your letter. I thank you for these.

I am happy to learn from you that ~~ix~~ some of the Tamils living in Germany have formed the "Pax Christi- Tamils" and have been helping some of our refugees in South India, and are now anxious to help people here who are refugees or have been badly affected by the ethnic conflict ~~between~~. Other groups of Tamils living in Europe have been sending help for the affected people here, to me. At present we are giving immediate relief to the affected people by giving them food, medicine and clothing. We shall think of rehabilitating them at a later stage. It would not be advisable to send parcels of food, medicines or clothing, because it would be very difficult to clear these parcels in Colombo. Therefore, I would advise you to send your gift in a cheque drawn in my favour and send it by registered post. When I receive it, I shall send you an acknowledgement. God Bless you and your 'Pax Christi' Association.

Yours sincerely in Christ,

+ B. Deogupillai

Bishop of Jaffna

B.M.Thambipillai Esqr.,
Urban Str.87,
1000 Berlin 61,
W.GERMANY.

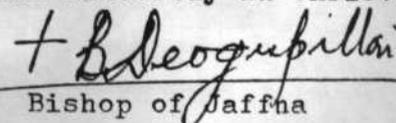
Bp.B.Deogupillai,
Bishop's House,
P.C.Box 2,Jaffna,
Sri Lanka,
21.02.88

Dear Mr.Thambipillai,

I received a few days ago your letter of 29.01.88 and the booklet on PAX CHRISTI in German and a photo copy of the Statutes of Pax Christi International in English, which you had sent with your letter. I thank you for these.

I am happy to learn from you that ~~xxx~~ some of the Tamils living in Germany have formed the "Pax Christi- Tamils" and have been helping some of our refugees in South India, and are now anxious to help people here who are refugees or have been badly affected by the ethnic conflict ~~here~~. Other groups of Tamils living in Europe have been sending help for the affected people here, to me. At present we are giving immediate relief to the affected people by giving them food, medicine and clothing. We shall think of rehabilitating them at a later stage. It would not be advisable to send parcels of food, medicines or clothing, because it would be very difficult to clear these parcels in Colombo. Therefore, I would advise you to send your gift by a cheque drawn in my favour and send it by registered post. When I receive it, I shall send you an acknowledgement. God Bless you and your 'Pax Christi' Association.

Yours sincerely in Christ,


Bishop of Jaffna

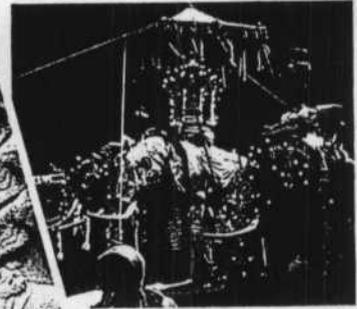
AEROCURVA



X

Mr. B.M. Thambipillai,
Urban Str. 87
1000 Berlin 61,
WEST GERMANY

සිංහල අලංකාර පිටුවක් වනු ඇති බැවින්, පිටුවේ පිටුපසින්



අලංකාර කිරීම සහ පිටුවේ කෙටුම්පත් සඳහා අවශ්‍ය වන සියලුම තොරතුරු මෙහි ඇතුළත් කළ යුතුය.

Bishop's House, P.O. Box 2, Jaffna

SRI LANKA

සිංහල අලංකාර පිටුවක් වනු ඇති බැවින්, පිටුවේ පිටුපසින්

From Gossner Mission, P.O. Box 2, Jaffna, Sri Lanka. Tel: 091 221 111

B.M.Thambipillai Esqr.,
Urban Str.87,
1000 Berlin 61,
W.GERMANY.

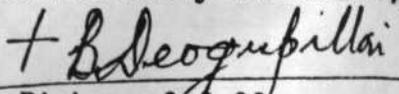
Bp.B.Deogupillai,
Bishop's House,
P.O.Box 2, Jaffna,
Sri Lanka,
21.02.88

Dear Mr.Thambipillai,

I received a few days ago your letter of 29.01.88 and the booklet on PAX CHRISTI in German and a photo copy of the Statutes of Pax Christi International in English, which you had sent with your letter. I thank you for these.

I am happy to learn from you that ~~xxx~~ some of the Tamils living in Germany have formed the "Pax Christi- Tamils" and have been helping some of our refugees in South India, and are now anxious to help people here who are refugees or have been badly affected by the ethnic conflict ~~here~~. Other groups of Tamils living in Europe have been sending help for the affected people here, to me. At present we are giving immediate relief to the affected people by giving them food, medicine and clothing. We shall think of rehabilitating them at a later stage. It would not be advisable to send parcels of food, medicines or clothing, because it would be very difficult to clear these parcels in Colombo. Therefore, I would advise you to send your gift by a cheque drawn in my favour and send it by registered post. When I receive it, I shall send you an acknowledgement. God Bless you and your 'Pax Christi' Association.

Yours sincerely in Christ,


Bishop of Jaffna



X

Mr. B.M.Thambipillai,
Urban Str.87
1000 Berlin 61,
WEST GERMANY



පිළිගැනීමේ ලේඛනයක් ලෙස භාවිතයට නොගන්න. මෙහි ඇති ලිපිනය සහ ලේඛනයේ අන්තර්ගතය පිළිබඳව විමසීම සඳහා මෙහි ලිපිනය භාවිතයට නොගන්න.

Bishop's House, P.O.Box 2, Jaffna

SRI LANKA

මෙහි ඇති ලිපිනය සහ ලේඛනයේ අන්තර්ගතය පිළිබඳව විමසීම සඳහා මෙහි ලිපිනය භාවිතයට නොගන්න.

82 Rose - UK

Deported UK Tamils hiding in Colombo

London, Feb. 18: The Tamil refugees deported from Britain are in hiding in Colombo for fear of their lives, according to their supporters here.

The Tamil Action Committee in London says that of six Tamils deported last week, nothing has been heard of two, while the rest who have no identity papers, are in fear of arrest by the police. "Their position is very precarious," said the committee chairman, Mr S. Maharasingham, who spoke on telephone yesterday to the four hiding at a secret address in Colombo.

Mr Maharasingham said the deported refugees were not even given identity papers by immigration officials here. They are at risk of being picked up at any moment by the police or attacked, especially following the murder in Colombo of Vijaya Kumaratunga, leader of the the Left Opposition Sri Lanka Mahajana Party, on Tuesday and the temple explosion that killed 12 persons yesterday.

"No other country is deporting Tamils, not even those accused of committing crimes. Britain has played a very callous role in this," said Mr Maharasingham. He has asked the United Nations High Commission for Refugees to intervene to help the four, and is also contacting other organisations such as the International Red Cross for assistance.

Despite protest from various relief agencies, the six, the first batch of Tamils in Britain to be refused asylum following a decision by the House of Lords in December, were sent back to

Colombo. The local police interviewed and fingerprinted them at Katernayake airport. Mr Maharasingham feels that other Tamils in Britain will now go underground rather than face expulsion.

The home office maintains that the Tamils do not have a well-founded fear of persecution and, therefore, do not qualify for refugee status. But the home office minister, Mr Timothy Renton, is understood to be negotiating an agreement with the UK immigrants advisory service to set up a 24-hour counselling service for people seeking refugee status. This would allow them better opportunity to present their case to stay in Britain.

(India Abroad News Service)

India orders UK anti-ship missiles

London, Feb. 18 (AFP): The Indian Air Force has ordered British-made Sea Eagle anti-ship missiles for a special squadron of Jaguar fighter-bombers, *Jane's Defence Weekly* reported here.

The specialist magazine said the order, coupled with the delivery of a first Soviet-built Tupolev TU-142M Bear maritime reconnaissance aircraft strengthened India's capacities in the region to a level matched only by the United States.

Jane's said New Delhi intended to convert some of its Antonov AN-12 Cub transports into flying tankers to refuel the Franco-British Jaguars in flight, adding that the requisite technology had been obtained from Iraq.

Sum
Gillion

19. 2. 88

19th February, 1988.

Dear Madam Vorbrodt, Pax Christi!

Greetings from the East of Sri Lanka. Received your kind and cordial letter on the 18th of January. Thanks very much. Indeed it was a surprise letter ~~for~~ to me from unexpected person. So when something good happens unexpectedly your joy is double.

Although I am a full-time Pastor in the Catholic Church, I am & I love to be a social worker too. Because I am quite convinced of the fact that only when we fully share the aspirations and anxieties of our people and generously involve in improving their lot & alleviate suffering, we realize the kingdom of God on earth, by redeeming the total man i.e. body and soul.

In the present context much of our time and talents spent on the refugees' relief & rehabilitation work. In fact it is rather too vast area forme to cover - a radius of 30 k.meters with 6 churches. But I am trying to do my best by 'being all things to all men'. However hard and difficult the work may be, at the end of it all you feel quite content and happy that by our good works God's love and care reach the poor and the needy. I have been in the Citizens Committee which enables the people of the prevailing trouble situation. There are the Refugee Rehabilitation Societies in different area helping the distribution of relief aids and assisting people in rehabilitation. Then we have various NGOS (Non Governmental Organizations) which serve the people with relief, rehabilitation & developmental projects utilizing the fund they obtain from voluntary & charitable organization both local & abroad.

So Madam as you have expressed desire of having the addresses of persons with honest motive for peace, I give you the following:

- * Rt. Rev. Kingsly Swampillai, Bishop of Trinco - Batticaloa,
Bishop's House, Batticaloa, Srilanka.(T.No;065/ 2735)
- * Rev. Fr. Antony Leo, Director of EHED, 295, Dockyard Road, Trincomalee, SriLanka.
- * Rev. Fr. Chandra Fernando, St. Mary's Co-Cathedral, Batticaloa, Sri Lanka. (Tel. 065/2723) who is also the President of the citizens committee, Batticaloa.)
- * Rev. Fr. Paul Caspersz, s.j. , Movement for Inter Racial Justice and Edukik Equality (MIRJE), Bishop's House, Kandy.
- * Rev. Fr. Tissa Balasuriya, o.m.i., Director of Centre for Society and Religion, 281, Deans Road, Colombo 10, Sri Lanka.
(who is also in the National Committee for Peace and Harmony)
- * Rt. Rev. B. Deogupillai, Bishop of Jaffna, Bishop's House, Jaffna, Sri Lanka.

ALROGRAMME



TRAUDL VORBRÖDT,
GOTTFRIED - ARNOLD - WEG 8,
D 1000 BERLIN 22

Second fold here



Sender's name and address

REV. FR. L. PHILIP,
ST. JOSEPH'S CHURCH,
NILAVELI - TRINCOMALEE

SRI LANKA

(L. Philip)

Sincerely Yours in Christ,

I am sorry I couldn't write to you earlier than this. Much work kept me too busy. I wish that you understand and excuse me for the delay. I hope to come on a holiday visit to duty if everything goes smooth. Please pray for me and our people. Please write to me. Hope to talk to you in person if and when I visit in June. Wish you all success in your good works for the poor refugees. May God bless you.

Although you do not know, I am sorry I couldn't contact due to breakdown of travel and communication. I have already told about it to Miss Duty Bahayaseeli. When I get some information of the family, I would let you know.

Sektion Berlin (West) der International League for Human Rights, New York,
akkreditiert bei den Vereinten Nationen,
Mitglied der Fédération Internationale des Droits de l'Homme/Paris

Internationale
Liga
für Menschenrechte
im Geiste von Carl von Ossietzky

Int. Liga für Menschenrechte e.V., Mommsenstr. 27, D-1000 Berlin 12

☎ (030) 324 36 88

Bürozeiten: Montag und Donnerstag
17.00 - 19.00 Uhr

An den
Senator für Inneres
Fehrbelliner Platz 2
1000 Berlin 31

Postgirokonto Berlin-West 3024-107
Bank für Gemeinwirtschaft
BLZ 100 101 11, Kto.-Nr. 100-4558 300

18. März 1988

Betr.: Abschiebung von Personen tamilischer Volkszugehörigkeit nach Sri Lanka

Sehr geehrter Herr Prof. Kewenig,

Ausweislich Ihrer Mitteilung an den Ausländerausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses vom 24. Februar 1988 (III C 1 -O345/75) beabsichtigen Sie, die Ausländerbehörde anzuweisen, gegenüber lankanischen Staatsbürgern tamilischer Volkszugehörigkeit die nach erfolglosem Abschluß des Asylverfahrens bestehende Verpflichtung zur Ausreise wieder durchzusetzen. Der vom Berliner Abgeordnetenhaus insoweit beschlossene Abschiebestop wird dadurch hinfällig.

Sie begründen diesen Schritt damit, daß sich die Situation in Sri Lanka nach dem indisch-lankanischen Abkommen vom 29. Juli 1987 und der damit in Verbindung stehenden Intervention indischer Truppen in Sri Lanka im Vergleich zur Situation im Jahr 1986 entscheidend verbessert hätte.

Die von Ihnen in Bezug auf die innenpolitische Situation Sri Lankas vorgenommene Lagebeurteilung wird u.E. lediglich vom indischen Verteidigungsministerium geteilt, wo in der Tat gegenüber dem indischen Parlament bzw. der indischen Presse behauptet wird, Sri Lanka, insbesondere der Norden und Osten sei "zur Normalität" zurückgekehrt. Lankanische Menschenrechtsorganisationen, Pressekorrespondenten, das Auswärtige Amt und das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) kommen allesamt zu einer gegenteiligen Einschätzung.

(2)

Das Auswärtige Amt vertritt in seinem "Lagebericht Sri Lanka" vom 22. Dezember 1987 folgende Auffassung:

" Die politische Lage im Lande ist weiterhin von Unsicherheiten gekennzeichnet, wobei die indische Militärpräsenz bisher nicht zu einer wirklichen Befriedung der vom Konflikt betroffenen Gebiete beitragen konnte."

Nach Ansicht des Auswärtigen Amtes ist angesichts fort-dauernder Kämpfe (zwischen der indischen Armee und der tamilischen Guerillaorganisation LTTE) "auch im Norden und Osten keine soziale und wirtschaftliche Grundlage geschaffen, rückkehrende Flüchtlinge oder Asylbewerber aus dem Ausland zu integrieren".

Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt der UNHCR, der sich entsprechend gegenüber dem britischen Innenminister Douglas Hurd bezüglich der Abschiebung von sechs Tamilen nach Sri Lanka am 10. bzw. 12. Februar 1988 geäußert hat.

Selbst das britische Innenministerium hat in diesem Verfahren eingeräumt, daß die Lage in Sri Lanka " unklar und zuweilen undurchschaubar" ist. Diese Einschätzung trifft u.E. in der Zwischenzeit nicht nur für den Norden und Osten Sri Lankas, sondern auch für den Süden zu.

Zur Unklarheit und Undurchschaubarkeit der Lage trägt insbesondere bei, daß sich die indische Armee in Sri Lanka (IPKF) bisher geweigert hat, Journalisten in die Kampfgebiete im Norden und Osten einreisen zu lassen. Ebenfalls hat es die IPKF abgelehnt, Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes in den Norden und Osten einreisen zu lassen, um die Einhaltung der Genfer Konvention zu überwachen. Diese Forderung ist mehrfach, letztmals im Februar 1988, von lankanischen Menschenrechtsorganisationen wie dem Civil Rights Movement erhoben worden.

Die Situation im Norden Sri Lankas (Jaffna-Halbinsel) gestaltet sich nach den unserer Organisation vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Kämpfe zwischen der indischen Armee und den das Abkommen vom 29. Juli 1987 akzeptierenden Guerillaorganisationen ("Tri-Star-Bündnis") einerseits und der LTTE andererseits sind zwar in der Zwischenzeit abgeflaut, nachdem die indische Militäraktion "Pawan" vom Oktober/November 1987 der tamilischen Zivilbevölkerung große Verluste zugefügt hat. Die im Gegensatz zu den Presseberichten der LTTE seriöse tamilische Zeitung "Saturday Review" (vom 1.2.1988) spricht von insgesamt 2.500 getöteten tamilischen Zivilisten.

Es gilt darüberhinaus als gesichert, daß es zu Plünderungen, Vergewaltigungen, Folterungen und Beschießung von Wohnbezirken mit Artillerie in Jaffna durch die IPKF gekommen ist.

Obwohl die IPKF auf nunmehr 50.000 Soldaten verstärkt worden ist (die indische Zeitung "The Hindu" vom 7.2.1988 spricht von 70.000 Soldaten), konnte der militärische Widerstand der LTTE auf der Jaffna-Halbinsel durch die indische Armee nicht vollständig gebrochen werden, so daß es bis zum heutigen Tag zu militärischen Zusammenstößen zwischen IPKF und der tamilischen Guerillaorganisation LTTE kommt, wodurch auch die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wird. (vgl. India Today vom 15.2.1988)

Seit Mitte Januar 1988 ist die Zivilverwaltung auf der Jaffna-Halbinsel (genauso wie im Osten des Landes) zum völligen Stillstand gekommen. Behörden arbeiten nicht, die Schulen sind großteils immer noch geschlossen, Renten und Pensionen können nicht ausbezahlt werden. Verknappungen bei Lebensmitteln und Gütern des täglichen Lebens sind ebenfalls auf der Tagesordnung.

Obwohl vom indischen Hochkommissar in Sri Lanka, Dixit, die Auffassung vertreten wird, daß das militärische Potential der LTTE nach den Kampfhandlungen auf der Jaffna-Halbinsel und der Festnahme von insgesamt 4000(!) mutmaßlichen LTTE-Unterstützern auf "wenige Widerstandsnester" zusammengeschmolzen sei, kommt es nach wie vor im Norden zu Razzien und Ausgangssperren, was die Gräben zwischen IPKF und der tamilischen Zivilbevölkerung weiter vergrößert.

Aufgrund der angespannten Situation im Norden der Insel wurde in der Zwischenzeit das "Repatriierungsprogramm" der indischen Regierung (mit Unterstützung des UNHCR) in Bezug auf nach Tamil Nadu seit 1982 geflohene Tamilen gestoppt. Seit Dezember 1987 sind keine Flüchtlinge aus Tamil Nadu nach Sri Lanka zurückgekehrt.

Die Situation im Osten Sri Lankas stellt sich wie folgt dar:

Der Brennpunkt der militärischen Auseinandersetzungen zwischen der IPKF und der LTTE liegt gegenwärtig im Ostteil der Insel, insbesondere in der Gegend um Trincomalee und Batticaloa.

Truppenverstärkungen der IPKF werden vornehmlich im Osten eingesetzt, wo die LTTE noch zu größeren Militäraktionen als im Norden in der Lage ist und auch konkurrierende Guerillaorganisationen in ihre Attacken miteinbezieht. Verluste unter der nach der Flucht vieler Singhalesen vornehmlich tamilischen Zivilbevölkerung hat es insbeson-

dere seit Januar 1988 durch Kampfhandlungen gegeben.

Im Gegensatz zu Polizeikräften und sog. "Home guards" im Osten der Insel hat die lankanische Armee seit der Unterzeichnung des indisch-lankanischen Friedensabkommens und der damit verbundenen Stationierung der IPKF keine Einsätze gegen tamilische Guerillaverbände unternommen, was in der Vergangenheit immer mit Übergriffen gegen die tamilische Zivilbevölkerung verbunden war. Inzwischen hat sich dies geändert. Ausweislich einer Mitteilung der Nachrichtenagentur Reuter vom 18. März 1988 lieferte sich die lankanische Armee militärische Auseinandersetzungen mit der tamilischen Guerilla in Trincomalee, wobei 10 Tamiilen umkamen.

Das öffentliche Leben im Osten der Insel gestaltet sich für die Zivilbevölkerung ähnlich schwierig wie im Norden. Razzien und Festnahmen durch die IPKF gehören zum Alltagsleben: Während einer dreitägigen "cordon and search-operation" der IPKF im Februar 1988, an der 2000 indische Soldaten beteiligt waren, wurden in der Gegend von Batticaloa 30000 Zivilisten überprüft, wobei 131 mutmaßliche Unterstützter der LTTE verhaftet worden sind.

Aufgrund der angespannten Situation im Norden und Osten des Landes versuchen immer mehr Tamiilen, in den Süden, insbesondere in die Hauptstadt Colombo, vor den indischen (und lankanischen) Sicherheitskräften zu fliehen. Die Zahl der tamilischen Flüchtlinge in Colombo wird von der der regierenden UNP nahestehenden Tageszeitung "Island" auf inzwischen mehr als 100.000 geschätzt.

Eine Reduzierung des Flüchtlingsstromes ist gegenwärtig nicht absehbar, obwohl die Lage auch in Colombo als angespannt und für tamilische Flüchtlinge nicht ungefährlich angesehen werden muß.

In Colombo kommt es nahezu täglich zu politischen Morden, die vornehmlich der (illegalen) singhalesisch-chauvinistischen Janatha Vimukthi Peramuna (JVP) anzulasten sind. Diese Organisation hat durch eine gezielte Unterwanderungsstrategie in Bezug auf die lankanischen Sicherheitskräfte inzwischen einen starken Einfluß auf das lankanische Militär und die Polizei, was nicht nur für Befürworter des indisch-lankanischen Abkommens, sondern explizit auch für Tamiilen mit Angriffen auf ihre physische Integrität in naher Zukunft verbunden sein kann. Bereits jetzt wird von lankanischen Sicherheitskräften die unbewiesene Behauptung kolportiert, Mitglieder der LTTE würden zur Durchführung von Attentaten mit den Flüchtlingsströmen in die

Hauptstadt einsickern. Deshalb kam es im Februar 1988 mehrfach zu Razzien unter tamilischen Jugendlichen in Colombo, wo nach lankanischen Presseberichten Dutzende verhaftet und unter Berufung auf das Gesetz zur Vorbeugung gegen den Terrorismus (PTA) inhaftiert worden sind. Entgegen den im Friedensabkommen vom 29. Juli 1987 getroffenen Vereinbarungen ist dieses vornehmlich gegen Tamilen angewandte Ausnahmerecht nach wie vor in Kraft. Allein im Januar 1988 waren noch 1250 Tamilen im Lager Boosa, im Süden Sri Lankas, interniert (Lanka Guardian vom 1.2.1988)

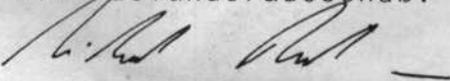
Aus dem geschilderten Sachverhalt folgt, daß wir Überlegungen in Bezug auf eine Aufhebung des Abschiebestopps für lankanische Staatsbürger tamilischer Volkszugehörigkeit aus der konkreten politischen Situation in Sri Lanka nicht für begründbar ansehen. Die Gefährdungslage besteht für Tamilen in Sri Lanka trotz der Stationierung der IPKF weiter, was ein Abschiebehindernis gem. § 14 AusIG iVm Art.1, Art 2 Abs.2 GG begründet.

Wir bitten Sie, Ihre Auffassung zu überdenken und von der beabsichtigten Anweisung gegenüber der Ausländerbehörde abzusehen.

Hochachtungsvoll

Internationale Liga für Menschenrechte Berlin(West) e.V.

für den Ausländerausschuß:



Michael Findeisen

P.S.:

Die im Ausschuß für Ausländerfragen des Abgeordnetenhauses von Berlin vertretenen Parteien haben eine Durschschrift dieses Schreibens erhalten.

**URGENT
ACTION**

amnesty international

2. Februar 1988 - ent

ABSCHIEBUNG

EXTERN

Großbritannien: Saravamuthu Sivakumaran, Skandarajah Vaithialingam, Nadarajah Vilvarajah, Navaratnasingham Vathanan, Vinasithamby Rasalingam, Kandiah Navaratnam

Die britischen Behörden haben Skandarajah Vaithialingam, Nadarajah Vilvarajah und Kandiah Navaratnam am 10. Februar 1988 nach Sri Lanka abgeschoben; Saravamuthu Sivakumaran, Navaratnasingham Vathanan und Vinasithamby Rasalingam wurden am 12. Februar 1988 abgeschoben.

Die sechs genannten Personen trafen zu unterschiedlichen Terminen im Zeitraum zwischen dem 13. Februar und dem 31. Mai 1987 in Großbritannien ein und beantragten Asyl. In solchen Fällen sieht die britische Gesetzgebung die Möglichkeit einer Prüfung nur aus verfahrensrechtlichen Gründen vor, nicht aber aus der materiellrechtlichen Begründetheit. Der letzte Schritt in dieser Prüfung war eine Entscheidung des Oberhauses (House of Lords), dem höchsten inländischen Gericht, vom 16. Dezember 1987 zugunsten der Behörden.

In den Augen amnesty international bedeutet die im Augenblick unbeständige Lage in Sri Lanka - und hier sind insbesondere die sowohl von den srilankischen als auch von den indischen Friedenstruppen begangenen Menschenrechtsverletzungen zu nennen -, daß der Zeitpunkt für eine sichere Rückkehr von Angehörigen der jetzt im Ausland lebenden tamilischen Bevölkerungsgruppe nach Sri Lanka noch nicht gekommen ist.

Derzeit halten sich in Großbritannien ungefähr 500 Tamilen auf, deren Asylanträge immer noch nicht entschieden sind. In Anbetracht der Zwangsabschiebung der sechs oben genannten Asylbewerber befürchtet amnesty international, die britischen Behörden könnten eventuell auch andere tamilische Asylbewerber nach Sri Lanka zurückschicken, sofern deren Asylanträge abgelehnt werden.

HINTERGRUNDFORMATIONEN

Seit 1984 wendet sich amnesty international dagegen, Tamilen gegen ihren Willen nach Sri Lanka zurückzuschicken. Die Organisation hat bislang angenommen, daß sie bei ihrer Ankunft dort grundsätzlich Gefahr liefen, Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu werden, die im Zusammenhang mit dem sich zuspitzenden Konflikt im Norden und im Osten des Landes begangen werden.

Bis zum Juli 1987 kämpften die srilankischen Regierungstruppen gegen bewaffnete tamilische Gruppen, die für einen selbständigen tamilischen Staat eintraten. Dann unterzeichnete die indische Regierung, die versucht hatte, als Vermittler zwischen den bewaffneten Tamilen und den srilankischen Behörden einzutreten, im Juli 1987 gemeinsam mit der srilankischen Regierung ein Abkommen. Das Abkommen sah u. a. die Bereitstellung einer indischen Friedenstruppe im Norden und Osten des Landes vor und ermöglichte die Freilassung von während des Konflikts inhaftierten Tamilen.

Bis auf den heutigen Tag sind viele der Bestimmungen jedoch immer noch nicht durchgesetzt worden. Mindestens eintausend Tamilen befinden sich unter Berufung auf das Gesetz zur Vorbeugung gegen den Terrorismus (PTA) immer noch in Haft, obwohl das Juliabkommen ihre Freilassung ermöglicht. Trotz einer Bestimmung innerhalb des Abkommens, den Ausnahmezustand im Norden und Osten des Landes um den 15. August aufzuheben, trifft er noch immer für ganz Sri Lanka zu. Das Abkommen sah gleichfalls die Auflösung der srilankischen "Heimwehr" (Home Guards) vor, die Meldungen zufolge gemeinsam mit der Sondereinsatztruppe für extralegale Hinrichtungen und "Verschwindenlassen" verantwortlich gemacht werden. amnesty international hat mittlerweile Daten von über 650 solcher Fälle aufgezeichnet. Trotzdem operiert die "Heimwehr" weiterhin im Osten Sri Lankas, insbesondere im Gebiet von Trincomalee.

Einige Wochen nach Unterzeichnung des Abkommens entfachten die Kämpfe zwischen bewaffneten Tamilen, die das Abkommen ablehnen, und den indischen Sicherheitstruppen im Norden und Osten des Landes wieder aufs neue. Im Osten des Landes ist es sogar zu Auseinandersetzungen zwischen der srilankischen Polizei und in dem Gebiet operierenden bewaffneten Tamilen gekommen. Im Umfeld dieser Auseinandersetzungen hat es neue Berichte über Menschenrechtsverletzungen gegeben. Sie werden den srilankischen Sicherheitskräften im Osten und Norden des Landes als auch den indischen Sicherheitskräften, die ebenfalls im Norden und Osten stationiert sind, zugeschrieben.



Diese junge Frau aus Sri Lanka tanzte am vergangenen Sonntag in einem Familiengottesdienst in der Zehlendorfer Kirchengemeinde Zur Heimat. In dem Gottesdienst wurde auf die von der Abschiebung bedrohten tamilischen Flüchtlinge aufmerksam gemacht.

Foto: Hofmann

schriften, heißt es auf dem Flugblatt, „wenn nicht eine weltweite

Neuer Vorstand

Bei den turnusmäßigen Vorstandswahlen der „Eltern- und Betroffeneninitiative gegen psychische Abhängigkeit - für geistige Freiheit“ (EBI) wurde Pfarrer Thomas Gandow zum Vorsitzenden gewählt. Gandow, der Beauftragter für Sekten- und Weltanschauungsfragen der Berliner evangelischen Kirche ist, hatte die Elterninitiative 1979 im Rahmen seiner Beratungsarbeit für betroffene Eltern und Sekten-Aussteiger ins Leben gerufen.

Zu seinem Stellvertreter wurde sein katholischer Kollege, Pater Klaus Funke, gewählt, der den Vorsitz in den letzten zwei Jahren innehatte.

Der Elterninitiative gehören nach eigenen Angaben etwa 150 Mitglieder an. Sie informiert Behörden und die Öffentlichkeit über Jugendreligionen und ähnliche problematische Gruppen und hilft Betroffenen und Aussteigern im Falle ihrer psychischen Abhängigkeit. Dafür erhält sie einen Zuschuß des Senats. Für die Öffentlichkeitsarbeit ist die EBI in der Mommsenstraße 19, Berlin 12, Tel. 324 95 75, auf Spenden angewiesen.

10. März bis 10. Juni freigestellt. Seinen ersten Gottesdienst in der Jesus-Christus-Kirche, Schwarzspechtweg 1/3, in Konradshöhe wird Schütte am Sonntag, 20. März, um 10 Uhr, halten.

Zustande gekommen ist der „Tausch“ auf Vorschlag des Windhoeker Landespropstes Wilfried J. Blank. Börner war in den vergangenen Jahren immer wieder eingeladen worden zu einem Besuch bzw. zu einem pfarramtlichen Dienst in seiner früheren Gemeinde in Windhoek. Börner war vor seiner Tätigkeit in Reinickendorf ab 1974 drei Jahre in Namibia tätig.

Börner ist 54 Jahre alt, verheiratet und hat drei Kinder im Alter zwischen dreieinhalb und sechs Jahren. Auch Schütte kommt mit seiner Frau und seinen beiden Söhnen im Alter von neun und 16 Jahren nach Berlin, wo er am Dienstag, 8. März, erwartet wird.

In Konradshöhe und Tegelort sei für die drei Monate des „Tausches“ dafür gesorgt, daß „alles so weiter geht, wie dies nötig und üblich ist“, informiert Börner die rund 3.200 Gemeindeglieder im neuesten Gemeindebrief. Die Familie Schütte werde im Pfarrhaus wohnen. Pfarrer Schütte werde einen wesentlichen Teil der Gottesdienste und Amtshandlungen übernehmen. Bei seiner

Ums Karree

„Via solis desolata“

„Trostlose Sonnenallee“ kommentierte der Musiklehrer beim Umzug seines Schülers Hans Peter Klein in die dunkle Hinterhauswohnung in Neukölln. Klein ließ sich aber davon nicht entmutigen, sondern nutzte vielmehr ein Zimmer für die wöchentlichen Proben eines sechsköpfigen Ensembles, dem er angehört und das durch den Stoßseufzer des Lehrers seinen Namen gefunden hat. Die Musiker/innen übersetzten die „trostlose Sonnenallee“ mit „Via solis desolata“ in die lateinische Sprache und hatten so eine wohlklingende Bezeichnung für ihre Gruppe gefunden.

Seit einem dreiviertel Jahr treffen sich Katharina Orgaas (1. Sopran), Petra Schild (2. Sopran), Claudia Pickart (Alt), Gernot Golberg (Tenor), Rashaan Dünndar (Gambe) und Hans Peter Klein (Laute), um ihr erstes zusammengestelltes Programm - geistliche Chormusik von Heinrich Schütz und englisches Liedgut aus dem 16. Jahrhundert - einzustudieren. Im Gottesdienst der Neuköllner Ananias-Gemeinde fanden sie Ende Februar ihren ersten öffentlichen Auftritt. Ein zweiter folgte am vergangenen Wochenende in Lübars.

Der Anfang von „Via solis desolata“ liegt in einer Kleinanzeige eines Berliner Stadtmagazins begründet, durch die sich Petra Schild und Katharina Orgaas kennenlernten. „Wir wollten die Stücke, die wir in anderen Chören gesungen haben, auch mal selbst interpretieren“, erklärt Petra Schild den Ursprungsgedanken. Die Idee sprach sich schnell herum, so daß das Ensemble bald komplett war. Musikalisch eigneten sich die sechsjährigen Leute - alle rund 25 Jahre

alt - auf Liedgut aus dem 17. Jahrhundert; vornehmlich geistliche Chormusik von rich Schütz.

Daß mit Liedzeilen wie mit Tränen säen, werde Freude ernten“ keine Mangesprochen werden und meist wehmütigen Stück Jugentlichen oft müdes nen erzeugt, ist ihnen egal. Hauptsache ist für sie, daß selbst die Musik Spaß r. Auf Kommerz und Pop-Milität können die sechs gerichten.

Sie lieben das Schlichte Musik, die ohne großen wand mit der puren Stin unterstützt von Laute und be - wiederzugeben ist. Die te, meist Psalmen aus dem Testament, werden nicht u geschrieben oder ausgesd „Sie werden durch die Mu terpretiert“, betont Petra S „Gerade durch ihre Schlic kommt das Wesentliche Tiefe, heraus. Diese L beinhalten mehr Spannun Emotionen, als wir in mod Stücken finden konnten heutige Sprache ist oft so p

Für die Zukunft plane sechs Musiker/innen scho neues Programm, daß - Blick auf englische Liebes Scherzlieder - vielleicht komödiantische Einlagen halten soll. Am 16. März allerdings zunächst noch Konzert mit dem alten Rep re statt. Ab 21 Uhr ist „Via desolata“ im „Cafe Durchl (Passionskirche) am Kreuzer Marheinekeplatz zu h

Weitere Informationen das Ensemble können e werden bei: Katharina Or Jonasstraße 25, 1 Berlin 44, fon 681 83 41. Rüdiger

Fundsache

Eine „himmlische Werbung“ für die bevorstehenden Kirchenvorstandswahlen in den vier lutherischen Kirchen in Niedersachsen die Braunschweiger Lande che einfallen lassen. Vom platz Waggum sollte ein Flugzeug starten und ein Transparent mit der Aufschrift „Kirchenvahl am 13. März“ hinter sich herziehen. Wie der Pressesprecher der Landeskirche sagte, sei der Himmel ja ein Bereich, „der uns nicht ganz fremd ist“. Wohl doch: Das Flugzeug konnte wegen schlechter Witterung nicht starten. „Der Himmel spielte nicht mit“, kommentierte der Sprecher

Fahrzeuge für Behinderte

Mit Erfindungen neue Arbeitsplätze schaffen

An der Wand der Werkstatt hängen Fahrradreifen, -gabeln und -rahmen; in einer Ecke stehen große Dreiräder und Rikschas: Im Bildungszentrum in der Kreuzberger Boppstraße werden behindertengerechte Fahrzeuge hergestellt. Das Besondere dabei: Erfinder, arbeitslose Jugendliche und Behinderte arbeiten Hand in Hand.

Ziel des Projektes Bindungen schaffen neue Arbeitsmöglichkeiten“, das im Januar '88 gestartet wurde, ist es, benachteilig-

Qualifikation zu geben. Unter Anleitung eines Fachmanns sollen sie die Ideen von Erfindern zu Prototypen - z.B. eines Behinderten-Dreirades - zusammenbauen.

Damit das Fahrzeug am Ende auch funktioniert, gut aussieht und sich somit gut verkaufen läßt, wollen sich später Studenten der Hochschule der Künste und der Technischen Universität an Design und Konstruktion beteiligen. Entstanden ist das Projekt in

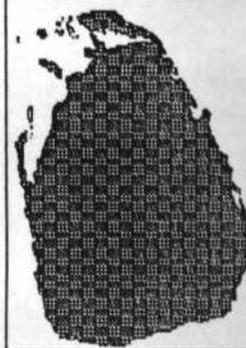
dauer „Erfinderwerkstatt Berlin“, die schon seit drei Jahren behindertengerechte Fahrzeuge entwickelt, und mit der Gesellschaft zur Förderung berufsspezifischer Ausbildung (GFBA), die auch Trägerin des Bildungswerkes in der Kreuzberger Boppstraße ist.

Ein Jahr lang fördert das Landesarbeitsamt das Projekt mit ABM-Mitteln. Fernziel des Bildungswerkes ist eine „Produktionsschule“, in der gelehrt und produziert wird und die sich durch den Verkauf ihrer Produkte

SRI LANKA MONITOR

Produced By
The British
Refugee Council

Issue No 1 February 1988



United Nations relief programme underway

OVER THREE THOUSAND Sri Lankan Tamils have returned from India to the Mannar district of the Northern Province since the beginning of the year as part of a voluntary repatriation project supervised by the office of the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR).

The programme which is one of the key provisions of the Indo-Sri Lankan Accord involves the return of over 100,000 Tamil refugees from India and a complementary movement of some 200,000 Plantation Tamils - who had earlier opted for Indian citizenship - mainly from the central highlands of Sri Lanka to Tamil Nadu.

After the signing of the Accord the Sri Lankan government invited UNHCR to visit Sri Lanka to discuss relief and rehabilitation work. UNHCR proposed an assistance for returnees and displaced persons within Sri Lanka regardless of ethnic origin.

While both UNHCR and the Sri Lankan government have been anxious to ensure effective reception facilities would be available, India has been pushing for a quick and concerted return programme.

Two weeks after the Accord, all Sri Lankan refugees

living outside the camps set up by the Tamil Nadu government - some 95,000 in all - were asked to report to the office of the District Collector with all appropriate documentation by 31 December to facilitate their return and resettlement in Sri Lanka.

India's apparent haste may have involved as many practical considerations as it has political. Sri Lankan refugees in India continue to cost New Delhi over ten million rupees a month in cash maintenance payments.

Feuding factions of Tamil militant groups such as PLOTE, TELO and ENLF have been exerting pressure on the large Sri Lankan Tamil refugee population that live on the Madras outskirts - demanding money and jewellery and demonstrating a strong paramilitary presence.

New Delhi's original rationale for a speedy repatriation programme was to help counter the allegedly systematic implantation of Sinhala settlers in areas of northern and eastern Sri Lanka.

Tamil militant groups themselves were said to be urging a swift return to the island to prevent disturbance of the ethnic balance.

But when in October the fragile peace dissolved in a welter of allegations and counter-claims, some 700 Sri Lankan Tamil refugees awaiting repatriation in the south Indian port of Tuticorin launched a vociferous protest against their deportation and their return was postponed indefinitely.

Now both India and Sri Lanka are anxious to emphasise that the much-anticipated Provincial Councils elections cannot take place until all the refugees have returned and those internally displaced are resettled.

National Security Minister Lalith Athulathmudali gave figures in parliament last month of over 150,000 people in government refugee camps in Sri Lanka out of a total of over 800,000 displaced persons on the island.

The repatriation programme from India finally got underway on 24 December last year when 250 Sri Lankan Tamil refugees left Rameshwaram for Talaimannar in an Indian frigate. They were met by UNHCR officials who have established reception facilities there.

The returning refugees after going through immigration and medical screenings, spend two to three days in the reception

See back page ...

Jaffna - the aftermath.....

ON THE SURFACE

much of Jaffna town appears to have returned to normal according to the reports of a brief guided tour given to journalists by the Indian Peace Keeping Force (IPKF) in mid-January.

While shops and offices are open a strong military presence remains. Recent first-hand reports suggest it is impossible to move more than a couple of streets without encountering a military checkpoint or a mobile patrol.

Electricity and water services have been restored, but telephone communication is restricted and travel governed by permit.

Food supplies although not critical are uncertain - prices inevitably have been affected and continue to fluctuate.

At the end of January Jaffna District Food Controller S. Patkunam said that only ten-per cent of the relief food stocks promised by the Ministry of Rehabilitation two months earlier had arrived.

The civil disobedience campaign demanded by the LTTE posters which appeared on street corners at the beginning of the year was initially unsuccessful - until the widely observed hartal or general strike which marked 26 January, India's Republic Day throughout the north and east of the island.

Government employees in Jaffna however have continued to stay away from work - and have written to President Jayawardene expressing fears for their safety.

The Jaffna Secretariat and the 13 Assistant Government Agent offices through-

out the peninsula remain closed and food supplies to co-operative stores and benefit and compensation payments have been badly affected.

The IPKF also appears to have stopped distributing food and the relief supplies which have reached Kankasanturai have not left the warehouse.

Curfew followed by intensive search-and-sweep operations in a chosen area - lasting five or six days - appears to be the present pattern of IPKF operations in many parts of the island.

Over 200 alleged LTTE militants were held in large-scale operations mounted by the IPKF in the Vadamarachchi region throughout February. A number of youths were also taken into custody after similar sweeps of Pudukutivu and Kilinochchi.

Allegations of intimidation, robbery, rape and assault continue to be made against IPKF personnel and have been widely reported in the Sri Lankan press.

Around 400 Tamils have been held in detention at the Kankasanturai hospital by the IPKF since the end of last year. These include a number of prominent journalists such as S.M. Gopalaratnam, editor of *Eelamurusu* one of the leading Tamil daily papers.

Sri Lankan troops still occupy nine military bases in the Jaffna peninsula and continue to be used to protect the IPKF main supply route between Kankasanturai and Point Pedro on the northern coast.

At the beginning of this year, the Jaffna Government Agent announced the opening

of a special police station at the Jaffna hospital where applications for compensation could be filed for damages suffered during the IPKF offensive.

These include up to Rs 2,000 for funeral expenses, Rs 2,000 for loss of income and Rs 750 for damage to property. After only a month it was announced that no more applications could be filed. Some 4,000 complaints had been received by the beginning of February.

Allegations that the IPKF killed 81 staff and patients at the Jaffna hospital and disposed of the bodies in a mass grave during the October offensive have also been widely circulated in sections of the Sri Lankan press.

One paper published an eye-witness account and a full list of the 81 casualties.

The Civil Rights Movement of Sri Lanka (CRM) and other concerned agencies within Sri Lanka and abroad have been urging the government to allow the International Committee of the Red Cross (ICRC) - who are an independent and neutral intermediary who specialise in relief to affected civilian populations - to operate in Sri Lanka.

The absence of independent observers and members of the press have made it difficult to verify what actually happened during the IPKF offensive.

Unless such independent observers are granted access it will remain difficult to ascertain what has been done since then to improve the welfare of the people of Jaffna.

Batticaloa: the war in the east

TWENTY THOUSAND Indian troops cordoned off Batticaloa and the surrounding countryside for three days in early February in a major sweep-and-search offensive against the Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE).

In a much publicised escalation of IPKF operations in the East the entire male population of the Batticaloa area was screened for suspected LTTE militants by the use of continuous curfew and a series of identity parades in the town centre.

An hour after dawn on 12 February Indian troops mounted a massive house-to-house search ordering all males - except one who was allowed to stay at home to look after the women and children - to report to a variety of assembly points.

While helicopter gunships circled overhead, some 30,000 men were paraded in front of a masked informer in a gruelling 72 hour operation.

Batticaloa's inland lagoon was heavily patrolled by air and sea, and the jungle area to the south towards Ampara was reportedly set on fire to seal off potential escape routes.

A statement issued by the Indian High Commission in Colombo said that 131 people had been detained. Four LTTE leaders were surprised the following day in a Batticaloa suburb by troops. One committed suicide by swallowing a cyanide capsule.

According to the Indian High Commissioner J.N.Dixit, a number of LTTE leaders slipped through the net and fled to Trincomalee and Vavuniya. Operations were said to be continuing there.

Reports from Batticaloa say Indian soldiers behaved in an exemplary fashion throughout the operation, distributing food to those who ran short during the curfew.

One journalist on the scene commented that the Indians, having learned the lesson of Jaffna, were clearly doing everything they could to avoid unnecessary violence.

There were however a number of casualties - most notably at Eravur where 12 suspected LTTE militants were killed in a gun-battle with IPKF forces.

Tension had been rising in the Batticaloa area throughout January, after a series of clashes between the LTTE and Tamil Muslim militia around Kathankudi.

Over 100 people were killed and houses, shops and mosques destroyed in a siege of the predominantly Muslim town by LTTE militants lasting almost two weeks.

Batticaloa remains virtually cut off from the surrounding areas. Food supplies are said to be barely adequate - distribution has been badly hit by the continued closure of the kachcheri or local government offices which supply co-operative stores and food stamps.

As a measure of the complexity of the situation - and the sway of contending powers - it was the LTTE who announced that the kachcheri would open from 17 February for one week only, to allow people to replenish vital food stocks.

Two conclusions emerge from all this. The back of the LTTE resistance is not broken and the civil disobedience campaign - effected primarily

by the intimidation of local government officers - is beginning to bite.

Other threats of just as immediate a nature hover in the background. Batticaloa - the rice bowl of Sri Lanka - is beset by drought which has decimated three successive harvests. An outbreak of rinderpest has killed over 3,000 cattle in the area.

Uncertain road and rail links and cement shortages are preventing any real rehabilitation work getting underway. Yet in the words of one observer it is the now ever-present fear of loss of life and property that has had the most devastating effect on the people of Batticaloa.

Over 2,000 people - some 890 Tamils and 1,154 Sinhalese - remain in detention without charge in Sri Lanka, government officials revealed at the end of January. The number of those detained under Emergency Regulations is not known.

The SRI LANKA MONITOR is part of an information processing service set up by the British Refugee Council to keep Sri Lankan refugees in Britain, Europe and elsewhere, informed about the current situation in their home areas.

If you have any information you wish to share, or any enquiries you wish to make regarding developments in Sri Lanka, contact:

The Sri Lanka Project
The British Refugee Council
3/9 Bondway
London SW8 1SJ

Tel: (01) 582 6922.

Britain deports six Tamils

SIX TAMILS who had applied for asylum in Britain were removed to Colombo on 10 and 12 February in spite of urgent appeals to the Home Secretary by the British Refugee Council, UNHCR and Amnesty International.

The six arrived in Britain on different dates between February and May 1987. Their applications were refused in August and September.

In such cases British law provides for review on procedural grounds only and not on the merits of the case.

A Court of Appeal ruling - asking the Home Secretary to reconsider their cases - was quashed by the House of Lords in December.

On arrival in Colombo the six were held and questioned by security forces for two or three hours and then released.

Lawyers representing four of the men in Britain

have lodged an appeal against the rejection of their asylum applications with the adjudicator of the Immigration Appeals Tribunal.

In January, Australia removed six Tamils - four to Colombo and two to India - in the face of widespread adverse publicity, as well as opposition from Amnesty International, the *Refugee Council of Australia* and UNHCR.

JVP terror

A CAMPAIGN OF TERROR unleashed by the Janatha Vimukthi Peramuna (JVP) in the south of Sri Lanka has led to a climate of fear and a rash of indiscriminate killings in the last few months.

Some 100 officials of the ruling United National Party (UNP) - including its President Harsha Abeywardene - have been killed since the Peace Accord - allegedly by JVP *subversives*.

UNHCR - from page 1
centre before being transported to their native villages where they are supplied with basic provisions and 300 rupees per family.

UNHCR's role is limited to immediate relief and initial re-integration needs in the context of a larger rehabilitation programme planned by the Sri Lankan government with the collaboration of the World Bank and other concerned agencies.

They will establish and operate reception centres at points of entry, provide transport to villages of origin and supply a relief package to cover immediate needs.

The banned Sinhalese extremist party rejected the Accord- and its merger of the Eastern Province with the Tamil-dominated Northern Province - as a *sell-out* and promised to take revenge on UNP members.

According to press reports administration in many rural areas has been seriously affected by the wholesale resignation of UNP officials who have received JVP death threats.

The government has responded by allocating 600 Home Guards or *Green Tigers*

UNHCR say over 6,000 will come back to the Mannar area out of 75,000 refugees in India who are reportedly willing to return to Sri Lanka. The present rate of repatriation is expected to rise to around 350 per week.

However the security situation in Mannar - as in all parts of the island - continues to give cause for concern. On 22 January, Mannar Government Agent MM Makbool was shot dead by unknown assailants while on his way to Talaimannar by car.

- the UNP colour is green - to each electorate and 150 to each UNP parliamentarian.

Church and community organisations have expressed concern over the continuing escalation of violence, particularly in the Matara and Hambantota Districts.

At Beliatta in late January the Special Task Force, armed police and militia stormed a JVP jungle hide-out and killed five men after a half hour gun-battle.

The bodies were displayed in front of the police station where they were doused with petrol and burned.

While the Indian government continues to assure UNHCR that there will be no forced returns from India - apart from a single visit in January - UNHCR officials have been unable to assess the situation in Tamil Nadu. However UNHCR is watching the situation closely to try and maintain the voluntary nature of return.

Sri Lankan refugees in Britain and Europe will also be paying close attention to the repatriation programme to see how it will influence the situation in their home areas.

SRI LANKA MONITOR

Produced By
The British
Refugee Council
No 2 March 1988



Lankan troops active in Trincomalee

SRI LANKAN TROOPS have been ordered into Trincomalee to assist the Indian Peace Keeping Force (IPKF) after a grim series of reprisal killings throughout the district in the last four weeks left over 100 civilians dead or injured.

Returning from talks in New Delhi on 17 March, Lands and Mahaweli Minister Gamini Disanayake confirmed that the Sri Lankan army would now be playing a major role in the east. Under the original terms of the Indo-Sri Lanka Peace Accord, the army was confined to barracks in the Northern and Eastern Provinces.

But by early March 800 Lankan troops were already patrolling the Allai-Kantalai road, where only a few days earlier 28 Sinhala civilians were killed when the lorry in which they were travelling was blown up - allegedly by an LTTE land mine.

Ministry of Rehabilitation officials had only just announced the completion of a programme for the resettlement and rehabilitation of 10,000 displaced families in the Kantalai area.

Subsequent terrorist attacks on Sinhala villages in the vicinity were to leave mounting civilian casualties - and a disturbing new wave of refugees - in their wake.

Then on 12 March, 19 Tamils - mostly Muslims - were killed when armed men in military fatigues attacked a private bus near

Horowupotana on the road to Trincomalee.

Three days later two Indian soldiers and 28 suspected militants were killed in a shoot-out at Mankulam. Among the dead was *Kandian*, the LTTE Malavi leader who had led the recent attacks on Sinhala civilian targets, security sources claimed.

Some 45 LTTE suspects were detained in Trincomalee for interrogation by the IPKF.

Talks are now said to be underway in Colombo between Indian and Sri Lankan

army officials on co-ordinating joint operations in the Northern and Eastern Provinces. Press reports have put the current IPKF strength at around 80,000 - with a 25,000 increase expected by mid-April.

A civilian source in Trincomalee claimed that many of the Tamil population would now be concerned what might happen if the IPKF were to withdraw from ethnically sensitive areas and were replaced by Sri Lankan Army forces.

Cholera in Jaffna

CONCERN IS GROWING over an outbreak of cholera in Jaffna. Despite the preventive measures adopted by the health authorities, the number of cases has risen to 60. The deaths of nine people have been reported.

Deputy Director-General of Health Services, Dr E Rajanathan told the Sri Lankan Press in the middle of March that the breakdown in communications and the continuing curfew in the North presented serious obstacles to the effective control of the disease.

Other sources suggest that an acute shortage of medical facilities, supplies and personnel in the Jaffna peninsula are more likely to be the cause of his difficulties.

The outbreak first reported in Delft has spread to Manipay, Kopay, Kayts, Chavakachcheri, Kilinochchi and Kankasanturai.

Refugee settlements in these areas are said to be particularly vulnerable because of the continuing absence of effective sanitary and medical provisions in the camps.

Eastern Front protest continues

TENSION remained high in Batticaloa last week after a Mothers Front spokesperson confirmed that their fast-unto-death campaign would continue despite the force-feeding of Mrs Annamma David and the detention of three of their leaders by the IPKF.

Mrs David, aged 58, who began her protest on 20 February, was taken to a mobile military hospital on 16 March, after her daughters claimed she was being forced to continue the fast against her will.

A chain of token sympathy fasts had already begun in the area, and after a one-day hartal in Batticaloa, Mothers Front representatives said that two new Mothers would be selected to continue the fast by *Thiru Arul Cheetu* (selection before God).

The names of volunteers would be written on slips of paper and drawn by an elderly Mother at the shrine of a deity.

The demands of the Mothers are (1) that the Indians should declare a ceasefire, (2) that the Tigers should surrender their arms, (3) that both sides should enter into immediate negotiations.

Although they are seen by the Indians as an LTTE mouthpiece, the Mothers enjoy strong popular support among many tired of the continuing see-saw of terror and violence in the East.

A large number of people have kept vigil with the fasting Mothers at the Mamankam temple over the last few weeks, many joining the fast for 24 hours.

Widespread communal clashes between Muslims and Tamils in the Kathankudi area of Batticaloa District have been narrowly averted - apparently because of reciprocal hostage-taking by the two communities.

On two occasions this month Muslims kidnapped Tamils from nearby Manjanthoduvai to enforce the release of Muslim Home Guards - allegedly held by the LTTE.

At a meeting at Batticaloa Rest House attended by Indian Army officers and Tamil and Muslim community leaders, a Tamil spokesperson claimed that many Muslim villages were in the hands of former Home Guards.

Heavily armed Indian troops moved into Kathankudi a few days later, in a bid to prevent further ethnic clashes.

Leading Muslim businessmen of Batticaloa and Kathankudi - many of whom closed their shops in protest - have pledged Rs152,000 to assist those families dislocated by the communal clashes.

A few miles south of Kathankudi in nearby Kalmunai on 12 March, the LTTE were said to have shot dead Abdul Careem, a Tamil convert to Islam and a former LTTE member.

Further north, a number of leaders of the Muslim movement *Jihad* in the Vavuniya area were reported to have been killed by unknown assailants.

■ Thirty policemen who are alleged to have run amok in Batticaloa in late February, smashing up a grocery store and injuring five people, have been transferred out of the division pending a departmental enquiry.

Air attack

Five Tamil civilians died on 1 March at Sasthrikoolankulam, Vavuniya when an Indian helicopter gunship allegedly attacked the village believing it to be a terrorist position.

General strike

A five-day hartal campaign announced by LTTE poster from 15 March caused chaos in Jaffna town. Shops and schools remained closed and transport was disrupted. Food prices have remained reasonable mainly because there has been a good harvest but not sufficient transport to export the produce from the area. Fuel is still difficult to obtain.

Elections delayed

The Homagama by-election was postponed in early March after a number of shootings in the area, allegedly by JVP hit squads. Nominations for the Provincial Council elections were also postponed in five of the nine provinces.

TULF leader killed

A. Velmurugu, Eastern Province TULF leader and Kalmunai Citizens Committee President was killed by unknown assailants last week. According to his wife he was blindfolded and abducted by gun-wielding youths in a car. His body was later found on the road near Kalmunaikudy.

Operation Vajira

The IPKF has completed a massive cordon-and-search operation code-named Vajira in the Jaffna and Kilinochchi Districts. Operations will be extended to the rest of Mullaitivu and to the Mannar and Vavuniya Districts shortly.

Displaced and Detained: the long wait for peace

LESS THAN TEN PER CENT of refugees from the Northern and Eastern provinces have so far been able to return to their homes, Lands and Mahaweli minister Gamini Dissanayake told journalists earlier this month.

The fear of terrorist attack is keeping many people away from their homes, maintained the minister. Once adequate security measures were taken to protect civilians, the refugees would be able to return.

Figures obtained from the Ministry of Rehabilitation on 1 March show 135,185 people in refugee camps or welfare centres throughout Sri Lanka, and another 672,951 registered as displaced, or receiving dry rations from the government.

The majority of the 54,000 Muslims in refugee camps are in Batticaloa District where communal tensions remain high, while most of those receiving food aid are in the Jaffna District, whose economy was shattered by the IPKF offensive.

A delegation of Indian officials has visited Vavuniya and Batticaloa Districts to assess long-term rehabilitation needs but in many areas urgent relief needs have still to be met.

The World Bank has agreed to fund a Reconstruction Programme of around US \$ 388 million (Rs 13 billion) to rebuild the economy of Sri Lanka over the next three years.

The government intends to offer a package worth up to Rs 25,000 to assist displaced families to return to their homes. An allowance of Rs 15,000 has been offered for new housing, a further Rs 4,000 for material needs

and Rs 6,000 worth of food stocks over a six-month period.

Plans now call for the Government Agent in the various districts to issue travel passes for the displaced to reach their home areas, where they will be registered for benefits. But there is concern over who is eligible for such assistance.

The package appears to be limited to those registered as displaced at Welfare Centres - perhaps only 15 per cent of the families affected.

Those who were resettled by the government in a number of areas before December 1987 - and who may have lost lands, homes and possessions - appear at the moment not to qualify for help under the scheme.

The fate of some 50,000 plantation Tamils in the Vavuniya area now encroaching on government land seems equally uncertain.

Many others may fear to return to areas still in the grip of uncertainty and violence.

A further 200 families were displaced in Vavuniya District following clashes between the LTTE and the IPKF in early March. Few Sinhalese families appear to be left in the area.

Refugees due to return to the Batticaloa District this month were advised by the Ministry of Rehabilitation to remain in Colombo until the security situation becomes more stable.

More recently, over 1,000 Muslim families fled Digawapi in Amparai District after alleged attacks on civilians by the LTTE and the Special Task Force. A relief worker in Colombo said that he hoped the Government would offer sufficient protection to those who

were to participate in the Reconstruction Programme. The Government should also introduce more flexibility into such a large-scale endeavour he maintained. *All* of those in need of assistance must be given an opportunity to rebuild their lives.

Amnesty appeal

OVER 800 Tamil political prisoners detained at Boosa and Welikade have written to President Jayewardene requesting an amnesty under the terms of the Indo-Sri Lankan Accord.

Tamil Congress General Secretary and Attorney-at-law, Mr. Kumar Ponnambalam, said that the appeal was originally undertaken by a number of detainees represented by him and was later taken up by the majority of those in custody.

Under Clause 2.11 of the Accord, the President agreed to grant a general amnesty to political and other prisoners held in custody under the Prevention of Terrorism Act and other emergency laws. Only 56 of the detainees have been convicted of any offence.

A group of five other prisoners at the New Magazine Prison, Welikade began a fast-unto-death on 17 March in protest at their continued detention.

They had sent similar letters to President Jayewardene and Indian Prime Minister Rajiv Gandhi a month earlier requesting the release of all political prisoners under Clause 2.11 of the Accord.

Influx of youth unsettles Colombo

CONCERN has been steadily mounting during the past two months over the number of youths arriving in Colombo from other parts of Sri Lanka.

There have been reports that some have come to Colombo to escape Army search operations and others to avoid the attentions of militant groups.

Colombo police have been on the alert since early February following alleged intelligence reports that a major confrontation between Tamil militant groups in the capital was imminent.

JVP subversives also continue to mount sporadic operations in the city. The police are often uncertain where to lay the blame.

People visiting the capital - particularly from the North and East - have been advised to go with their identity cards and register at the nearest police station giving details of their accommodation arrangements in Colombo.

While this is a necessary safeguard, apparently it has not prevented young men suffering police harassment especially in the sensitive Bambolapitiya and Weliwatte districts of the city.

There was another large influx of youth into these areas just before the well-advertised IPKF offensive in Batticaloa last month.

In the Borella police area more than 5,000 census forms have been issued to local people asking them to fill in details concerning occupation, dependents and relatives.

A number of newspapers have pointed out that many young people are reluctant to

register with the police due to the continuing climate of mutual suspicion.

The problem is often aggravated by language difficulties due to the lack of Tamil-speaking police officers.

Community leaders have called for the appointment of more Tamil officers to attempt to defuse a situation that is becoming increasingly serious.

The SRI LANKA MONITOR is part of an information processing service set up by the British Refugee Council to keep Sri Lankan refugees in Britain, Europe and elsewhere, informed about the current situation in their home areas.

If you have any information you wish to share, or any enquiries you wish to make regarding developments in Sri Lanka, contact:

The Sri Lanka Project
The British Refugee Council
3/9 Bondway
London SW8 1SJ
Tel: (01) 582 6922.

Supported by the London Boroughs Grants Scheme and British voluntary agencies.

Pressure mounts on JVP

SOME 323 known members of the proscribed Janatha Vimukthi Peramuna (JVP), described by the police as hardcore subversives, were arrested throughout the island in March.

Hundreds of other suspected JVP cadre members were also taken into custody in a major police operation.

In a press communique Police Headquarters said the arrested included seven Central Committee members as well as a number of District organisers and propaganda and weapons experts.

Two weapons factories manufacturing Galkattas or home-made pistols were allegedly discovered close to Weligama in Matara district.

In the last few days however, nine people were injured in a bomb attack on a council meeting in Matara on the south coast and two officials of the United National Party were reported killed by gunmen in Kalutara District. Both attacks were

blamed on the JVP, whose assassination campaign is said to be continuing despite the round-ups.

Seven political parties last week submitted a memorandum to President Jayewardene requesting him to lift the proscription on the JVP unconditionally to enable it to participate in the democratic political process.

The parties - of whom the Sri Lanka Freedom Party (SLFP) is the most prominent - also called for the unconditional lifting of the proscription on Trade Unions and student organisations.

Outlining an eight point programme, demands were also made to stop further arbitrary arrests and killings, to set up a Human Rights Commission of representatives of all recognised political parties, and to dissolve ad hoc paramilitary institutions such as Home Guards, National Auxiliary Force, National Task Force and the Special Task Force.

REFUGEES THROUGHOUT SRI LANKA

Official figures tell the sad story

DISPLACED FAMILIES AND PERSONS AS AT 22.01.1988 (IN WELFARE CENTRES)

District	No. of Centres	ETHNIC GROUPS						TOTAL	
		SINHALESE		TAMILS		MUSLIMS		No. of Families	No. of Persons
		No. of Families	No. of Persons						
1. COLOMBO	02	123	448	—	—	—	—	123	448
2. KURUNEGALA	01	98	404	—	—	—	—	98	404
3. AMPARAI	02	—	—	288	1,296	—	—	288	1,296
4. ANURADHAPURA	11	506	2,167	—	—	331	1,737	837	3,904
5. MATARA	02	150	800	—	—	—	—	150	800
6. MATALE	07	327	1,397	—	—	92	417	419	1,814
7. BATTICALOA	29	135	426	11,792	49,919	9,960	40,726	21,887	91,071
8. TRINCOMALEE	28	1,123	4,623	3,412	15,631	2,461	11,796	6,996	32,050
9. POLONNARUWA	08	—	—	—	—	2,923	13,153	2,923	13,153
10. VAVUNIYA	06	09	30	143	571	—	—	152	601
11. MULLAITIVU	01	—	—	340	1,515	—	—	340	1,515
TOTAL	97	2,471	10,295	15,975	68,932	15,767	67,829	34,213	147,056

DISPLACED FAMILIES AND PERSONS OUTSIDE ON DRY RATIONS AS AT 22.01.1988

District	ETHNIC GROUPS						TOTAL	
	SINHALESE		TAMILS		MUSLIMS		No. of Families	No. of Persons
	No. of Families	No. of Persons						
1. COLOMBO	348	1,814	647	5,297	250	1,431	1,245	8,542
2. NUWARA ELIYA	529	2,380	—	—	—	—	529	2,380
3. AMPARAI	145	652	—	—	32	144	177	796
4. ANURADHAPURA	194	973	—	—	—	—	194	973
5. MATARA	1,172	5,336	—	—	—	—	1,172	5,336
6. PUTTALAM	248	1,116	77	32	562	2,529	817	3,677
7. MATALE	504	2,975	—	—	201	689	705	3,664
8. GAMPAHA	1,642	8,187	425	1,958	28	101	2,095	10,246
9. TRINCOMALEE	546	2,384	—	—	—	—	546	2,384
10. POLONNARUWA	125	725	—	—	1,668	8,304	1,793	9,029
11. GALLE	259	1,350	—	—	—	—	259	1,350
12. HAMBANTOTA	500	2,329	—	—	—	—	500	2,329
13. KALUTARA	167	755	—	—	—	—	167	755
14. KURUNEGALA	433	2,108	—	—	—	—	433	2,108
15. KANDY	575	2,875	—	—	—	—	575	2,875
16. VAVUNIYA	—	—	5,597	33,815	—	—	5,597	33,815
17. MULLAITIVU	—	—	9,727	41,462	—	—	9,727	41,462
18. JAFFNA	—	—	120,000	500,000	—	—	120,000	500,000
19. KILINOCHCHI	—	—	4,080	16,000	—	—	4,080	16,000
20. MANNAR	—	—	1,478	6,651	—	—	1,478	6,651
TOTAL	7,198	34,986	141,961	605,215	2,775	13,402	151,929	654,372

EINGEGANGEN

8. Feb. 1988

Erl.....

Länderaufzeichnung Sri Lanka

Stand: 01. März 1987

aktueller Stand:

21.01.88

A. Datenübersicht

- a) Ländername: Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka
(Democratic Socialist Republic of Sri Lanka)
- b) Klima: Äquatorial, feuchtheiß
- c) Lage: Im Schnittpunkt des 7. Grades nördlicher Breite
mit dem 8. Grad östlicher Länge
- d) Größe: 65.610 qkm (etwa wie Bayern)
- e) Hauptstadt: offiziell: Sri Jayewardenepura - Kotte (ca. 100000 E)
de facto: Colombo (ca. 580000 E)
- f) Bevölkerung: 15,4 Millionen,
davon: 74,0 v.H. Singhalesen
18,2 v.H. Tamilen: 12,6 v.H. Jaffna-Tamilen
5,6 v.H. Indien-Tamilen
7,1 v.H. Ceylon Moors
0,7 v.H. andere
Wachstumsrate: 1,7 %
- g) Landessprache(n): Nationalsprachen sind Singhalesisch und Tamilisch;
Amtssprache ist Singhalesisch;
Englisch hat keinen verfassungsmäßigen Status,
ist aber de facto eine Landessprache.
- h) Religion(en): Buddhismus, Hinduismus, Islam,
christliche Glaubensgemeinschaften
- i) Nationaltag: 04. Februar (Unabhängigkeitstag)
- j) Unabhängigkeit: 04. Februar 1948
- k) Regierungsform: Präsidialrepublik parlamentarisch - demokratischer
Ordnung
- l) Staatsoberhaupt und Regierungschef: Präsident Junius Richard Jayewardene, seit 1978
Vertreter: kein offizieller Vertreter,
in der Regel wird der Präsident vom
Ministerpräsidenten vertreten
- m) Ministerpräsident: R. Premadasa, UNP
- n) Außenminister: A. C. S. Hameed, UNP

- o) Parlamentspräsident: E. L. Senanayake, UNP
("Speaker")
- p) Regierungsparteien: UNP (United National Party): 143 Abgeordnete
CWC (Ceylon Workers Congress): 1 Abgeordneter
- q) Opposition: SLFP (Sri Lanka Freedom Party): 7 Abgeordnete
CP (Communist Party): 1 Abgeordneter
MEP (People's United Front): 1 Abgeordneter
- Im Parlament nicht vertreten sind:
TULF (Tamil United Liberation Front)
ausgeschieden Nov. 1983; bis dahin vertreten durch
16 Abgeordnete
- Tamil Congress
LSSP (Trotzkistische Partei)
JVP (linksextreme Partei, verboten)
SLMP (abgespalten von der SLFP)
NLSSP (abgespalten von der LSSP)
- r) Gewerkschaften: ca. 1.200 registrierte Einzelgewerkschaften.
(nach englischem System) Die Mehrheit von ihnen ist in folgenden Verbänden
zusammengefaßt:
- Jathika Sevaka Sangamaya (geführt von c. Mathew);
- Lanka Jathika Estate Workers Union (geführt von
Minister G. Dissanayake);
- Ceylon Workers Congress (vom tamilischen
Minister Thondaman geführt);
- Ceylon Federation of Labour (links-orientiert);
- National Employees Union (ungebunden);
- Sri Lanka Independent Trade Union Federation
(Zusammenschluß kleiner Gruppen)
- s) Mitgliedschaft in VN (seit 1948) und Sonderorganisationen,
internationalen Commonwealth,
Organisationen: SAARC (South Asian Association of Regional Cooperation)
- t) Wichtigste Medien: SLBC (Sri Lanka Broadcasting Corporation), staatlich
SLRC (Sri Lanka Rupavahini Corporation)
(Fernsehen, "1. Kanal"), staatlich
I.T.N. (Independent Television Network, "2. Kanal")
in Staatsbesitz
englischsprachige Tageszeitungen:
Daily News, Daily Observer/Sunday Observer (offiziös)
Sun/Weekend (unabhängig); The Island (unabhängig)
daneben Blätter in den Vernekularsprachen mit z.T.
beträchtlicher Verbreitung
- u) Zahl der ansässigen ca. 300, davon ca. 190 Wirtschaftsfachkräfte,
Deutschen: TH-Experten

B. Informationen zu den Bereichen Innen-, Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Kulturpolitik sowie Stand der bilateralen Beziehungen:

- Geschichtliche Daten

Die überlieferte Geschichte Sri Lankas beginnt mit der Einwanderung des nordindischen Prinzen Vijaya und seines Gefolges im 5. Jahrhundert v. Chr. Die Einwanderer vermischten sich mit der einheimischen Urbevölkerung zum Stamm der Singhalesen. Vom hohen Kulturstand Alt-Ceylons zeugen die heute in Ruinen liegenden einstigen Hauptstädte Anuradhapura (etwa bis zum 11. Jahrhundert) und Polonnaruwa (bis zum 14. Jahrhundert). Nach der Aufgabe Polonnaruwas als Hauptstadt bildeten sich mehrere Teilkönigreiche, von denen das Kandys bis zur Übernahme durch die Engländer im Jahre 1815 Bestand hatte.

1505 begann die portugiesische Kolonialherrschaft, die sich jedoch nur auf den Küstenstreifen erstreckte. 1658 wurden die Portugiesen durch die Holländer abgelöst, die wiederum ab 1796 den Engländern weichen mußten. Seit 1815, nach der Übernahme des Königreichs Kandy, waren die Engländer Herren der ganzen Insel Ceylon.

1931 gaben die Engländer der Kronkolonie Ceylon eine erste Verfassung und führten das allgemeine Wahlrecht (Franchise) ein, nach dem im gleichen Jahr ein Staatsrat (Parlament) gewählt wurde. Am 04.02.1948 wurde Ceylon innerhalb des Commonwealth in die Unabhängigkeit entlassen. Am 22.05.1972 wurde Ceylon unter der damaligen Volksfrontregierung Frau Bandaranaike Republik und gab sich den Namen Sri Lanka. Es nennt sich seit dem 07.09.1978 mit Inkrafttreten der neuen Verfassung offiziell "Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka".

- Innenpolitik

Nach der Unabhängigkeit entwickelte sich ein funktionierendes demokratisch-parlamentarisches System. UNP und SLFP stellten bisher in regelmässigem Wechsel die Regierung. Das politische Bewußtsein der Bevölkerung ist stark ausgebildet.

Im Juli 1977 erlitt die damalige Volksfrontregierung unter Frau Bandaranaike eine vernichtende Niederlage. Begünstigt durch das Mehrheitswahlrecht erreichte die UNP im Parlament eine 5/6-Mehrheit und übernahm, unter der Führung von Junius Richard Jayewardene, die Regierung. Der "Sozialismus" der Ära Bandaranaike wurde durch ein liberales Wirtschaftssystem westlicher Prägung ersetzt.

Durch die Verfassung von 1978 wurde Sri Lanka Präsidialdemokratie. Der Präsident wird vom Volk direkt gewählt. In vorgezogenen Präsidialwahlen im Oktober 1982 wurde Jayewardene mit 52,9 v.H. der abgegebenen Stimmen für weitere sechs Jahre in seinem Amt bestätigt. Ein anschließender Volksentscheid verlängerte mit 54,6 v.H. die Amtszeit des Parlaments bis August 1989. Bei den kommenden Wahlen soll das bisher geltende strenge Mehrheitswahlrecht durch ein modifiziertes Verhältniswahlrecht ersetzt werden.

Gegensätze zwischen der Mehrheit der Singhalesen (74 v.H.) und der Minderheit der Tamilen (18 v.H.) haben seit der Unabhängigkeit mehrfach (1958, 1977, 1981 und 1983) zu blutigen Unruhen geführt. Im Juli 1983 kam es nach einem Anschlag tamilischer Separatisten auf eine Polizeistreife im Norden zu einem landesweiten Pogrom, dem ca 2.000 Tamilen zum Opfer fielen. Seitdem haben die Auseinandersetzungen zwischen den in mehrere Gruppen zersplitterten tamilischen Separatisten und den Sicherheitskräften im Norden und Osten des Landes zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen geführt. Verschiedene Verhandlungsangebote der Regierung mit Vorschlägen für eine begrenzte Autonomie der Provinzen und auch die indischen Vermittlungsbemühungen haben bisher nicht zu einer Einigung und Befriedung des Landes geführt.

- Außenpolitik

Die Regierung Jayewardene verfolgt in der Außenpolitik eine Linie der gemäßigten Blockfreiheit. "Freundschaft mit allen, Bündnis mit keinem" ist das Leitwort. Das Land unterhält mit allen Nachbarländern sowie den bedeutenden Mächten gute Beziehungen. Die Beziehungen zu den USA sind betont freundlich, die zu Großbritannien eng; der freiheitlichen Ideologie des Westens steht Sri Lanka näher als dem Sozialismus östlicher Prägung. Entsprechend sind die Beziehungen zur UdSSR und ihren Verbündeten korrekt, aber nicht sehr eng. Mit China bestehen gute Beziehungen, ebenso mit Pakistan. Zu Indien, dem großen Nachbarn, besteht ein ambivalentes Verhältnis.

In internationalen und regionalen Organisationen arbeitet Sri Lanka aktiv mit.

- Sicherheitspolitik

Sri Lanka gibt jetzt annähernd 15 % des Haushalts für Verteidigung aus. Die Streitkräfte umfassen etwa 35.000 Mann. Sie sind in den letzten Jahren erheblich verstärkt worden, um der innenpolitischen Herausforderung durch die tamilischen Separatisten begegnen zu können. Es gibt keine allgemeine Wehrpflicht. Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist der Staatspräsident, der gleichzeitig Verteidigungsminister ist.

Die interne Sicherheitslage ist wegen des ethnischen Konflikts prekär. Armee- und Polizeikräfte sind im tamilischen Norden und in den gemischt besiedelten östlichen Landesteilen in mit zunehmender Erbitterung geführte Kämpfe mit tamilischen Separatisten verwickelt.

- Wirtschaft

a) Steigende Aufwendungen für den Bürgerkrieg im Norden und Osten, verschlechterte Terms of Trade (um 23 % gegenüber 1984), Rückgang der Einnahmen und Investitionen verlangsamten den wirtschaftlichen Fortschritt und gefährden die finanzielle und wirtschaftliche Stabilität des Landes. Trotzdem konnten 1985 (wohl auch 1986) größere Rückschläge vermieden werden.

b) BSP und wichtigste Wirtschaftszweige

Zuwachsrate des BSP 1985 betrug 5,3 % (1984: 5,1 %, geschätzt 1986: etwa 4,5 %). Beitrag zum BSP 1985: Landwirtschaft 26,6 % (Reis, Kokosnüsse, Kautschuk, Tee), verarbeitende Industrie (Textilien, Edelsteine, Petroleumprodukte etc.) 15,2 %, Dienstleistungen (inkl. Verkehr, Handel, Banken u.a.) 48,4 %.

c) Ausfuhr (1985)

36,2 Mrd. SLRs (1984: 37,3 Mrd. Rs, z.Vgl.: 1. Hj. 1985: 15,7 Mrd. Rs, 1. Hj. 1986: 14,9 Mrd. Rs). Exporte in BR Deutschland: 1,9 Mrd. Rs (1984: 1,8 Mrd. Rs, z.Vgl. 1. Hj. 1985: 862,8 Mio Rs, 1. Hj. 1986: 1,03 Mrd. Rs). Reihenfolge wichtigster Abnehmerländer: USA, GB, BR Deutschland, Japan, NL, VAR, Irak, Saudi Arabien.

d) Einfuhr (1985)

52,9 Mrd. SLRs (1984: 47,5 Mrd. Rs, z.Vgl.: 1. Hj. 1985: 23,3 Mrd. Rs, 1. Hj. 1986: 24,7 Mrd. Rs). Importe aus der BR Deutschland: 2,67 Mrd. Rs (1984: 2,24 Mrd. Rs, z.Vgl.: 1. Hj. 1985: 1,14 Mrd. Rs, 1. Hj. 1986: 1,16 Mrd. Rs). Reihenfolge wichtigster Lieferländer: Japan, Saudi Arabien, Iran, USA, BR Deutschland, GB, Indien.

c/d) Außenhandelsbilanz (1985)

1985: Defizit - 16,7 Mrd. Rs (1984: - 10,2 Mrd. Rs, z.Vgl.: 1. Hj. 1985: 7,6 Mrd. Rs, 1. Hj. 1986: 9,8 Mrd. Rs), geschätzt für 1986 auf über 20 Mrd. Rs; mit BR Deutschland 1985: - 770 Mio Rs, 1. Hj. 1986: nur - 130 Mio Rs.

e) Wichtigste Ausfuhrsgüter (1985)

Landwirtschaftliche Produkte 52 % (Tee 33 % - für 1986 Rückgang Exporteinnahmen um ca. 25 % zu erwarten, Kokosnüsse 8 %, Kautschuk 7 % u.a.), Industrieerzeugnisse 39 % (Textilien 22 %, Petroleumprodukte 11 % u.a.), Edelsteine 2 %.

f) Wichtigste Einfuhrsgüter (1985)

Konsumgüter 27 % (Nahrungsmittel/Getränke 11,2 %, Textilien 7,2 %), Erdöl 20,8 %, Maschinen u. Ausrüstungen, Verkehr 13,7 %, Düngemittel, Chemikalien 4,7 %, Weizen 5,2 %.

g) Staatshaushalt

Der Haushalt 1986 (rev. im Nov. 1986) weist mit 69,2 Mrd. Rs. Ausgaben und 40,5 Mrd. Rs Einnahmen Defizit von 28,67 Mrd. Rs aus (6,2 Mrd. Rs mehr als im HH-Voranschlag), das aus ausländischen (10 Mrd. Rs) und inländischen (8,5 Mrd. Rs) Krediten, EZ-Zuschüssen (grants) und Bankanleihen (5,2 Mrd. Rs) gedeckt werden muß.

Der HH-Voranschlag für 1987 sieht Ausgaben in Höhe von ca. 70 Mrd. Rs und Einnahmen von 44 Mrd. Rs vor; das Defizit von ca. 26 Mrd. Rs soll aus ausländischen (11,1 Mrd. Rs) und inländischen Krediten (7,5 Mrd. Rs), ausländischen Zuschüssen (4,1 Mrd. Rs, Steigerung um 800 Mio Rs ggü. 1986) und Bankanleihen gedeckt werden.

Infolge jahrelanger HH-Defizite und umfangreicher EH-Projekte betrug die Staatsverschuldung Ende 1985 ca. 130,9 Mrd.Rs (24,9 Mrd.Rs = 24 % mehr als Ende 1984), davon 63,2 Mrd.Rs Inlands- und 67,7 Mrd.Rs Auslandsschulden. Die Schuldendienst-rate (im Verhältnis zu Einnahmen aus Waren- und Dienstleistungs-export) betrug 1985 nach amtl. Angaben 22,3 %, für 1986 wird mit 26-27 %, für 1987 mit über 30 % gerechnet.

Der Anstieg des Verbraucherpreisindexes betrug 1985 1,5% und wird für 1986 auf mindestens 6-7 %, für 1987 auf über 10-12 % geschätzt.

Die Einnahmen aus dem Tourismus gingen von 2,7 Mrd. Rs 1984 auf 1,88 Mrd.Rs im Jahre 1985 zurück (von 104,9 US-\$ auf 68,6 Mio US-\$). 1986 dürften Einnahmen unter 1,5 Mrd.Rs /Mio/ liegen.

h) Verkehr

<u>Eisenbahn</u>		<u>Schifffahrt</u>	
Strecke	1.944 km	Seeschiffe	14
Personenkilometer	2,1 Mrd.	NRT	39.205
Tonnenkilometer	247,1 Mio	Hafenumschlag	6,33 Mio t
<u>Staatl. Omnibusgesellschaft</u>		<u>Straßenverkehr</u>	
Verkehrsleistungen	390 Mio km	Straßen	25.308 km
Personenkilometer	9,6 Mrd.	Kfz	283.500

Wechselkursentwicklung (100 Rs = ...)

	<u>1984</u>	<u>1985</u>	<u>1986</u>	
US-\$	3,80	3,65	3,57	(28,0173)
DM	11,78	9,00	7,97	
SZR	3,88	3,33	3,04	(32,8993)

- Kulturpolitik

Gute Allgemeinbildung dank eines entwickelten Schul- und Hochschulsystems. Niedrige Analphabetenrate von ca. 17 v.H. Neben den Nationalsprachen Singhalesisch und Tamilisch ist Englisch als Verkehrssprache, z.T. auch als Muttersprache, allgemein verbreitet.

Rundfunk und Fernsehen sind staatlich und folgen weitestgehend den von der Regierung (Ministry of State) vorgegebenen Direktiven. Programme, soweit sie nicht von der Regierung politisch bestimmt werden, sind größtenteils kommerziell ausgerichtet.

Eine Zensur findet nicht statt. Die Regierung verfügt mit dem Lake House-Konzern, der eine Reihe von Blättern in Englisch, Singhalesisch und Tamil herausgibt, über einen einflußreichen Meinungsbildner. Die unabhängigen Zeitungen äußern sich zum Teil erstaunlich kritisch, üben jedoch in bestimmten Bereichen eine Art freiwilliger Selbstzensur, um Sanktionen, vor allem finanzieller Art, von Seiten der Regierung zu vermeiden.

Die gesellschaftlichen Gruppen sind rassisch, religiös und berufständisch bestimmt.

Besonderes Augenmerk wird auf die Bewahrung der buddhistischen Tradition verwandt.

- 7 -

Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland

a) politisch

Die bilateralen deutsch-srilankischen Beziehungen sind ausgezeichnet.

Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der führenden Geberländer für Entwicklungshilfe für Sri Lanka. Besuche srilankischer Minister in Deutschland und umgekehrt sind selten. Zuletzt besuchte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Warnke, im November 1982 das Land und nahm als Ehrengast an der Feier zum Beginn der Bauarbeiten am Randenigala-Projekt teil. Dieser Staudamm (550 m Länge, 122 MW) wurde im August 1986 termingerecht in Betrieb genommen (deutscher Kapitalbeitrag 400 Mio DM). Am Folge-Staudamm Rantembe (55 MW), mit 230 Mio DM deutschem Kapital, wurden die Bauarbeiten im Januar 1987 aufgenommen.

b) wirtschaftlich

Wichtigste Wirtschaftsabkommen

Handelsabkommen	(1955, 1958)
Kapitalschutzabkommen	(1963, ratif. 1966)
Rahmenabkommen über technische Zusammenarbeit	(1973)
Abkommen über Luftverkehr	(1973)
Doppelbesteuerungsabkommen	(1979, ratif. 1982)

Technische Zusammenarbeit

Auf den Gebieten der technischen und landwirtschaftlichen Ausbildung, des Transportwesens, der Wasserversorgung, Viehzucht und Düngemittelverteilung; zur Zeit 51 Experten, Gesamtwert bis Ende 1986 290 Mio DM.

Finanzielle Zusammenarbeit

Insgesamt 901 Mio DM

Wichtigste Projekte

Staudamm und Kraftwerkprojekte Randenigala und Rantembe	400 Mio DM
	230 Mio DM
Warenhilfe (1966-1984)	207 Mio DM
Düngemittelfabrik (1974-1979)	66 Mio DM
Papierfabrik (1967-1975)	53,5 Mio DM
Zementfabrik (1962)	32 Mio DM
Bewässerungsvorhaben Kirindi Oya (1979)	26 Mio DM

c) kulturell

Deutsche Religions- und Sprachwissenschaftler haben wertvolle Forschungsbeiträge geleistet, die in Sri Lanka in hohem Ansehen stehen. Sie bestimmen das hohe kulturelle Ansehen Deutschlands in Sri Lanka.

Das Deutsche Kulturinstitut in Colombo (Zweigstelle des Goethe-Instituts) vermittelt in Sprachkursen, mit Vorträgen, Seminaren, Filmen, Ausstellungen, Konzerten usw. die gut besucht werden, ein realistisches Bild des neueren Deutschland sowie unserer traditionellen Kultur. Darüberhinaus fördert das Kulturinstitut srilankische Künstler und bereichert das kulturelle Leben der Hauptstadt mit Ausstellungen, Konzerten und Filmvorführungen. In Colombo und Kandy bestehen deutsch-srilankische Gesellschaften mit insgesamt ca. 600 Mitgliedern.

Die Universitäten Mainz und Peradeniya haben eine wissenschaftliche Zusammenarbeit vereinbart. Der DAAD und die Alexander von Humboldt-Stiftung verleihen regelmäßig Stipendien. Im Rahmen der Kulturhilfe fördert die Bundesrepublik die Restaurierung einer monumentalen Bodhisattva-Statue. Ein gemeinsames Grabungsprojekt befindet sich in der Planung.

Liste der Staaten und Organisationen, zu denen Sri Lanka
diplomatische bzw. konsularische Beziehungen unterhält

(mit + gekennzeichnete Staaten/Organisationen haben Vertretung in Colombo)

Stand: 01. März 1987

- | | |
|---------------------------|-----------------------|
| + Ägypten | + Malediven |
| Afghanistan | Marokko |
| Albanien | Mauritius |
| Argentinien | Meyiko |
| Äthiopien | Mongolei |
| + Australien | Navis/St. Christopher |
| + Bangladesh | Nepal |
| Belgien | Neuseeland |
| Brasilien | + Niederlande |
| + Bulgarien | Nigeria |
| + Burma | + Norwegen |
| + China | Österreich |
| Dänemark | + Pakistan |
| + DDR | Panama |
| + BR Deutschland | + Philippinen |
| + Finnland | + PLO |
| + Frankreich | + Polen |
| Ghana | Portugal |
| Griechenland | + Rumänien |
| + Großbritannien | Sambia |
| Guyana | Saudi-Arabien |
| + Heiliger Stuhl | + Schweden |
| + Indien | + Schweiz |
| + Indonesien | Senegal |
| + Irak | Singapur |
| + Iran | Somalia |
| + Italien | Spanien |
| + Japan | Sudan |
| Jordanien | Syrien |
| + Jugoslawien | + Thailand |
| + Kanada | Trinidad und Tobago |
| Katar | + Tschechoslowakei |
| Kenia | Tansania |
| + Korea (Süd) | Tunesien |
| Korea (Demokr. Volksrep.) | Türkei |
| + Kuba | + UdSSR |
| Kuwait | Uganda |
| Laos | Ungarn |
| Libanon | + USA |
| + Libyen | Vietnam |
| + Malaysia | Zaire |
| | Zypern |

Durch Honorarkonsuln vertreten: Dominikanische Republik
Island
Liberia
Peru
Togo

Interessenvertretung: Israel (der US-Botschaft angegliedert)

Vertretungen internationaler Organisationen

UNDP mit VN-Informationszentrum
Welternährungsprogramm
VN-Bevölkerungsfonds
UNIDO
FAO
UNICEF
ILO
WHO
IMF
Weltbank
Welttourismus-Organisation (Südasien-Büro)
Colomboplan-Büro

Kabinetts der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka*)

Stand: ~~01.03.1987~~
21.01.1988

Premierminister	R. Premadasa
Minister für kommunale Verwaltung, Wohnungsbau und Bauwesen	Premierminister R. Premadasa
Minister für Straßenbau	Premierminister R. Premadasa
Minister für zivile Notstandsverwaltung	Premierminister R. Premadasa
Minister für Wiederaufbau	Staatspräsident J. R. Jayewardene
Minister für Verteidigung	Staatspräsident J. R. Jayewardene
Minister für Plandurchführung	Staatspräsident J. R. Jayewardene
Minister für Entwicklung der staatlichen Janatha-Plantagen	Staatspräsident J. R. Jayewardene
Minister für Staatsplantagen	Staatspräsident J. R. Jayewardene
Minister für Hochschulwesen	Staatspräsident J. R. Jayewardene
Minister für Elektrizität und Energie (<i>gewinnung</i>)	Staatspräsident J. R. Jayewardene <i>P. Dayaratne</i>
Minister für innere Sicherheit	Staatspräsident J. R. Jayewardene
Minister für nationale Sicherheit	Lalith Athulathmudali
Minister für öffentliche Verwaltung	Montague Jayawickreme
Minister für Plantagenindustrie	Montague Jayawickreme
Minister für Sozialwesen	N. H. Asoka M. Karunaratne
Minister für kulturelle Angelegenheiten	E. L. B. Hurulle
Minister für Verkehrswesen und mohammedanische Angelegenheiten	M. H. Mohamed
Minister für privaten Omnibusverkehr	M. H. Mohamed
Minister für Sicherheit der Handels- und Industrieunternehmen	M. H. Mohamed
Minister für landwirtschaftliche Entwicklung und Forschung	Gamani Jayasuriya <i>D.B. Wijetunge</i>
Minister für Ernährung und Genossenschaften	Gamani Jayasuriya

*) Alle Kabinettsmitglieder (mit Ausnahme von S.Thondaman, Ceylon Workers Congress - CWC -) gehören der United National Party (UNP) an.

Minister für ländliche Entwicklung	Frau Wimala Kannangara
Minister für Arbeit	P. C. Imbulana
Minister für Gesundheitswesen	Dr. Ranjith Atapattu
Minister für Frauenangelegenheiten und Lehrkrankenhäuser	Frau Sunethra Ranasinghe <i>S. S. Abeysondere</i>
Minister für Post- und Fernmeldewesen	D. B. Wijetunga
Minister für Textilindustrie	Wijayapale Mendis
Minister für Auswärtige Angelegenheiten	A. C. S. Hameed
Minister für Inneres	K. W. Devanayagam <i>M. H. M. Naina Marikar</i>
Minister für Finanzen und Planung	Ronald J. G. de Mel
Minister für Ländereien und Ländereientwicklung	Gamini Dissanayake
Minister für das Mahaweli-Großprojekt	Gamini Dissanayake
Minister für parlamentarische Angelegenheiten und Sport	M. Vincent Perera
Minister für Handel und Schifffahrt	M. S. Amarasiri
Minister für Industrie und wissenschaftliche Angelegenheiten	N. Denzil Fernando
Minister für Justiz	Dr. Nissanka Wijeyeratne
Minister für Fischereiwesen	Festus Perera
Minister für ländliche Industrieentwicklung	S. Thondaman
Minister für Jugend und Beschäftigung	Ranil Wickremasinghe
Minister für Erziehung	Ranil Wickremasinghe
Minister für Information, Rundfunk und Fremdenverkehr	Dr. Anandatissa de Alwis
Minister für regionale Entwicklung und hinduistische Angelegenheiten	C. Rajadurai
Minister ohne Geschäftsbereich	M. A. Bakeer Markar
<u>Minister ohne Kabinettsrang</u>	
Minister für Kokosnussindustrie	Harold Herath
Minister für Schuldienste	Lionel Jayatilleke
Minister für einheimische Medizin	W. J. M. Lokubandara

Anlage 3

Missionschefs

a) in Sri Lanka

Dr. Georg Ahrens	(Gesandter ab 03.12.1953)
Dr. Theodor Auer	(Botschafter ab 08.03.1956)
Dr. Herbert Schwörbel	(Botschafter ab 07.04.1964)
Franz-Josef Hoffmann	(Botschafter ab 02.05.1968)
Dr. Hildegunde Feilner	(Botschafterin ab 21.09.1973)
Dr. Dr. Heribert Wöckel	(Botschafter ab 06.10.1977)
Dr. Gerhard Pfeiffer	(Botschafter ab 26.10.1981)
Hans Michael Ruyter	(Botschafter ab 04.08.1986)

b) in der Bundesrepublik Deutschland

S. P. Wickremasinghe	(ab 04.01.1956)
Benjamin Franklin Perera	(Botschafter ab 15.06.1961)
Glenville Sextus Peiris	(Botschafter ab 05.08.1965)
Leelaratne Jayasinghe Walpita	(Botschafter ab 10.11.1969)
Arthur R. Ratnavala	(Botschafter Aug.72 bis Dez.74)
Christopher W. Pinto	(Botschafter ab Febr. 1976)
Frau Lakshmi Naganathan	(Botschafterin ab Juli 1980)
Tissa Jayakoddy	(Botschafter ab Januar 1984)
Stanley Jayaweera	(Botschafter ab Mai 1985)

Anlage 4

Staatsbesuche und Besuche wichtiger Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen

- a) Regierungschefs
- | | |
|--|-------------------|
| Bundeskanzler <u>Dr. Kurt-Georg Kiesinger</u> | v. 24.-26.11.1976 |
| Ministerpräsident <u>Sir John Kotalawala</u> | v. 14.-16.02.1955 |
| Ministerpräsident <u>Dudley Senanayake</u> | v. 27.-29.03.1966 |
| Ministerpräsidentin <u>Sirimavo Bandaranaike</u> | v. 09.-16.09.1974 |
- b) Besuche wichtiger deutscher Persönlichkeiten in Sri Lanka
- | | |
|---|------|
| Wirtschaftsminister <u>Prof. Dr. Ludwig Erhard</u> | 1958 |
| Bundesminister von <u>Merkatz</u> | 1961 |
| Staatssekretär <u>Lahr</u> | 1965 |
| Parlamentarische Staatssekretärin <u>Frey</u> | 1970 |
| Ministerpräsident <u>Kühn</u> als Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung | 1974 |
| Staatssekretär <u>Dr. Gehlhoff</u> | 1975 |
| Parlamentarischer Staatssekretär beim BMZ <u>Alwin Brück</u> | 1975 |
| Staatssekretär beim BMZ <u>Prof. Dr. Dr. Kollatz</u> | 1976 |
| Außenminister <u>Genscher</u> | 1977 |
| Bundeswirtschaftsminister <u>Dr. Otto Graf Lambsdorff</u> | 1978 |
| Bundesminister <u>Rainer Offergeld</u> | 1980 |
| Staatsminister <u>Frau Dr. H. Hamm-Brücher</u> | 1981 |
| Bundeswirtschaftsminister <u>Dr. Otto Graf Lambsdorff</u> | 1981 |
| Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, <u>Dr. Jürgen Warnke</u> | 1982 |
- c) Besuche wichtiger srilankischer Persönlichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland
- | | |
|---|---------------|
| Finanzminister <u>Felix Dias Bandaranaike</u> | 1961 |
| Oppositionsführer <u>J. R. Jayewardene</u> | 1961 |
| Parlamentarischer Staatssekretär und Juniorminister <u>R. Premadasa</u> (Besuch des DGB-Kongresses) | 1966 |
| erneute Besuche | 1967 und 1975 |
| Präsident des Obersten Gerichtshofs (Chief Justice) <u>H.N.G. Fernando</u> | 1969 |
| Parlamentarische Staatssekretärin <u>Siva Obeyasekera</u> | 1970 |
| Präsident des Obersten Gerichtshofs (Chief Justice) <u>Victor Tennekoon</u> | 1974 |
| UNP-Abgeordneter <u>Ronnie de Mel</u> | 1975 |
| Finanzminister <u>Ronnie de Mel</u> | 1977 |
| Außenminister <u>A.C.S. Hameed</u> | 1977 |
| Handelsminister <u>Lalith Athulathmudali</u> | 1978 |
| Bewässerungsminister <u>Gamini Dissanayake</u> | 1978 |
| Handelsminister <u>Lalith Athulathmudali</u> | 1979 |
| Minister für das Mahaweli-Projekt <u>Gamini Dissanayake</u> | 1980 |
| Finanzminister <u>Ronnie de Mel</u> | 1981 |
| Kulturminister <u>E.L.B. Hurulle</u> | 1982 |
| Handels- und Schifffahrtsminister <u>Lalith Athulathmudali</u> | 1983 |
| Finanzminister <u>Ronnie de Mel</u> | 1984 |
| Minister für das Mahaweli-Projekt <u>Gamini Dissanayake</u> | 1984 |
| Oppositionsführer <u>Anura Bandaranaike</u> | 1986 |
| Erziehungsminister <u>Ranil Wickremasinghe</u> | 1986 |
- x1) StS Jayasinghe bei StS Meyer-Landrut 3.8.1984
- x2) Treffen zw. AM Hameed u. BM Genscher i. BN 8.2.1985

'faz'
vom
7.6.88

Sri Lankas Armee im Alarmzustand

Colombo (afp) — Anhänger der singhalesischen Volksbefreiungsfront JVP haben am Montag erneut einen Kandidaten der Provinzwahlen ermordet. Polizei und Armee des Inselstaates wurden unterdessen in Alarmbereitschaft versetzt. Die JVP hat seit Beginn des Wahlkampfes bereits 21 Kandidaten ermordet.

Mit indischen Soldaten besetzter Armeelastwagen flog in die Luft

Colombo (dpa). 18 indische Soldaten sind am vergangenen Sonntag bei einem von militanten Tamilen verübten Anschlag getötet worden. Wie die indischen Behörden gestern mitteilten, fuhr ein mit 18 Soldaten besetztes Militärfahrzeug nahe der Stadt Kililnochi etwa 360 Kilometer nördlich Colombos auf eine Mine. Dies war in diesem Jahr der bisher schwerste tamilische Anschlag gegen indische Truppen auf Sri Lanka.

TSP v. 5.6.88

"faz"
vom
9.6.88

Acht Tote bei Wahlen in Sri Lanka

Colombo (dpa) — Heftige Auseinandersetzungen haben den Regionalwahlkampf im Süden Sri Lankas überschattet. Acht Menschen kamen bei gewalttätigen Anschlägen ums Leben, es gab mehrere Verletzte. Am Mittwoch wurden aus Sicherheitsgründen über 10.000 Polizisten und etwa 5.000 Soldaten in dem Gebiet zusammengezogen. Die Region gilt als Zentrum der marxistischen Volksbefreiungsfront JVP, die die Wahlen ablehnt.

Indien: Teilabzug der Truppen aus Sri Lanka

Colombo (ap) — Indien hat am Vorabend der Lokalwahlen in den Südpfeilen Sri Lankas am Dienstag mit dem Abzug von 3.000 seiner in Sri Lanka stationierten 50.000 Soldaten begonnen. Diese waren vor zehn Monaten nach Sri Lanka entsandt worden, um das Friedensabkommen zu überwachen, das den Guerillakrieg tamilischer Aufständischer im Norden und Osten der Insel beenden sollte. Mit dem eingeleiteten Truppenabzug hofft die Regierung Pluspunkte bei der singhalesischen Bevölkerung zu gewinnen, bei der anti-indische Agitation radikaler Organisationen zunehmend Gehör findet.

'faz'
vom
9.6.88

Auswärtiges Amt
510-516/90 SRI

Bonn, den 11. Jan. 1988

An das
Verwaltungsgericht Hamburg
Postfach 30 01 21

Sri Lanka

2000 Hamburg 36

Betr.: Verwaltungstreitverfahren gegen die Bundesrepublik
Deutschland wegen Asylrechts;
hier: Asylbewerber aus Sri Lanka
Bezug: Dortiges Schreiben vom 04.12.1987 - Kanner 13 -

Zu den mit dem Bezugsschreiben gestellten Fragen nimmt
das Auswärtige Amt wie folgt Stellung:

zu 1.: Begegenwärtig gibt es keine Gebiete in Sri Lanka,
die von militanten Tamilanorganisationen ausschliesslich
kontrolliert werden. Nach Erkenntnissen des
Auswärtigen Amtes sind die Bezirke Satticaloa und
Mullaitivu zur Zeit Schauplatz heftiger Aus-
einandersetzungen zwischen Militanten und der indischen
Armee, was auf eine ungefestigte Position der
letzteren hindeuten könnte.

zu 2.: Die Rückkehr von Tamilen in ihre Heimatgebiete
dürfte faktisch grösstenteils möglich sein,
wanngleich die Verkehrsverbindungen, insbesondere
nach Jaffna, unregelmässig sind. Über das
Schicksal aus dem Ausland zurückkehrender Tamilen
ist nur wenig bekannt. Speziell gegen Rückkehrer
gerichtete Verfolgungshandlungen sind aus Sicht des
Auswärtigen Amtes unwahrscheinlich. Dagegen ist
ein Rückkehrer nicht davon gefeit, wie seine in den
Krausengebieten verbliebenen Landsleute von
Auseinandersetzungen zwischen den Militanten und der
indischen Armee oder von indischen Grossrazien,
die sich auf Männer im Alter von 18 bis 25 Jahren
beziehen, betroffen zu werden. Festnahmen bei Einreise
an Flughäfen Colombo sind unwahrscheinlich, soweit

zu 3.1 Haltung Überwiegend singhalesischer Bevölkerung im Süden und Südwesten des Landes ist gegenwärtig vor allem von Ablehnung indisch-srilankischen Abkommens und indischer Truppenpräsenz und von Opposition gegen Regierung gekennzeichnet. Z.Zt. deutet sich eine "zweite Front" im Süden auf: Regierungsgegner, sozial und wirtschaftlich Unzufriedene, besonders geführt von Studenten ohne Aussicht auf angemessene Arbeitsplätze.

Ihr Gegner ist z.Zt. noch die Regierung, doch kann diese Front auch erneut antitamilische Haltung, wie z.B. 1983, annehmen, wenn diesen vermeintlich zu grosse Zugeständnisse gemacht werden. Dies würde abgewobene Tamilen unmittelbar betreffen. // Polizei hat bei Anschlägen im April bzw. im November sowie bei Aufruhr im August Bereitschaft zu schnellem Eingreifen gezeigt, doch haben gerade Ereignisse im August gezeigt, dass Bereitschaft nicht notwendig mit Ergreifung sofort wirksamer Massnahmen identisch zu sein braucht.

In Auftrag

ges. Meisner

VERWALTUNGSGERICHT HAMBURG

Aktenseichen: Kammer 13

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Hamburg, den 4.12.87
Fernsprecher 3 41 09- 648 (Durchwahl)
Behördennetz 9.43

Verwaltungsgericht Hamburg, Postfach 30 01 21, 2000 Hamburg 36

An das
Auswärtige Amt
Postfach 11 48

5300 Bonn 1

Auswärtiges Amt I	Do:
574	Anl:
11. DEZ 1987	
576.20 SR1	

Vorläufige Anschrift bis auf Weiteres:

Max-Brauer-Allee 89, 2000 Hamburg 50

Fernsprecher (040) *38 07 - 0 (Vermittlung)

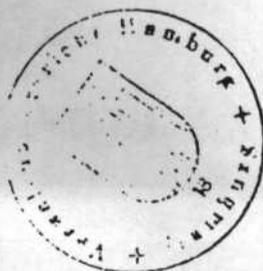
Behördennetz 9.11.11 (Vermittlung)

Betr.: Asylbewerber aus Sri Lanka

Es wird um Auskunft über folgende Fragen gebeten:

- 1) Welche Gebiete im Norden und Osten Sri Lankas werden noch von tamilischen "Freiheitskämpfern" und welche von indischen Truppen kontrolliert?
- 2) Ist bekannt geworden, daß aus dem Ausland zurückreisende Tamilen, die politisch nicht hervorgetreten sind, bei einer Rückkehr in diese Gebiete Verfolgungshandlungen ausgesetzt sind? Ist diese Rückkehr gegenwärtig faktisch möglich?
- 3) Wie ist die Lage dieses Personenkreises bei einer Rückkehr in den von Singhalesen kontrollierten Landesteil. Sind nach dem Einmarsch indischer Truppen Veränderungen festzustellen?

Riebesell
Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht



Beglaubigt:

Michael Brenner
Justizsekretär

als Ur...

Auswärtiges Amt
514-516/0996

Bonn, den 11. Jan. 1988

An das
Verwaltungsgericht Köln
Der Vorsitzende der 13. Kammer
Appellhofplatz
5000 Köln 1

Sri Lanka

Bezr.: Verwaltungsstreitverfahren gegen die Bundesrepublik
Deutschland wegen Asylrechts;

hier: o. Namen

Bezug: Dortiges Schreiben vom 26.11.1987 - 19 K 10834/86 -

Zu den mit dem Bezugsschreiben gestellten Fragen nimmt
das Auswärtige Amt wie folgt Stellung:

Die im Bezugsschreiben aufgeführten Handlungen könnten - soweit
dies aufgrund der sehr summarischen Angaben beurteilt
werden kann - den Tatbestand u.a. des § 2 (1) (h) des
Prevention of Terrorism Act (PTA) erfüllen, der wie folgt lautet:
"Any person who by words either spoken or intended to be
read or by signs or by visible representations or otherwise
causes or intends to cause commission of acts of violence
or religious, racial or communal disharmony or feelings
of ill-will or hostility between different communities or
racial or religious groups, shall be guilty of an offence
under this Act".

Das Strafmaß beträgt zwischen 5 und 20 Jahren Haft.

Hierzu ist jedoch anzumerken, dass Kenntnis srilankischer
Behörden von im Ausland vorgenommenen Handlungen, die den Tat-
bestand des PTA oder der Notstandsverordnungen erfüllen, aus
Sicht des Auswärtigen Amtes ausgesprochen unwahrscheinlich ist,
die Einleitung eines Strafverfahrens durch sri-
lankische Justizbehörden daher aus tatsächlichen Gründen nur
in sehr prominenten Fällen zu erwarten ist.

Die im indisch-srilankischen Abkommen vom 29.07.1987 vereinbarte Amnestie politischer Häftlinge ist inzwischen wieder aufgehoben worden; Handlungen, die Tatbestände des PTA oder der Notstandsverordnungen erfüllen, werden daher wie zu Zeiten vor dem Abkommen verfolgt, soweit die Täter dem Zugriff srilankischer Sicherheitsorgane unterliegen.

Im Auftrag

gez. Meisner

Verwaltungsgericht Köln
Der Vorsitzende der 19. Kammer
19 K 10834/86

Aktenz. bitte stets angeben

5000 Köln 1, den 25.11.1987
Appellhofplatz, Postfach 10 20 64
Tel.: (0221) 2066 - 1
Durchwahl: 2066 - 286

erreichbar mit U - Bahn
Haltestelle Appellhofplatz

Abz.: Verwaltungsgericht 5000 Köln 1

Auswärtiges Amt
Postfach 1148

5300 Bonn 1

7 DEZ. 1987
AZ: 576 / 8996

In dem Asylstreitverfahren eines srilankischen Staatsangehörigen tamilischer Volkszugehörigkeit wird um Auskunft gebeten, ob der Kläger wegen seiner politischen Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland (Verteilen von Flugblättern "Menschenrechtsverletzungen in Sri Lanka" auf dem Katholikentag 1986 in Aachen, Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen, auf denen die Verhältnisse und das Regime in Sri Lanka scharft kritisiert werden, politische Betätigung in tamilischen Exilvereinigungen als Leiter einer Tamilengruppe) auch heute noch - nach dem Friedensabkommen von Ende Juli 1987 und nach der Ratifizierung des Vertrages durch das Parlament - bei einer etwaigen Rückkehr nach Sri Lanka mit strafrechtlichen oder sonstigen staatlichen Maßnahmen insbesondere nach dem "Prevention of Terrorism Act" zu rechnen hat.

Jörgens
Vors. Richter am VG

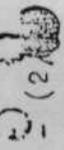


Beglaubigt

[Handwritten Signature]
Verwaltungsgerichtsangestellter(n)

Vordruck K 2.3 - Große Kopfbügel - Der Vorsitzende der

Kammer - (2)



An das

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 6 16

8800 Ansbach

LAND: Sri Lanka

Dokumentation
für Asylsachen
OVG / VG

Betr.: Verwaltungsstreitverfahren gegen die Bundesrepublik
Deutschland wegen Asylrechts;
hier: Verwaltungsstreitsache des Staatsangehörigen
aus Sri Lanka

Bezug: Dortiges Schreiben vom 06.10.1987 AN K.87 32915

Zu den mit dem Bezugsschreiben gestellten Fragen nimmt das Auswärtige Amt wie folgt Stellung:

- Eine Gefährdung für zurückkehrende Tamilen am Flughafen in Colombo ist dem Auswärtigen Amt nicht bekannt.
- Verkehrsverbindungen Colombo - Nord- und Ostprovinz: Zugverkehr nach Norden nur bis Vavuniya, nach Osten nur bis Polonnaruwa. Buslinien zu wichtigen Orten der Nord- und Ostprovinz werden offenbar bedient, jedoch in unregelmäßigen Abständen.
- Gefährdung rückgeführter Tamilen durch Singhalesen während Reise in Heimatgebiete erscheint unwahrscheinlich, zumal radikale singhalesische Elemente ohnehin eher im Südwesten des Landes (d.h. südlich von Colombo) aktiv.
- Nach Auswärtigem Amt vorliegenden Informationen befinden sich noch ca. 800 Tamilien in U-Haft, die wegen Aufhebung der Amnestie nach indisch-srilankischem Abkommen nicht freigelassen worden waren. Es handelt sich dabei um Personen, die einer der im prevention of terrorism act aufgeführten Straftaten verdächtigt werden.
- Indische Truppen sind bisher ausschließlich in betroffenen Gebieten (Nord- und Ostprovinz) stationiert, wobei freilich die Truppenkonzentration je nach strategischer Bedeutung der Region unterschiedlich ist.

- Srilankische Armee bzw. paramilitärische Special Task Force kaum noch in vom Konflikt betroffenen Gebieten präsent. Einzelne kleinere srilankische Armee-Kontingente sollen noch auf Halbinsel Jaffna und in Ostprovinz stationiert sein. Von den in der Nord- und Ostprovinz seit dem „peace accord“ verhafteten ca. 500 Tamilen wurden nur eine sehr geringe Zahl von Angehörigen srilankischer Sicherheitskräfte festgenommen.
- Soweit Frage nach kollektiven Selbstmorden von Tamilen auf Selbstmord von 17 tamilischen Extremisten (offenbar Angehörige der LTTE) am 6.10.1987 abzielt, dürfte Motiv hierfür bestreben durch srilankische Armee festgenommene Extremisten gewesen sein, sich vorgesehener Überstellung in U-Haft nach Colombo, Verhören durch srilankische Organe etc. zu entziehen.
- Soweit ersichtlich sind bei Auseinandersetzungen tamilischer Extremistenorganisationen untereinander im September in der Nord- und Ostprovinz ca. 120 Angehörige meist verhandlungsbereiter Gruppen (TELO, PLOTE, EPRLF) getötet worden. Von einem einzelnen Fall, in dem 70 Tamilen getötet worden sein sollen, ist dem Auswärtigen Amt nichts bekannt. Grund für die Tötungen ist Bestreben radikaler Gruppen (LTTE, EROS), Bemühungen um Kompromiß zwischen srilankischer Regierung und Tamilen durch Ausschaltung kompromißbereiter Tamilengruppen zu unterminieren, da Kompromiß als Verrat am Ziel unabhängigen Tamilenstaates angesehen wird.
- 3) Angehörige der TELO haben von Vertretern der Tigers (LTTE) das schlimmste zu befürchten. Wegen der Gründe wird auf vorgehenden Absatz verwiesen. //

Für die aktuelle Lage in Sri Lanka wird auf den Lagebericht des Auswärtigen Amtes vom 30.12.1987 an das Bundesministerium der Justiz verwiesen.

Im Auftrag

gez. *Reisner*



Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach

Auswärtiges Amt 7	Do..
514	Ant:
1. OKT. '87	
AZ: 516.80 SRI	

Ansbach, 06.10.1987

AN 12 K 87.32915

Auswärtige Amt
Postfach

5300 B o n n

Verwaltungsstreitsache Bundesbeauftragter f. Asylangelegenheiten
g e g e n Bundesrepublik Deutschland
w e g e n Anerkennung eines Staatsangehörigen aus Sri Lanka

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte um die Fortentwicklung der Lage bezüglich der Tamilen in Sri Lanka zu berichten.

Können sich insbesondere im Zusammenhang mit der Wiedereinreise nach Sri Lanka für zurückkehrende Tamilen Gefährdungen ergeben, etwa bei der Wiedereinreise am Flughafen in Colombo?
Sind die Verkehrsverbindungen zwischen Colombo und den Tamilengebieten im Norden und Nordosten wieder in Betrieb?
Können sich von seiten der singhalesischen Bevölkerung auf dem Reise-
weg Gefährdungen für die Sicherheit zurückreisender Tamilen ergeben?

Sind die derzeitigen Berichte zutreffend, daß in Sri Lanka noch 1500 Tamilen ohne Gerichtsverfahren sich in Haft befinden. Um was für einen



Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach

- 2 -

Personenkreis handelt es sich insoweit?

Sind die indischen Truppen in den gesamten Gebieten stationiert, auf die sich die vereinbarte Autonomie bezieht?

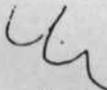
Gibt es noch Orte und Gegenden mit überwiegend tamilischer Bevölkerung oder gemischter Bevölkerung, in denen die Armee von Sri Lanka noch präsent ist und in denen auch Personen tamilischer Volkszugehörigkeit sich noch in Haft befinden, gegebenenfalls auch noch neu von der Armee inhaftiert werden?

Was sind die Ursachen für die unlängst in der Presse berichteten kollektiven Selbstmorde von Tamilen, die sich in einem Gerichtsverfahren befanden?

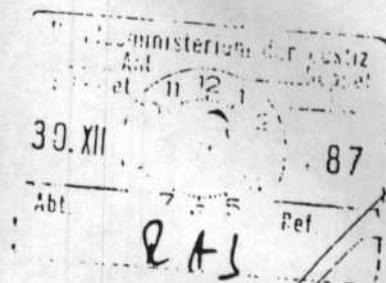
Sind die Presseberichte zutreffend, aus denen zu entnehmen ist, daß ca. 70 Tamilen einer gemäßigten tamilischen Gruppe von Mitgliedern einer radikalen Tamilengruppierung getötet wurden? Wo ist dies passiert und was waren die Hintergründe dieser Tat?

Besteht auch insoweit für ein Mitglied der Organisation "TELO" die Gefahr von seiten der "Tiger-Bewegung" oder einer anderen radikalen Bewegung Schwierigkeiten zu bekommen, wenn ja, in welcher Form und aus welchen Gründen?

Vielen Dank für Ihre Bemühungen.
Mit freundlichen Grüßen,
der Vorsitzende der 12.Kammer:


Dr. H e r r m a n n

Bundesminister der Justiz
- Referat R A 3 -
Heinemannstraße 6
5300 Bonn 2



Betr.: Abschiebungsmöglichkeiten in Problemstaaten;
hier: Lagebericht Sri Lanka

Das Auswärtige Amt nimmt in vorbezeichneter Angelegenheit
wie folgt Stellung:

I.

Politische Lage im Land ist weiterhin von Unsicherheit gekenn-
zeichnet, wobei indische Militärpräsenz (nach glaubhaften Angaben
inzwischen nahezu 40.000 Mann) bisher nicht zu wirklicher Befriede-
nung der vom Konflikt betroffenen Gebiete beitragen konnte. Nach-
dem in Monaten August und September nahezu Waffenruhe herrschte
(sieht man von Kämpfen tamilischer militanter Organisationen un-
tereinander ab), kam es ab Anfang Oktober wieder zu größeren mili-
täraktionen (Kampf zwischen indischer Armee und LTTE), die auch
erhebliche Opfer unter Zivilbevölkerung forderten (nach realis-
tischen Schätzungen um 800 - 1000 Tote, nach indischen Angaben:
70, nach Angaben von sril. Menschenrechtsorganisationen: 1500).

II.

1.

Besonders erbittert waren Auseinandersetzungen um Jaffna und Halb-
insel Jaffna, die während Oktober und November größtenteils vom
Rest des Landes praktisch abgeschnitten waren. Da militante Ta-
milien sich in Flüchtlingslagern und Wohngebieten verschanzt hatten,
konnten indische Truppen nur langsam und nur unter erheblichen
Opfern unter Zivilbevölkerung vordringen. Ziel: Aushebung von
Waffenlagern und Festnahme von nicht zur Waffenniederlegung be-
reiten Militanten. Inzwischen scheint sich Lage in Jaffna einiger-

maßen stabilisiert zu haben. Versorgungslage ist weiterhin schlecht und großer Teil der Bevölkerung lebt obdachlos, da ihre Behausungen zerstört werden. Verkehrsverbindungen (Busse) sind nach wie vor unregelmäßig.

2.

Noch unübersichtlicher als auf Halbinsel Jaffna ist gegenwärtige Lage in restlicher Nord- und bes. in Ostprovinz, in deren einsame Dschungelregionen militante Tamilengruppen ihre Ausgangsbasen in Guerillamanier zu verlegen scheinen. Während LTTE und EROS weiterhin in bewaffneten Auseinandersetzungen mit indischen Truppen verstrickt sind (srilankische Armee - und Polizeieinheiten sind nur noch in sehr geringem Maße in Nord- und Ostprovinz stationiert und an Kampfhandlungen - soweit ersichtlich - nicht beteiligt), kooperiert Teil restlicher Tamilengruppen (Plote, Telo, EPRLF - sog. Tristar-Gruppen) mit indischer Armee, daher haben diese Gruppen weitgehend freie Hand, ihrem disziplinlosen Treiben (vor allem Erpressung der Bevölkerung) wird nur teilweise durch indische Armee Einhalt geboten. Im Oktober stand Trincomalee im Brennpunkt gewaltsamer Ausschreitungen von Tigers gegen singhalesische Zivilbevölkerung, ohne daß indische Truppen zunächst eingegriffen haben. Folge war die große Zahl singhalesischer, auch tamilischer Flüchtlinge, die sich noch immer in Lagern, vor allem in Anuradhapura, Dambulla und Matale aufhalten. Während gegenwärtige Lage in Trincomalee und Mannar zwar gespannt, aber relativ ruhig ist, stehen Batticaloa im Osten und Mullaitivu (an der Nordostküste) im Brennpunkt blütiger Auseinandersetzungen der militanten Gruppen untereinander, die weiterhin erhebliche Opfer auch unter überwiegend tamilischer Zivilbevölkerung fordern. Indische Truppen führen regelmäßig Großrazzien durch, mit Festnahme junger Männer zwischen 15 und 35 Jahren und evtl. auch Opfern in der Zivilbevölkerung. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, kommen dabei immer wieder Festgenommene zu Tode. Über Zahl der von indischen Soldaten verhafteten und über Haftbedingungen ist nichts in Erfahrung zu bringen.

3.

Haltung überwiegend singhalesischer Bevölkerung im Süden und Südwesten des Landes ist gegenwärtig vor allem von Ablehnung indisch-srilankischen Abkommen und indischer Truppenpräsenz und von Opposition gegen Regierung gekennzeichnet. Z. Zt. baut sich eine "Zweite Front" im Süden auf: Regierungsgegner, sozial und wirtschaftlich unzufriedene, besonders geführt von Studenten ohne Aussicht auf angemessene Arbeitsplätze.

Ihr Gegner ist z.Zt. noch die Regierung, doch kann diese Front auch erneut antitamilische Haltung, wie z.B. 1983, annehmen, wenn diesen vermeintlich zu große Zugeständnisse gemacht werden. Dies würde abgeschobene Tamilen unmittelbar betreffen.

Polizei hat bei Anschlägen im April bzw. im November sowie bei Aufruhr im August Bereitschaft zu schnellem Eingreifen gezeigt, doch haben gerade Ereignisse im August gezeigt, daß Bereitschaft nicht notwendig mit Ergreifung sofort wirksamer Maßnahmen identisch zu sein braucht.

4.

Bisher - angesichts fortdauernder Kämpfe - ist auch im Norden und Osten keine soziale und wirtschaftliche Grundlage geschaffen, rückkehrende Flüchtlinge oder Asylbewerber aus dem Ausland zu integrieren. Sie dürften vielmehr in die Auseinandersetzungen der rivalisierenden tamilischen Gruppen untereinander geraten.

III.

Zur Abschiebep Praxis anderer Staaten:

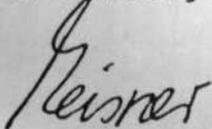
Schweiz: Regelmäßige Abschiebung von durchschnittlich ca. 6 Personen pro Monat. Zwangsweise Abschiebung derzeit nur bei straffällig gewordenen Asylbewerbern, doch kehren gelegentlich auch Tamilen freiwillig nach Sri Lanka zurück. Rückkehrer erhalten bei Vorsprach in Schweizer Botschaft Rs. 3.000,- (derzeit ca. DM 170,-) als Rückkehrhilfe ausbezahlt. Aus Schweizer Sicht keine Probleme bei Einreise Flughafen feststellbar.

Großbritannien: Bisher Abschiebung nur in zwei Fällen (beide Juli 1987). Zur Stunde unklar, ob und ggfs. wann auf Entscheidung des House of Lords v. 16.12.1987 hin mit weiteren Abschiebungen zu rechnen ist (evtl. Anrufung des Europ. Gerichtshofes für Menschenrechte).

Schweden: Vereinzelt Abschiebungen in Vergangenheit. Neuere Angaben derzeit nicht erhältlich.

Abschiebungen aus sonstigen westlichen Staaten sind hier nicht bekannt.

Im Auftrag



(Meisner)

SRI LANKA		LTTE (Liberation Tigers of Thamil Ealam)
16.06.1987	FR	Generalbundesanwalt Rebmann hat Anklage gegen 5 LTTE-Mitglieder in der Bundesrepublik erhoben. Sie sollen mit kriminellen Methoden Landsleute unter Druck gesetzt haben.
22.06.1987	taz	Interview mit LTTE-Sprecher Balasingham. Portrait des LTTE-Führers Prabhakaran.
03.07.1987	taz	Interview mit dem Sprecher der LTTE in Jaffna, Raheem.
25.07.1987	The Guardian	Mit Zustimmung der sril. Regierung flog ein ind. Militärhubschrauber den LTTE-Führer Prabhakaran von Jaffna nach Delhi zur Gesprächen mit Premier Gandhi.
28.07.1987	NZZ	LTTE äußert Vorbehalte gegen den Friedensplan.
04.08.1987	The Guardian	LTTE-Führung berät in Jaffna über Modalitäten der Waffenübergabe an die ind. Armee.
05.08.1987	Südasiens, Nr. 6-7/87	Text einer Rede Prabhakarans in Jaffna zum Friedensvertrag.
06.08.1987	The Guardian	LTTE liefert bei einer Übergabezeremonie die ersten leichten Waffen ab.
11.08.1987	FR	Rivalitätskämpfe der verschiedenen tamil. Guerillagruppen gefährden Waffenübergabe.
16.08.1987	Asiaweek	Porträt des LTTE-Führers Prabhakaran.

SRI LANKA		LTTE (Liberation Tigers of Thamil Ealam)
17.08.1987	Die Welt	LTTE stoppt Waffenübergabe und stellt neue Forderungen.
09.1987	blätter des iz3w W. Keller	Portrait von Prabhakaran und den "Liberation Tigers".
15.09.1987	The Guardian FR	LTTE greift in der Ostprovinz die rivalisierenden Plot und EPRLF an, deren Mitglieder Schutz bei den indischen Truppen suchen.
16.09.1987	FAZ/FR/The Guardian	Indische Truppen greifen in die Rivalitätskämpfe ein und eröffnen das Feuer auf bewaffnete LTTE-Kämpfer.
28.09.1987	The Guardian/ SZ	LTTE-Mitglied Theelipam hat einen Hungerstreik bis zum Tode durchgeführt, um den Forderungen der "Tiger" Nachdruck zu verleihen. Es kam daraufhin zu gewalttätigen Unruhen.
29.09.1987	The Guardian FAZ	LTTE stimmt im Gespräch mit dem ind. Hochkommissar zu, 7 der 12 Sitze im Verwaltungsrat für die Nord- und Ostprovinz zu besetzen.
06.10.1987	FR/Monitor- Dienst	12 LTTE-Mitglieder haben sich im Gewahrsam der srilankischen Streitkräfte mit Zyankaliekapseln umgebracht.
07.10.1987	The Guardian	Als Vergeltung wegen des kollektiven Selbstmordes der 12 LTTE-Kämpfer exekutiert die LTTE gefangene singh. Soldaten.

SRI LANKA		LTTE (Liberation Tigers of Thamil Ealam)
08.10.1987	FR/SZ	LTTE massakriert bei 5 Überfällen in der Ostprovinz über 100 Singhalesen.
09.10. - 13.10.1987	FAZ/FR/SZ/The Guardian/Time/ Monitor-Dienst	Indische Armee führt Großoffensive gegen LTTE durch und tötet viele Guerilleros.
19.10. - 28.10.1987	FAZ/The Guardian, Monitor-Dienst/ Die Zeit	Indische Armee erobert unter schweren Verlusten Jaffna. Den meisten LTTE-Kadern und den Anführern gelingt die Flucht in den Dschungel.
31.10.1987	FAZ/SZ	Präsident Jayewardene bietet LTTE Amnestie an, wenn sie die Waffen niederlegt.
18.11.1987	The Guardian	LTTE-Führer Prabhakaran wendet sich brieflich an den UNO-Generalsekretär, um die ind. Offensive zu stoppen.
20.11.1987	The Guardian	LTTE läßt alle 18 gefangenen indischen Soldaten frei.
23.11.1987	FAZ/The Guardian SZ	Indien lehnt Verhandlungsangebote der LTTE ab.
30.11.1987	Der Spiegel	Der Chef der LTTE in der Bundesrepublik führte ein Schreckensregime unter Landsleuten.
12.1987	Südasiens, Nr. 8/87 Qoudri Ismail	Zur Rolle der LTTE und ihres Führers vor und nach Unterzeichnung des "Friedensabkommens".

25.06.1987	The Guardian	Polizei verhaftet 120 mutmaßliche JVP-Mitglieder im Zentrum und im Süden des Landes.
20.08.1987	Die Welt P. Dienemann	Zur Geschichte und momentanen Stärke der JVP.
06.10.1987	The Guardian Derek Brown	Zu den Untergrundaktivitäten der JVP im Süden des Landes.
31.10.1987	FAZ	Präsident bietet eine Amnestie an, falls die JVP ihre militanten Aktionen einstellt und die Waffen niederlegt.
04.11.1987	SZ	Drei politische Morde im Süden des Landes nach Angaben der Polizei von JVP-Mitgliedern verübt.
11.11.1987	FR G. Venzky	Die Bombenleger von Colombo. Hinter dem Anschlag vor der Polizeistation von Maradana steht wohl die JVP. Zur histor. Entwicklung der Gruppierung.
12.1987	Südasiens 8/87 R. Gunasekera	Histor. Entwicklung und momentane Aktivitäten der JVP.
03.12.1987	The Guardian	Leiter der Anti-Subversions-Einheit der Polizei vermutlich von JVP-Extremisten erschossen.
21.12.1987	The Guardian	Special Task Force der Polizei, Home Guards und die Green Tigers (VNP-Miliz) gehen gewalttätig gegen JVP-Verdächtige vor. Hunderte von jungen Männern und Frauen sollen im letzten Monat dieser Kampagne zum Opfer gefallen sein.

02.01.1987	FR/SZ	LTTE will Zivilverwaltung auf Jaffna-Halbinsel übernehmen.
03.01.1987	The Guardian	dto.
12.01.1987	Monitor-Dienst	Übernahme der Administration auf Jaffna fehlgeschlagen
13.01.1987	The Guardian	LTTE lehnt direkte Verhandlungen mit der Regierung ab, solange milit. Druck auf die Jaffna-Halbinsel ausgeübt wird. LTTE-Führer Prabhakaran nach Sri Lanka zurückgekehrt.
26.01.1987	Der Spiegel	LTTE rief die Autonomie Dschaffnas aus.
04.02.1987	Monitor-Dienst	LTTE-Sprecher schwächt den Aufbau einer "Zivil-Verwaltung" ab.
16.02.1987	AA an VG Hamburg	Auf Jaffna liegt nur die militärische Macht in der Hand der militanten tamilischen LTTE-Gruppe. Zivile Administration und Infrastruktur werden weiterhin von der Zentralregierung in Colombo betrieben und bezahlt. Die Zentralregierung ist im Norden ansonsten präsent durch ihre Militärbasen, vor allem im Fort von Jaffna.
18.02.1987	IHT R.M.Weintraub	Durch das militärische Ausschalten konkurrierender Separatistengruppen hat sich die LTTE zum ernstesten Gegner bzw. Verhandlungspartner der Regierung gemacht.

19.02.1987	The Guardian	50 Zivilisten und 11 LTTE-Kämpfer, darunter das ZK-Mitglied Yogaratnam, bei vorzeitiger Explosion einer transportierten Bombe getötet.
24.02.1987	NZZ	LTTE lehnt ein Friedens- und Amnestieangebot des Präsidenten ab.
02.04.1987	The Guardian	Der LTTE-Kommandeur von Jaffna und LTTE-Vizebefehlshaber "Kitta" (S. Krishnakumar) durch Handgranatenattentat schwer verwundet, seine beiden Leibwächter getötet.
06.04.1987	The Guardian/FAZ	Aus Rache wegen des Anschlags auf ihren stellvertr. Befehlshaber geht die LTTE hart gegen die rivalisierenden Gruppen EPRLF, TELO und PLOT vor. Es soll mindestens 150 Tote gegeben haben.
07.04.1987	Die Welt / Monitor-Dienst	dto.
12.04.1987	Sri Lanka Situation Report No. 29	Der Verlauf des Attentatsversuchs auf "Kitta".
06.05.1987	FR	Ermittlungsrichter des BGH erläßt Haftbefehle gegen LTTE-Mitglieder in der Bundesrepublik wegen Verdachts der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung.

Sri Lanka (Tamilen)

BayVGH Urteil EDat: 31.07.87 D LD: 68-4313
24 B 86.30753 Rkraft: unbekannt-Asylantrag abgelehnt

Sri Lanka (Tamilen); Interne Fluchtalternative

Den Beigeladenen drohen in Sri Lanka wegen ihrer tamilischen Volkszugehörigkeit, wegen ihres Lebensalters und auch wegen ihres Auslandsaufenthaltes Eingriffe in ihre persönliche Freiheit, selbst Gefahren für ihr Leben sind nicht auszuschließen. Diese Unglücksfolgen sind den bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen zuzurechnen. Der Senat hat bisher (vgl. etwa Urt. v. 12.11.1986 - 24 BZ 85 C. 807) angenommen, daß pogromartige Ausschreitungen gegen die im Süden des Landes lebenden Tamilen auch künftig nicht auszuschließen sind und darin eine asylrelevante Verfolgungsgefahr zu sehen ist. Der Senat sieht nunmehr von einer weiteren Prüfung in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht ab, ob im Süden Sri Lankas eine asylrelevante Gefährdung der Tamilen besteht. Selbst asylrelevante Verfolgungsgefahren in diesem Landesteil begründen nämlich einen Asylanspruch nicht, weil diese jedenfalls in die Bürgerkriegsgebiete im Norden ausweichen können. Asylrechtlich ist die Verweisung auf eine zynisch anmutende Fluchtalternative nicht ausgeschlossen, denn die Asylberechtigung wäre auch zu verneinen, wenn die bürgerkriegsähnlichen Verhältnisse alle Landesteile erfaßt hätten.

Visum

BVerfG Beschluß EDat: 16.06.87 D LD: 68-4375
2 BvR 911/85 Rkraft: ja-

AuslG § 47 Abs. 1; DVAuslG § 5 Abs. 2; GFK Art. 31 Abs. 1

Illegale Einreise; Visum

1. Art. 16 II 2 GG verwehrt es in den Fällen nicht, asylsuchenden Ausländern die Verpflichtung aufzuerlegen, vor der Einreise in das Bundesgebiet eine Aufenthaltserlaubnis in der Form des Sichtvermerks einzuholen, in denen dem Betroffenen eine Erfüllung dieser Verpflichtung möglich und zumutbar ist.

2. Kommt ein Asylbewerber, dessen Anerkennungsantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt worden ist, der Ausreisepflicht nach § 11 I AsylVfG nach und reist er vor Abschluß des noch anhängigen Hauptsacheverfahrens erneut in das Bundesgebiet ein mit der Behauptung, es hätten zwischenzeitlich neue asylbegründende Ereignisse stattgefunden, so kann ein in einer solchen verfahrensrechtlichen Lage gestelltes Begehren dieser Art für den Betroffenen ein verfassungsrechtlich gewährleistetes Aufenthaltsrecht i. S. des § 47 I Nr. 2 AuslG allenfalls dann entstehen, wenn es nicht eindeutig ohne Aussicht auf Erfolg ist.

3. Zur unverzüglichen Meldung i. S. des Art. 31 I GenfKonv.

Staatsschutzdelikte

BVerwG Urteil EDat: 20.10.87 D LD: 68-4410
9 C 277.86 Rkraft: -

AsylVfG § 15

Nationalpaß (Erneuerung); Staatsschutzdelikte

1. Die Auswirkung der Erneuerung oder Verlängerung des Nationalpasses des Asylbewerbers auf die Verfolgungsprognose ist nach den Umständen des Einzelfalls zu beurteilen; eine entsprechende Anwendung des § 15 Abs. 1 Nr. 1 AsylVfG auf Asylbewerber scheidet aus.
2. Zur Frage, inwieweit die Bestrafung aufgrund von Staatsschutzbestimmungen politische Verfolgung darstellt (wie Urteil vom 19. Mai 1987 - BVerwG 9 C 184.86 -).

Äthiopien (Eritreer)

VG Neustadt a. d. W. Urteil EDat: 08.10.87 D LD: 68-4345
2 K 109/87 Rkraft: unbekannt-Asylantrag stattgegeben

AsylVfG §§ 2, 28; VwGO § 114; Äth. SondStGB Art. 17 B Abs. 1c

Äthiopien (Eritreer); Nachfluchtgründe;
Interne Fluchtalternative; Sicherheit vor Verfolgung

Der Kläger hat einen Anspruch auf Anerkennung als Asylberechtigter gem. Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG. Der Kläger hat mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit eine politische Verfolgung in Äthiopien im Falle seiner Rückkehr zu gewärtigen, weil er sein Heimatland unerlaubt verlassen hat. In der illegalen Ausreise sieht der äthiopische Staat eine der Verhaltensweisen, in denen sich politische Gegnerschaft manifestiert, da die Abwendung vom Staatsverband als Volks- und Landesverrat gewertet wird. Eritreer, die sich längere Zeit im Ausland aufgehalten haben, erregen Argwohn. Es ist davon auszugehen, daß die Heimkehrer sich anschließend einer "politischen Schulung" in "Aufklärungslagern" unterziehen müssen. Die mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit den Heimkehrern drohende "politische Schulung", die die Heimkehrer wieder auf den rechten Weg des Marxismus-Leninismus führen soll, stellt ihrerseits eine politische Verfolgung dar. Der Anerkennung des Klägers als Asylberechtigter steht § 2 AsylVfG nicht entgegen. Es besteht für den Kläger weder eine inländische Fluchtalternative in Äthiopien, noch hat er im Sudan anderweit. Schutz gefunden.